Morgenausgabe
Nr. 85
A 43
47. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar, Poſtbezug 4,32 M. einſchließlich 60 Pfg. Poſtzeitungs- und 72 Pfg. Poſtbeſtellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

*

Der „Vorwärts" erſcheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illuſtrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund", Ferner „Unterhaltung und Wiſſen", „Frauenſtimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratiſchen Partei Deutſchlands

Donnerstag
20. Februar 1930
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einſpaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zuläſſig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengeſuche das erſte Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchſtaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeſchäft Lindenſtraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenſtraße 3
Fernſprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Poſtſcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angeſtellten und Beamten, Wallſtr. 65. Dt. B. u. Disc.-Geſ., Depoſitenkaſſe Lindenſtr. 3.

Finanzverhandlung beendet

Das Kabinett hat das Wort.

Die Beſprechungen der finanzpolitiſchen Sachverſtändigen der Regierungsparteien mit dem Reichsfinanzminiſter Dr. Moldenhauer ſind am Mittwoch zu einem vorläufigen Abſchluß gebracht worden. Die Beſprechungen bezweckten lediglich, die Regierung über die Auffaſſungen der Parteien zu unterrichten, um ihr damit die Möglichkeit zu geben, den Etat für das Jahr 1930 fertigzuſtellen. Irgendwelche Vereinbarungen wurden nicht getroffen.

Das Finanzminiſterium wird nun eine Deckungsvorlage ausarbeiten und dem Kabinett zur Beſchlußfaſſung unterbreiten. Interfraktionelle Beſprechungen der finanzpolitiſchen Sachverſtändigen werden daher in den nächſten Tagen nicht ſtattfinden.

*

Die Reichsregierung ſieht ſich jetzt vor einer ſchwierigen Aufgabe. Die Meinungsverſchiedenheiten unter den Parteien über die Deckung des Fehlbetrages im Reichshaushalt ſind außerordentlich groß. Auch wenn die Angeſtelltenverſicherung, wie jetzt feſtzuſtehen ſcheint, bereit iſt, freiwillig etwa 100 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn zu erwerben und die Invalidenverſicherung einen ebenfalls, wenn auch weſentlich kleineren Betrag übernehmen wird, ſo kann doch auf dieſem Wege der Fehlbetrag für die Arbeitsloſenverſicherung des nächſten Jahres nicht voll gedeckt werden. Auch wenn deshalb im Etat 1930 ſtatt 600 Millionen nur 450 Millionen kurzfriſtige Schulden getilgt werden, bleibt ein Fehlbetrag durch Steuererhöhungen zu decken, der weſentlich höher iſt als der urſprünglich angenommene Betrag von 220 Millionen und

einſchließlich des verbleibenden Fehlbetrages der Arbeitsloſenverſicherung zwiſchen 400 und 500 Millionen betragen dürfte.

Neben der Höhe des Fehlbetrages iſt es aber vor allen Dingen die Art der Steuererhöhungen, die zwiſchen den Parteien ſtrittig iſt. Wenn auch einzelne Parteien, wie z. B. das Zentrum, ſich zu den poſitiven Vorſchlägen nur andeutungsweiſe geäußert haben, weil ſie dem Kabinett dabei die Führung überlaſſen wollen, ſo ſind dennoch die großen Streitfragen deutlich erkennbar. Auf der einen Seite ſtehen diejenigen, die durch möglichſt ſtarke Erhöhungen der Verbrauchsſteuern, die dauernden Charakter tragen, nicht nur das einmalige Defizit durch Maſſenbelaſtung decken wollen, ſondern auch dadurch zu erreichen ſuchen, daß im Jahre 1931 beträchtliche Ermäßigungen der Beſitzſteuern vorgenommen werden können. Auf der anderen Seite ſtehen diejenigen, die wegen des Charakters des Fehlbetrages als einer einmaligen Erſcheinung dauernde Steuererhöhungen, insbeſondere der Verbrauchsſteuern, für wirtſchaftsſchädlich halten, die Feſtlegung auf künftige Steuerſenkungen für unmöglich erklären und deshalb wünſchen,

daß der Fehlbetrag im weſentlichen durch ein einmaliges Notopfer zur Einkommenſteuer aufgebracht werde.

Die letztere Auffaſſung iſt die der Sozialdemokratie. Es iſt jedoch bemerkenswert, daß auch die Bayeriſche Volkspartei einen einmaligen Zuſchlag zur Einkommenſteuer für weſentlich zweckmäßiger anſieht als dauernde Verbrauchsſteuererhöhungen. Der Reichsfinanzminiſter Dr. Moldenhauer hält jedoch eine, wenn auch einmalige Erhöhung der Einkommenſteuer für in höchſtem Grade gefährlich und ſcheint dieſem Ausweg deshalb ſehr abgeneigt zu ſein.

Unter dieſen Umſtänden iſt eine Entſcheidung des Kabinetts wohl kaum ſehr ſchnell zu erwarten. Eine Sitzung des Kabinetts, die ſich mit den Deckungsvorſchlägen beſchäftigen ſoll, iſt erſt Anfang nächſter Woche zu erwarten.

Der Mann unter der Bank.

Folge: Zuſammenſtoß Wirth—Freytagh.

Ein Abendblatt erzählte geſtern von einem Zuſammenſtoß zwiſchen dem Reichsminiſter Dr. Wirth und dem Abg. v. Freytagh-Loringhoven, der ſich mittags nach Schluß der Ausſchußſitzung im Reichstag zugetragen und der angeblich beinahe zu Tätlichkeiten geführt hat. Der Bericht iſt ſtark übertrieben. Richtig iſt, daß es zwiſchen den beiden Herren einen ſehr heftigen Wortwechſel gab, wobei Wirth ſeinem Gegner dreimal zurief: „Pfui, ſchämen Sie ſich!" Der Ausruf war von lebhaften Geſten begleitet, die den falſchen Eindruck hervorriefen, als wollte Wirth auf v. Freytagh losgehen, doch kann keine Rede davon ſein, daß das „Dazwiſchentreten anderer Abgeordneter" notwendig geweſen ſei, um Tätlichkeiten zu verhindern.

Die Aufregung Dr. Wirths war durch einen Bericht entſtanden, den die „Deutſche Zeitung" über die vertrauliche Sitzung am Tage zuvor veröffentlicht hatte. Dieſer Bericht war nicht nur ein unerhörter Vertrauensbruch, er war obendrein auch noch durch und durch verlogen. Die Dinge werden ſo dargeſtellt, als ob der Juriſt des Auswärtigen Amtes Gaus dem Abg. v. Freytagh gegen Wirth rechtgegeben hätte. Viel ſchlimmer jedoch als dieſe mehr perſönliche Seite des deutſchnationalen Berichts iſt ſeine Verlogenheit im Sachlichen. Es wird da nämlich behauptet:

> Unwiderlegt blieb die deutſchnationale Feſtſtellung, daß der Haager Gerichtshof ſchon dann, wenn Deutſchland außerſtande iſt, den Plan zu erfüllen — ihn alſo „zerſtört" —, ein Urteil fällen kann, das
>
> **Franzoſen und Polen das „Recht" zum Einmarſch in deutſches Land gibt.**
>
> Unwiderlegt blieb ferner die deutſchnationale Feſtſtellung, daß die Sanktionsklauſel tatſächlich auch die Reviſion des Haager Planes ausſchaltet!

Seit die Lüge vom „Sklavenexport deutſcher Jünglinge und Jungfrauen" auch von den Dümmſten nicht mehr geglaubt wird, bemüht ſich die deutſchnationale Preſſe, den Franzoſen und Polen einzureden, ſie hätten unter Umſtänden das Recht, nach Deutſchland einzumarſchieren. Wenn nun gar wahrheitswidrig behauptet wird, dieſes „Recht" ſei in einer Geheimſitzung deutſcher Reichstagsausſchüſſe feſtgeſtellt worden, ſo grenzt das ſchon an Landesverrat.

Zugleich jedoch hatte das deutſchnationale Blatt die Dreiſtigkeit, ſich ſeines Vertrauensbruches in folgenden Worten zu rühmen:

> Die „Deutſche Zeitung" hat es für ihre Pflicht gehalten, den Schleier dieſer „Vertraulichkeit des ſchlechten Gewiſſens ohne jede Rückſicht zu zerreißen, wo ſie ſeiner nur habhaft werden konnte. Sie hat ihren Leſern alles berichtet, was ſie
>
> **unter Ausnutzung aller Möglichkeiten**
>
> über die Vorgänge hinter den Kuliſſen nur erfahren konnte. Sie wird es weiter tun.

Woher hatte die „Deutſche Zeitung" nun ihren Bericht? Den konnte ſie doch wohl nur von einem der ihr naheſtehenden deutſchnationalen Abgeordneten des Hugenberg-Flügels erhalten haben. Ihr fleißiger Mitarbeiter v. Freytagh ſchien der nächſte dazu. Der Verdacht und die Erregung Dr. Wirths waren alſo nur allzu verſtändlich.

Inzwiſchen aber hat ſich jedoch herausgeſtellt, daß die Sache noch ganz anders zuſammenhängt. Der Bericht ſtammt nicht von einem Abgeordneten, ſondern von einem Redakteur der „Deutſchen Zeitung", Joachim Nehring.

Dieſer hatte ſich durch eine verſehentlich offengebliebene Tür auf die Journaliſtentribüne eingeſchlichen und ſich — in verdeckter Stellung kauernd, ſo daß man ihn nicht ſehen konnte — Notizen gemacht.

Der vollbrachten Tat hat ſich dieſer all- und echtdeutſche Mann nicht nur gerühmt, ſondern er hat auch weitere ähnlicher Art angekündigt. Doch dürfte ihm die fernere „Ausnutzung aller Möglichkeiten" unterbunden werden, indem man ihm von Rechts wegen die Journaliſtenlegitimation für den Reichstag entziehen wird. Es wird alſo hoffentlich in Zukunft nicht notwendig ſein, bei außenpolitiſchen Geheimſitzungen unter die Bänke zu gucken, ob ſich nicht wieder ein Befreier Deutſchlands unter ſie verkrochen hat.

Inzwiſchen hat die deutſchnationale Parteikorreſpondenz zu der Angelegenheit Stellung genommen, indem ſie die verlogenen Behauptungen der „Deutſchen Zeitung" teilweiſe übernimmt, ja ſie ſtellenweiſe ſogar übertrifft und ſchlankweg drauflos ſchwindelt.

> **Da dieſe Sitzung nicht vertraulich war, berichtete die Rechtspreſſe über dieſen Vorfall ausführlich . . .**

Während ſich Joachim Nehring rühmt, die Vertraulichkeit gebrochen zu haben, verſichert der offizielle Dienſt, die Sitzung ſei gar nicht vertraulich geweſen! Beide ſind jedoch darin einig, das Abenteuer unter der Bank zu verſchweigen, das der eigentliche Anlaß des Zuſammenſtoßes Wirth-Freytagh-Loringhoven geweſen iſt.

Der 20. Februar 1890.

Ein Schickſalstag der deutſchen Politik.

Von Paul Kampffmeyer.

Am 20. Februar 1890 erlitt der preußiſche Obrigkeitsſtaat eine weltgeſchichtliche Niederlage: die von Bismarck als Staatsfeind gebrandmarkte Sozialdemokratie wurde die größte politiſche Partei Deutſchlands. Im Sommer 1888, als die Miniſter Herrfurth und Friedberg den Erſatz des Sozialiſtengeſetzes durch gemeinrechtliche Strafbeſtimmungen erwogen, erklärte Bismarck die Sozialdemokratie für eine Partei, deren Beſtrebungen an ſich ſtrafbar wären und durch Sondergeſetze bekämpft werden müßten, für eine Partei, die mit dem Staate im Kriegszuſtand lebte und nach Kriegsrecht zu behandeln wäre.

Der Reichstagswahl vom 20. Februar waren Ereigniſſe vorangegangen, die einen heftigen Wellenſchlag im politiſchen Leben Deutſchlands erzeugten und weſentlich zu dem großen Triumph der Sozialdemokratie beitrugen.

Am 27. Januar 1888 war im Deutſchen Reichstag der Agent provocateur Schröder-Brennwald als Spießgeſelle der Mörder Kammerer und Stellmacher und als Brotgeber der Moſtſchen „Freiheit" entlarvt worden. Aber ſelbſt nach dieſer Entlarvung löſte die politiſche Polizei nicht ihre Verbindung mit einem gemeingefährlichen Verbrechertum. Am 25. April 1889 berichtete der Elberfelder Polizeikommiſſar Kammhoff, wie man aus den Akten des preußiſchen Juſtizminiſteriums erſieht, daß ein Polizeivigilant auf einer belgiſchen anarchiſtiſchen Konferenz ein Attentat auf Wilhelm II mitbeſchloſſen und ſich als Führer auf dem vorgeſehenen Attentatsplatze, auf einem von ihm genau erforſchten Manöverterrain, angeboten hatte. Der Bericht Kammhofs ging durch die Hände Bismarcks und der preußiſchen Miniſter des Innern und der Juſtiz. Und dieſe legten keineswegs dem lockſpitzelnden Verbrecher das Handwerk, der entweder die preußiſche Polizei bodenlos angeſchwindelt oder wirklich zu einem Attentat aufgereizt hatte. Auf Techtelmechtel der Polizei mit dem Verbrechertum warf dann der berüchtigte Elberfelder Geheimbundprozeß aufhellendes Licht.

Im Frühling 1889 brach im Rheinland und in Weſtfalen ein großer Bergarbeiterſtreik aus. Die Bergwerksmagnaten forderten ſtürmiſch die Verhängung des Belagerungszuſtandes über das Streikrevier, eine Forderung, die Bismarck in der Sitzung des preußiſchen Staatsminiſteriums vom 9. Mai 1889 ablehnte. Bismarck ſah in einer nicht zu glatt und nicht zu raſch erfolgenden Beilegung des Streiks ein Mittel, um die liberale Bourgeoiſie für die Verlängerung des Sozialiſtengeſetzes gefügiger zu machen. Er dachte auch an eine Kräftigung des obrigkeitlichen Staates durch die Ausdehnung der Staatsaufſicht über das Bergweſen. Wilhelm II. aber benutzte den Bergarbeiterſtreik zu einer heftigen Kriegserklärung gegen die Sozialdemokratie. Für ihn ſei jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind. Wenn ſich ſozialdemokratiſche Tendenzen in die Bergarbeiterbewegung miſchten, würde er mit unnachſichtiger Strenge einſchreiten. Er ſchloß ſeine polternde, eiſenfreſſeriſche Rede mit den Worten: „Ich werde alles über den Haufen ſchießen laſſen, was ſich den Behörden widerſetzt."

Wenige Wochen nach dieſer aufreizenden Rede Wilhelms an eine Deputation der Bergarbeiter tagte die Sozialiſtiſche Internationale in Paris zur Jahrhundertfeier der Großen Franzöſiſchen Revolution. Die internationale ſozialiſtiſche Parole des Achtſtundentags wurde von dem Pariſer Kongreß ausgegeben.

Inzwiſchen war Wilhelm II. doch in ſeinem Glauben an die Unfehlbarkeit brutaler Gewaltanwendung gegenüber der Sozialdemokratie irre geworden. Er bekehrte ſich zu einer ſozialen Verſöhnungspolitik, von der er eine ſtarke Auflockerung des inneren Gefüges der Sozialdemokratie erhoffte.

Der künſtlich entfachte Frühlingsſturm wilhelminiſcher ſozialmonarchiſcher Anwandlungen trieb nun keineswegs das ſozialdemokratiſche Schiff auf Sandbänke oder Klippen, ſondern blies nur deſſen Segel luſtig auf und ſteigerte ſeinen Schnellauf. Der Kaiſer mußte ſich vom Züricher „Sozialdemokrat" dieſe Worte ſagen laſſen:

> „Die Arbeiterklaſſe iſt in Deutſchland eine Macht geworden. Auf dieſe Tatſache drücken die Erlaſſe ihr beſtätigendes Siegel, ein Akt, deſſen geſchichtliche Bedeutung zu verkleinern wir abſolut keinen Grund haben.
>
> Die beiden Erlaſſe ſind eine Anfeuerung zum mutigen Ausharren und reſtloſen Weiterkämpfen, wie wir ſie uns gar nicht beſſer wünſchen können. In dieſem Sinne ſagen wir Wilhelm II. unſeren aufrichtigen Dank. Und weiter verſprechen wir unſere eifrige Mithilfe zur Verwirklichung ſeiner Verſprechungen. Denn auf den guten Willen der bürgerlichen Parteien — das wird ihm inzwiſchen klar geworden ſein — kann er ſich in dieſer Hinſicht nicht verlaſſen. **Nur wenn die Arbeiter den Herren, die in der „Norddeutſchen Allgemeinen", in der „Kölniſchen Zeitung" und in der**

„Leipziger Zeitung" ihr Organ erblicken, tüchtig einheizen, werden ſich dieſelben zur Nachfolge bequemen.

Wenn Wilhelm II. ſeine Erlaſſe aufrichtig gemeint hat — und wir ſind überzeugt, daß es ihm bitterer Ernſt damit iſt —, ſo wird er an den ſozialdemokratiſchen Arbeitern ſeine Freude erleben. Er ſoll ſich nicht umſonſt vor ihren Siegeswagen geſpannt haben.

Im übrigen bleibt aber alles beim alten. Getreu ihrer bisherigen Taktik, die ſich ſo trefflich bewährt, wird die Sozialdemokratie ihren Kampf fortſetzen, unabläſſig, unermüdlich bis zum Ziele. Weder Verfolgungen, noch Verſprechungen werden ſie aus ihrer Bahn ablenken. Den erſteren ſetzt ſie den kühnen Trotz entgegen, den das Bewußtſein einer gerechten Sache verleiht, den letzteren begegnet ſie mit den ſtolzen Worten des alten Hildebrand-Liedes:

> Mit dem Speere ſoll man Gaben empfangen, Spitze gegen Spitze.

Der von Wilhelm ausgeſchriebene internationale Arbeiterſchutzkongreß weckte in dem Proletariat nur die Erinnerung an die internationalen Kongreſſe der aufſtrebenden ſozialiſtiſchen Arbeiterſchaft. Angeſichts des weithin ſchallenden Arbeiterkampfrufes nach dem geſetzlichen Achtſtundentag erſchienen die von Wilhelm vorgeſchlagenen Arbeiterſchutzreformen unſäglich ſchwach und bedeutungslos. Und die Reformvorſchläge Wilhelms wurden nur als Zugeſtändnis des Kaiſers an die ſozialiſtiſche Arbeiterſchaft betrachtet. Die „Kölniſche Zeitung" fürchtete gar, die kaiſerlichen Erlaſſe könnten den „Großmachtskitzel" der Arbeiter ſteigern.

Ja, die ſozialdemokratiſche Arbeiterſchaft konnte ſich mit Recht als eine wirkliche Großmacht fühlen. Sie hatte das Sozialiſtengeſetz durch ihre öffentliche und geheime Organiſation einfach unwirkſam gemacht.

Vor dem Sozialiſtengeſetz muſterte die Sozialdemokratie im Jahre 1877 im ganzen 493 000 Reichstagswähler. Das war der Höchſtſtand des ſozialdemokratiſchen Heeres vor dieſem Geſetz. In der Februarwahl 1890 ſchwoll die Armee der Wähler auf 1 427 000 Stimmen an. Vor dem Sozialiſtengeſetz verfügte die Sozialdemokratie über 42 Parteiblätter und 14 Gewerkſchaftsorgane mit 160 000 bzw. 170 000 Abonnenten, im letzten Jahre des Sozialiſtengeſetzes 1890 gebot ſie über 60 politiſchen Parteiblätter mit 254 100 Abonnenten und 41 Gewerkſchaftszeitungen mit 201 000 Abonnenten. Zur ſozialdemokratiſchen Preſſe zählten überdies zwei Witzblätter, die „Neue Zeit" und der „Geſellſchafter", ſo daß die Geſamtzahl aller Organe auf 104 und die Zahl ihrer Abonnenten auf etwa 600 000 beziffert werden muß.

Die Februarwahl von 1890 verkündete den Bankrott der Bismarckſchen Gewaltpolitik. Bismarck gedachte aber dieſe keineswegs abzubrechen, ſondern noch zu überſteigern. Er trat in Unterhandlungen mit dem Kaiſer faſt brutal offen mit den letzten Folgerungen ſeiner Blutpolitik hervor. Ihm war die Sozialiſtenfrage nur noch eine militäriſche Frage, und er gab ſkrupellos die Parole aus: Kämpfen, je eher, deſto lieber. Er wollte unter Umſtänden einen General an die Spitze des preußiſchen Miniſteriums ſtellen und dieſes militäriſch umorganiſieren. Zu liberal und zu weich erſchienen ihm namentlich der preußiſche Innenminiſter und der preußiſche Kriegsminiſter.

Wilhelm II. bebte vor einem Gewaltſchritt zurück, er wollte als junger Kaiſer nicht „durch Blut waten". Dieſe Meinungsverſchiedenheit über die gegenüber der Sozialdemokratie einzuſchlagende Taktik führte zu einer vollſtändigen Entfremdung zwiſchen Wilhelm II. und Bismarck, und der Reichskanzler geſtand im Sommer 1890 bei einem Interview ſelbſt ein, daß dieſe Meinungsverſchiedenheit einer der Gründe geweſen wäre, die ihn zur Niederlegung ſeines Amtes veranlaßt hätten.

Die Reichstagswahl des 20. Februar 1890 räumte das Haupthindernis einer wachſenden Machtentfaltung der Sozialdemokratie aus dem Wege. Die Politik der „Eroberung aller Poſten" wurde von dieſer Partei nun ſyſtematiſch durchgeführt, und nach dem November-Zuſammenbruch 1918 konnte ſie als größte und beſtorganiſierte Partei Deutſchlands in die leitenden Stellungen des Staates einrücken. Ein innerer Zuſammenhang beſteht zwiſchen der Februarwahl 1890, der Novemberrevolution 1918 und der politiſchen Machtſtellung der Sozialdemokratie im Jahre 1930.

Druſag.

Ein Stück Konzeſſionspolitik in Sowjetrußland.

Die Druſag (Deutſch-ruſſiſche Saatgut A.-G.) iſt eine Konzeſſion in Sowjetrußland, die im September 1926 vom Reich übernommen wurde. Die Konzeſſion hat ſich ſeitdem zu einem ſich rentierenden landwirtſchaftlichen Muſterbetrieb entwickelt, der in Sowjetkreiſen als landwirtſchaftlicher Berater geſchätzt war.

Seit kurzer Zeit haben die Sowjetbehörden der Konzeſſion gegenüber eine feindſelige Haltung eingenommen. Der Verdacht iſt nicht von der Hand zu weiſen, daß ſich die Sowjetregierung im Zuſammenhang mit ihrem neuen Agrarkurs die Konzeſſion anzueignen gedenkt. Die Konzeſſion wird mit unfundierten Prozeſſen und widerrechtlichen Forderungen chikaniert; man ſucht ſie offenbar zum Erliegen zu bringen.

Im Laufe dieſer Schikanierung haben ſich Sowjetbehörden Uebergriffe erlaubt, die nicht geduldet werden dürfen. Ein Ehepaar Groſſe, das der Leiter der Konzeſſion zum deutſchen Botſchafter in Moskau ſandte, wurde kurzerhand verhaftet und „ſowjetfeindlicher Umtriebe" beſchuldigt. Zwei Sachberichte des Leiters der Konzeſſion an den deutſchen Botſchafter ſind von der GPU. unterſchlagen worden.

Das Auswärtige Amt hat daraufhin einen Schritt in Moskau unternommen. Seitdem iſt es von dieſer Angelegenheit ſtill geworden, aber die Politik der Erdroſſelung gegen die Konzeſſion geht weiter. Will das Auswärtige Amt dabei ſchweigend zuſehen?

Tardieus Nachfolger.

Paris, 19. Februar.

Mit der franzöſiſchen Regierungsbildung betraut wird am Donnerstag vormittag der Führer der Radikalen, **Chautemps.**

Marinepläne und Seekonferenz.

Entſcheidung bis 1931 vertagt.

Als der Beſchluß der Reichsregierung bekannt wurde, in den Voranſchlag für 1930 keine Mittel für ein Panzerſchiff B einzuſetzen, wurde im Auslande behauptet, dieſer Beſchluß ſei auf einen im Hinblick auf die Londoner Konferenz geäußerten Wunſch der britiſchen Regierung zurückzuführen. Von amtlicher Seite wird dazu erklärt, daß hieran kein wahres Wort ſei. Der Verzicht iſt wegen der Finanznot erfolgt. Aus dem gleichen Grunde iſt die Reichsregierung dem auf einen Antrag der Wirtſchaftspartei beruhenden Reichstagsbeſchluß vom 18. Juni 1929 nicht nachgekommen, ein langfriſtiges Bauprogramm der Marine und einen Geſetzentwurf über die Bereitſtellung der Mittel hierfür dem Reichstag vorzulegen, ſondern hat die Ausführung dieſes Reichstagsbeſchluſſes bis zum Etat 1931 vertagt.

Damit iſt zugleich geſagt, daß der Umfang, die Baufriſten und die Koſten eines ſolchen Programms endgültig noch nicht feſtſtehen, ſondern Reichsregierung und Reichstag frei bleiben, je nach der finanziellen Lage und der internationalen Situation zu entſcheiden. **Es iſt insbeſondere klar, daß die Beſchlüſſe der Londoner Konferenz über die Linienſchiffe der anderen Seemächte und die Weiterentwicklung der internationalen Abrüſtungsverhandlungen überhaupt großen Einfluß darauf haben werden, ob ſich in Zukunft eine Mehrheit für oder gegen die „Ausſchöpfung des Verſailler Vertrages" findet.**

Konferenzpauſe in London.

London, 19. Februar.

Offiziell wird bekanntgegeben, daß die Beratungen der Seemächtekonferenz auf Grund der heute erfolgten Beſprechungen zwiſchen den Leitern ſämtlicher beteiligten Delegationen, ſoweit ſie zur Zeit in London anweſend ſind, bis zum 26. Februar vertagt worden ſind. Dieſer Beſchluß iſt zurückzuführen auf die Pariſer Regierungskriſe und die Neuwahlen in Japan, die ebenfalls zu einem Regierungswechſel führen können.

Große Koalition in Sachſen?

Beſchluß des ſozialdemokratiſchen Bezirksvorſtandes von Leipzig.

Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Dresden meldet, hat ſich bereits am Dienstag der Bezirksverband der Sozialdemokratiſchen Partei für den Bezirk Leipzig mit der durch den Rücktritt des Kabinetts Bünger geſchaffenen Lage beſchäftigt. Dabei trat die Auffaſſung zutage, daß die Sozialdemokratie in der jetzigen politiſchen Situation zu Verhandlungen über die Herſtellung der Großen Koalition in Sachſen bereit ſein müſſe. Ein entſprechender Beſchluß wurde gegen eine Stimme gefaßt.

Verlegenheit im bürgerlichen Lager.

Dresden, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Die Neubildung der ſächſiſchen Regierung dürfte ſehr erhebliche Schwierigkeiten bereiten, obwohl im Lager der bisherigen ſächſiſchen Regierungsparteien große Sehnſucht nach der Wiederaufrichtung des Bürgerblocks beſteht. Zur Wahl eines Miniſterpräſidenten iſt nach der ſächſiſchen Verfaſſung jedoch die Mehrheit aller im Landtag abgegebenen Stimmen notwendig. Bünger wurde ſeinerzeit nur gewählt, weil die Kommuniſten weiße Zettel abgaben und ihre Stimmen deshalb nicht mitgezählt wurden. Begehen ſie jetzt nicht wieder den gleichen Narrenſtreich, dann müſſen alle bürgerlichen Parteien einſchließlich der bisher abſeits ſtehenden Demokraten und Aufwertler für den Miniſterkandidaten des Bürgerblocks ſtimmen, wenn die zur Wahl notwendigen 49 von insgeſamt 96 Stimmen aufgebracht werden ſollen. Daß es aber gelingt, Demokraten und Nazis unter einen Hut zu bringen, iſt unwahrſcheinlich.

Der kommuniſtiſche Antrag auf Auflöſung des Landtages ſtößt im bürgerlichen Lager zur Zeit auf wenig Gegenliebe. Es iſt aber nicht ausgeſchloſſen, daß die Entwicklung ſchließlich zu einer Landtagsauflöſung führt. Freilich dürfte auch eine Landtagsauflöſung an der gegenwärtigen Zuſammenſetzung des Landtages kaum allzuviel ändern.

Zerſchmetterer Stalin.

Nur über die Leiche der Sozialdemokratie ...

Die „Prawda" veröffentlicht einen Haßgeſang gegen die Sozialdemokratie. Er iſt geboren aus dem Grimm über das Fehlſchlagen der weltrevolutionären Hoffnungen, läßt aber zugleich deutlich erkennen, daß die Parole von der „unmittelbar revolutionären Situation" ſtillſchweigend preisgegeben iſt. Die „Prawda" deklamiert:

„Nur über die Leiche der Sozialdemokratie, dieſer ſogenannten Arbeiterpartei, hinwegſchreitend, kann der internationale Kommunismus in den großen kapitaliſtiſchen Ländern ſeine im gegenwärtigen Augenblick wichtigſte Aufgabe erfüllen, nämlich die Eroberung der breiten Maſſen der Arbeiter und Werktätigen. Damit wird er die wichtigſte Vorbedingung für den entſcheidenden Sieg über den Kapitalismus ſchaffen."

Jetzt ſollen alſo erſt wieder die breiten Maſſen erobert werden! Das iſt peinlich für die Staliner „Prawda", die täglich verſichert, daß die breiten Maſſen zu den Kommuniſten ſtehen! Die breiten Maſſen ſollen von der Sozialdemokratie geerbt werden — alſo muß die Sozialdemokratie die Partei der breiten Maſſen und Werktätigen ſein.

Sie iſt es und ſie wird es bleiben. Es hat ſchon einmal ein Zerſchmetterer ihre Leiche gewollt — und Stalin wird keine andere Erfahrung machen als Wilhelm!

Ullſtein gegen Ullſtein.

Eine Erklärung des Verlages.

Der Verlag Ullſtein erklärt: „Die Angaben in der Veröffentlichung des Anwalts des Herrn Dr. Franz Ullſtein ſind bis auf die Tatſache ſeiner Abberufung falſch oder entſtellt. Die daran geknüpften Ausführungen ſind infolgedeſſen unzutreffend. Ein Eingehen auf die Einzelheiten oder eine weitere Erörterung der Angelegenheit müſſen wir zur Zeit um ſo mehr ablehnen, als Herr Dr. Ullſtein die Anrufung der Gerichte ankündigt. Die Oeffentlichkeit dürfte auch einer Erörterung vor der gerichtlichen Klärung kein Intereſſe haben, da ſich an der bisherigen Haltung des Verlages und der Redaktion nichts ändert."

Schutz der Jugend vor Schnaps.

Kein Verkauf an Jugendliche unter 18 Jahren.

In der Mittwochſitzung des Volkswirtſchaftlichen Ausſchuſſes des Reichstags erklärte Abg. Bickes (D. Vp.) im Zuſammenhang mit der Debatte über die Jugendſchutzbeſtimmungen, daß der Trinkbranntweinabſatz der Monopolverwaltung im Januar dieſes Jahres auf etwa 38 000 Hektoliter zurückgegangen ſei, während noch in der gleichen Zeit des Vorjahres (Januar 1929) 72 000 Hektoliter abgeſetzt worden wären. Die rückläufige Bewegung des Trinkbranntweinabſatzes halte alſo an. Im erſten Vierteljahr des Rechnungsjahres 1928/29 hätte ſich der Abſatz noch auf 175 000 Hektoliter belaufen, während er im erſten Vierteljahr 1929/30 nur 120 000 Hektoliter betragen hätte.

Die Beſtimmungen des Gaſtſtättengeſetzes über den Jugendſchutz werden in einer neuen Faſſung vom Ausſchuß angenommen.

Danach iſt verboten, an Perſonen, die noch nicht 18 Jahre ſind, Branntwein oder überwiegend branntweinhaltige Genußmittel in einer Gaſt- oder Schankwirtſchaft oder im Kleinhandel zum eigenen Genuß zu verabreichen. An Perſonen, die noch nicht 16 Jahre ſind, dürfen auch andere geiſtige Getränke oder Tabakwaren nicht verabreicht werden.

Ferner iſt verboten, an Betrunkene geiſtige Getränke zu verabreichen, ferner Branntwein oder überwiegend branntweinhaltige Genußmittel durch Automaten feilzubieten und ſchließlich das Verabfolgen von Speiſen von der Beſtellung von Getränken abhängig zu machen oder andernfalls eine Preiserhöhung eintreten zu laſſen.

Reichsbank und Reichsbahn.

Die Beratung der Reichstagsausſchüſſe.

Die vereinigten Ausſchüſſe für den Reichshaushalt und die auswärtigen Angelegenheiten führten in der Sitzung vom Mittwoch zunächſt die Beratung über das Bankgeſetz zu Ende. Während die Redner der Rechten ſich mit Nachdruck gegen jede Einengung der Befugniſſe und Vollmachten des Reichsbankpräſidenten wandten, ging der Abg. Dr. Bredt (Wirtſchp.) noch weiter und wünſchte eine erhebliche Erweiterung dieſer Vollmachten. Er würde es gern ſehen, wenn der Reichsbankpräſident das Recht erhielte, maßgebend bei der Geſtaltung des Etats mitzuwirken. Reichsſparkommiſſar und ſämtliche Finanzminiſter hätten in dieſer Hinſicht verſagt.

Heinig (Soz.) legte demgegenüber noch einmal die ſchweren Bedenken dar, die die Sozialdemokratie gegen das Auftreten und die Amtsführung des Reichsbankpräſidenten habe, verlangte wiederholt die Wiedereingliederung des Rechnungshofs bei der Rechnungskontrolle der Reichsbank, und gab der Erwartung Ausdruck, daß die kommende zweite Bankgeſetznovelle nicht im Zuſammenhang mit den Young-Geſetzen eingebracht und angenommen werde. In der Abſtimmung wurde der § 21, der von der Lombardfähigkeit kommunaler Schuldverſchreibungen handelt, zurückgeſtellt, das ganze übrige Geſetz gegen Deutſchnationale, Chriſtlich-Nationale und Kommuniſten angenommen.

Die dann einſetzende Beratung des Geſetzentwurfes zur Aenderung des Reichsbahngeſetzes wurde vom Reichsminiſter Dr. Stegerwald mit einem längeren Vortrag eingeleitet, in dem er vor allem darlegte, daß die Novelle nicht verfaſſungsändernd ſei. Das Reichsbahngeſetz ſei vor fünf Jahren als verfaſſungsänderndes Geſetz angenommen worden. Die vorliegende Novelle bringe nur einige Verbeſſerungen im Sinne der Verfaſſung. Abg. Dr. Quaatz (Dnat.) vertrat den entgegengeſetzten Standpunkt und begründet einen deutſchnationalen Antrag, der verlangt, daß die Reparationsſteuer aus den Betriebsüberſchüſſen der Geſellſchaft zu leiſten iſt.

Scheffel (Soz.) hob in ſeinen ausführlichen Darlegungen hervor, daß an der Geſtaltung des neuen Reichsbahngeſetzes der ſtarke Einfluß des Bank- und Induſtriekapitals deutlich zu erkennen iſt. Gegen die Beteiligung von Gewerkſchaftsvertretern habe der Reichsverband der deutſchen Induſtrie proteſtiert, aber gegen den Willen der Reichsregierung und des Generaldirektors Dorpmüller ſei der Vorſitzende des Verwaltungsrats der Reichsbahn, von Siemens, zu den Verhandlungen gefahren. Wenn das neue Geſetz die ſozialdemokratiſche Fraktion auch nicht in allen Teilen befriedigen könne, ſo bringe es doch erhebliche Verbeſſerungen gegenüber dem bisherigen Zuſtand. Es wäre ihm intereſſant, zu erfahren, welche Bezüge die 287 leitenden Beamten der Reichsbahn haben und wann die Reichsbahn einen Beamten als leitenden Beamten klaſſifiziere. Durchaus notwendig wäre es, wenn der Reichsverkehrsminiſter im Verwaltungsrat den Vorſitz führen und mehr Einfluß erhalten würde.

Die Beratung des Bahngeſetzes konnte nicht zu Ende geführt werden und wurde auf Freitag vormittag vertagt. Heute: „Sanktionen". Die Sitzung ſoll — ſoweit das die „Deutſche Zeitung" erlaubt — vertraulich ſein.

Adolf Köſter.

Weitere Trauerkundgebungen.

Der Parteivorſtand ſandte an die Witwe des verſtorbenen Genoſſen Adolf Köſter folgendes Beileidstelegramm:

In Ihrem Herzeleid trauert um einen der Beſten und Treueſten mit Ihnen die Deutſche Sozialdemokratie.

Der Vorſtand der Sozialdemokratiſchen Partei.
O. Wels.

Das Telegramm des Reichspräſidenten lautet:

In aufrichtiger Trauer ſpreche ich Ihnen zu dem ſchweren Verluſt, der Sie und Ihre Kinder durch das Hinſcheiden Ihres Herrn Gemahls betroffen hat, zugleich im Namen der Reichsregierung, innige Teilnahme aus. Ein unerbittliches Schickſal hat Deutſchland eines ſeiner beſten Söhne beraubt. Seit der Staatsumwälzung iſt er für die deutſche Republik bis zu ſeinem Tode in verſchiedenen hohen Staatsſtellungen mit ſeiner ganzen Kraft und ſeinem reichen Wiſſen und Können erfolgreich tätig geweſen. Der Tod hat ſeinem Wirken viel zu früh ein Ziel geſetzt. Deutſchland ſteht trauernd an der Bahre dieſes Mannes, deſſen Andenken in Ehren fortleben wird.

Aus der Fülle der Kundgebungen ſeien noch erwähnt die des Reichsaußenminiſters, des Hamburger Senats, des ehemaligen georgiſchen Geſandten Achmeteli uſw.

Der ſüdſlawiſche Miniſterpräſident General Zimkowitſch hat an den deutſchen Reichskanzler das folgende Beileidstelegramm gerichtet. Tief bewegt von dem frühen Hinſcheiden des Geſandten Köſter bitte ich Euer Exzellenz, das aufrichtigſte Beileid der königlichen Regierung und meiner eigenen Perſon entgegennehmen zu wollen.

Der Leichenzug.

Belgrad, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Die Leiche Dr. Köſters wurde am Mittwochvormittag in der deutſchen Geſandtſchaft aufgebahrt. Am Donnerstagvormittag um 10½ Uhr nehmen das Belgrader diplomatiſche Korps, die Spitze der Belgrader Behörden und Vertreter der deutſchen Kolonie von dem Verſtorbenen Abſchied. Mittags 12 Uhr ſetzt ſich der Trauerzug zum Bahnhof in Bewegung, von wo die Leiche mit dem fahrplanmäßigen Zug über Berlin nach Hamburg gebracht wird. Die Beiſetzung in Blankeneſe bei Hamburg wird am Sonnabendmittag ſtattfinden.

In Berlin werden Vertreter der Miniſterien uſw. dem toten Geſandten bei der Ankunft auf dem Anhalter Bahnhof die letzte Ehre erweiſen.

Roggenvertrag perfekt.

Roggenpreisſtützung durch Beſeitigung der deutſch-polniſchen Exportkonkurrenz.

Geſtern wurde in Warſchau der deutſch-polniſche Roggenexportvertrag unterzeichnet. Der Vertrag läuft bis zum 1. Juli 1930.

•

Der jetzt von den Regierungen unterzeichnete Vertrag will im Intereſſe der deutſchen und polniſchen Landwirtſchaft den Zuſtand beſeitigen, daß ſich der Getreideexport beider Länder auf den Auslandsmärkten gegenſeitig unterbietet und dadurch eine immer weitere Senkung des an ſich ſchon ungenügenden Roggenpreiſes herbeiführt. Der Vertrag ſieht eine Kontingentierung der Ausfuhr unter Innehaltung von Mindeſtpreiſen und die Gründung einer deutſch-polniſchen Kommiſſion für dieſe Ausfuhrregelung vor. Zur Durchführung der geſchäftlichen Tätigkeit der Kommiſſion wird eine G. m. b. H. errichtet. Der Sitz der Kommiſſion befindet ſich zunächſt in Berlin. Deutſche Einfuhrſcheine oder polniſche Ausfuhrſcheine werden nur noch für ſolchen Roggen erteilt, der durch die Vermittlung der deutſch-polniſchen Kommiſſion verkauft wird.

Die von beiden Staaten nach den nordiſchen Ländern auszuführende Roggenmenge ſoll auf Deutſchland und Polen im Verhältnis von 3 : 2 aufgeteilt werden. Die deutſch-polniſche Kommiſſion ſetzt ferner Mindeſtpreiſe für die Ausfuhr des Roggens je nach der Marktlage feſt.

Beide Regierungen wollen das Abkommen, falls es ſich bewährt, verlängern. Die Reichsregierung wird dafür ſorgen, daß der freie Handel, der auch in der Kommiſſion vertreten ſein wird, im Rahmen ſeiner Quote für die Durchführung der Ausfuhr herangezogen wird.

Das Trieſter Attentat.

Faſchiſten gegen Faſchiſten.

Wien, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Aus abſolut zuverläſſiger Quelle erfahren wir, daß das Bombenattentat gegen eine faſchiſtiſche Zeitungsredaktion in Trieſt vor einigen Tagen von Faſchiſten organiſiert und durchgeführt worden iſt, die perſönliche Motive gegen die Redakteure des Blattes hatten. Die auf dem Tatort aufgefundenen antifaſchiſtiſchen Flugblätter ſind in der Druckerei des Faſchiſtenblattes hergeſtellt; ſie ſollen den Verdacht auf die Buchdrucker lenken, die übrigens in dem faſchiſtiſchen Parteiblatt auch Faſchiſten ſind.

Leipziger Hochſchulbuben.

Artur Criſpien als Schimpfziel.

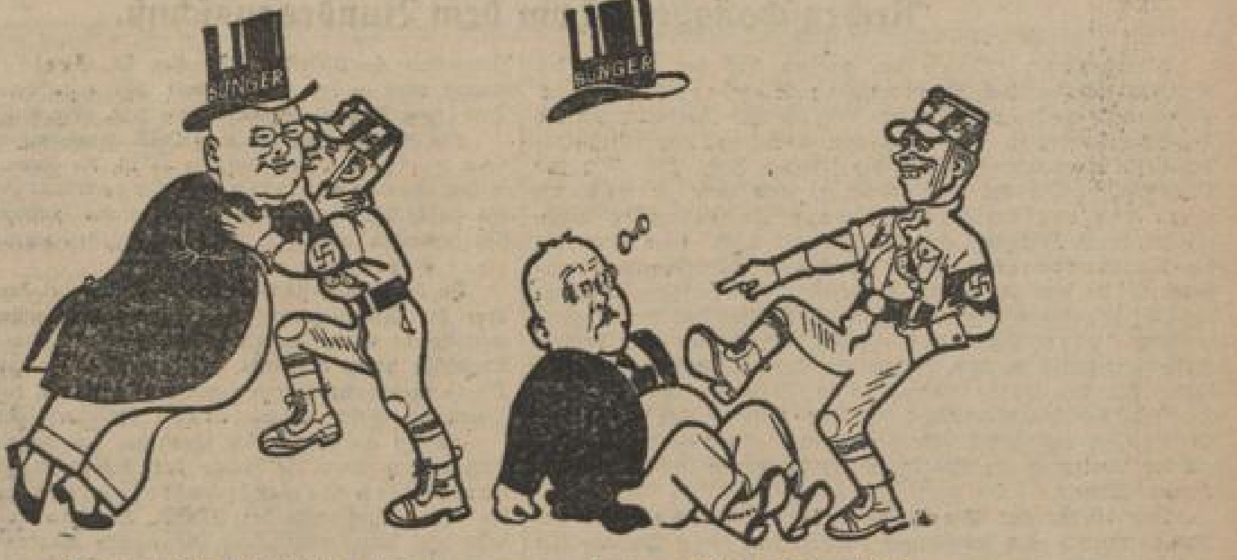
Leipzig, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Auf Einladung des Politiſchen Amtes der Univerſität ſprach Reichstagsabgeordneter Criſpien über „Die Außenpolitik der Sozialdemokratie“ vor der Studentenſchaft. Als Criſpien vom Ueberfall auf Belgien, dem militäriſchen Zuſammenbruch, Friedensſchluß, Dawes- und Young-Plan ſprach, tobten die Nationaliſten. „Judenknecht“ und „Landesverräter“ waren noch verhältnismäßig milde Zurufe. Als Criſpien, von ſozialiſtiſchen Studenten beſchützt, die Univerſität verließ, wurde er von dem Mob beſchimpft.

Der Staatsgerichtshof für das Deutſche Reich verhandelte die verfaſſungsrechtliche Klage der deutſchnationalen Fraktion des Mecklenburg-Strelitzer Landtages gegen das Land Mecklenburg-Strelitz auf Feſtſtellung der Verfaſſungswidrigkeit der Beſtellung von zwei Abgeordneten zu parlamentariſchen Staatsräten. Der Staatsgerichtshof wies die Anträge der deutſchnationalen Landtagsfraktion zurück.

Zum 12jährigen Jubiläum der Selbſtändigkeit Litauens hat der Staatspräſident Smetona politiſche und kriminelle Strafgefangene begnadigt.

Krach in Sachſen.



Bungerblock verträgt ſich . . .   Büngerblock ſchlägt ſich.

Nicht ernſt zu nehmen!

Die beiden Mißtrauensanträge gegen die Preußenregierung.

In der Debatte über die Mißtrauensanträge erhält zunächſt das Wort

Abg. **Steuer** (Dnat.): Die demokratiſche Preſſe hat im Laufe der letzten Miniſterkriſe enthüllt, daß gerade Herr Heilmann im Jahre 1917 das parlamentariſche Syſtem als gefährliche Kameraderie abgelehnt hat. Wenn Theodor Wolff Herrn Heilmann mit Franz Moor verglichen hat, ſo können wir dem „Berliner Tageblatt“ beſtätigen, daß die preußiſche Koalition eine gewiſſe Aehnlichkeit mit Schillers Räubern hat. (Zuruf bei den Soz.: Und Sie ſpielen Schufterle!) Die politiſche Notwendigkeit, die nach dem Miniſterpräſidenten Beckers Rücktritt herbeigeführt hat, beſtand in der Zahlenarithmetik der Sozialdemokratie. Herr Grimme, der Exponent der ſozialiſtiſchen Macht, muß notwendigerweiſe mit den Intereſſen der chriſtlichen Kirche in Konflikt geraten. Das Zentrum trägt die volle Verantwortung für ſeine Ernennung. (Sehr wahr! rechts.) Die Zuſtimmung Preußens zum Abkommen mit Polen iſt gegen den Willen des Landtags erfolgt.

Abg. Dr. **Heß** (Z.): Der preußiſche Kultusminiſter unterliegt einer ganzen Reihe von Bindungen. Ganz gleich, ob er ſich als Exponent einer Machtgruppe oder als Individualiſt betrachtet, er muß mit der Tatſache rechnen, daß zwei große, feſt organiſierte chriſtliche Kirchen mit entſprechender parlamentariſcher Rückendeckung vorhanden ſind. (Zuruf bei den Komm.: Das haben Sie gut geſagt!) Wirklich, ich finde, ich habe das ſogar ſehr gut geſagt. (Große Heiterkeit.) Die preußiſche Kulturpolitik ruht auf den Grundſätzen der Reichsverfaſſung und davon kann kein Kultusminiſter abgehen. Die ſchwerſten Kämpfe um die religiöſe Toleranz hat das Zentrum nicht in der Republik führen müſſen. (Aha! rechts.) In der Republik gibt man der katholiſchen Kirche, was man ihr geben muß, weil wir ſtark genug ſind, daß man es nicht verweigern kann. Im alten Staat hat das Zentrum ſtillhalten müſſen, und da haben die Machthaber uns mißhandelt. Ich erinnere an den Kulturkampf, an die Verankerung der Simultanſchule im preußiſchen Schulunterhaltungsgeſetz von 1906, an die Entfernung des Religionsunterrichts aus der ländlichen Fortbildungsſchule im Jahre 1913. Das Scheitern des Reichsſchulgeſetzes hat uns gezeigt, daß auch im Bürgerblock zwiſchen Wollen und Vollbringen ein weiter Abſtand iſt. Und glauben Sie, wir hätten die Stellung der Deutſchnationalen beim Konkordat ſchon vergeſſen? Es wäre klüger, wenn die Herren jetzt keinen Vorwurf wegen des ſozialiſtiſchen Kultusminiſters erhöben! Ob Becker oder Boelitz, ob Haeniſch oder Grimme. Der eine mag das Zentrum ſo wenig wie der andere, aber alle müſſen ſie mit dem Zentrum als politiſche Realität rechnen. Wir ſtehen jedem Kultusminiſter mit gleicher Wachſamkeit gegenüber. Die weltanſchaulichen Gegenſätze ſind eher größer geworden; aber in der politiſchen Arbeitsgemeinſchaft der Koalition müſſen wir zuſehen, wie wir miteinander auskommen. Wir ſind feſt überzeugt, daß bei dem Antrag der Wirtſchaftspartei die politiſche Taktik gar keine Rolle ſpielt, daß es ihr lediglich um chriſtlich-religiöſe Erwägungen geht. (Große Heiterkeit im Zentrum.) Wenn Kultusminiſter Dr. Grimme das notwendige Verſtändnis für die politiſchen Realitäten entwickelt, werden wir mit ihm ebenſo wie mit jedem anderen Kultusminiſter auskommen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. **Kerf** (Komm.): Wir können dieſe Mißtrauensvoten unmöglich ernſt nehmen. Aber um unſere Gegnerſchaft gegen die preußiſche Politik zu bekunden, ſtimmen wir den Mißtrauensvoten zu.

Abg. Heilmann (Soz.):

Ich habe zu der Debatte außerordentlich wenig zu ſagen. Der preußiſche Miniſterpräſident iſt nach Artikel 45 der Verfaſſung in Sachen der Miniſterernennung allein entſcheidend, und Miniſterpräſident Braun wird auf dieſes Recht gewiß nicht verzichten. Die Behauptung des Herrn Ladendorff, die Sozialdemokratie ſei eine antireligiöſe oder antichriſtliche Partei, iſt eine abſolute Unwahrheit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Sozialdemokratie iſt vielmehr programmatiſch auf vollſtändige religiöſe Toleranz feſtgelegt. Sie fragt kein Mitglied nach ſeiner Weltanſchauung und wertet ihre Mitglieder nach der Leiſtung im Befreiungskampf der Arbeiterſchaft, aber nicht nach der religiöſen Einſtellung. Einzelne Verſtöße gegen dieſe Grundſätze, die vorkommen mögen, ändern nichts daran, daß dies das klare und unverrückbare Prinzip der Sozialdemokratie iſt. (Sehr wahr! bei den Soz. Zuruf des Abg. Beuermann: Aber die weltliche Schule!) Die weltliche Schule überläßt die religiöſe Erziehung der Kinder den Eltern. Das iſt ein Grundſatz, über den wir uns ſogar mit ſehr frommen Leuten verſtändigen können. Es wäre ja denkbar, daß der Miniſterpräſident einen evangeliſch-ſozialiſtiſchen Geiſtlichen zum preußiſchen Kultusminiſter berufen hätte. Würde dann die Wirtſchaftspartei auch noch behaupten, daß ein ſozialdemokratiſcher Kultusminiſter mit dem Chriſtentum unvereinbar iſt?

Der Widerſpruch gegen die Kandidatur König iſt nicht vom Zentrum, ſondern von anderer Seite ausgegangen.

(Hört, hört! bei der Wirtſchp. und rechts.) Womit man Sie alles überraſchen und erfreuen kann! Ich dachte, das hätten Sie alle ein paar Dutzendmal in den Zeitungen geleſen? Ich hoffe, daß das Zentrum die Kandidatur König geſchluckt hätte (Stürmiſches Hört, hört! rechts), genau ſo wie das Zentrum ſich den Kultusminiſter Grimme gefallen läßt. (Zuruf des Grafen Garnier: König iſt katholiſcher Diſſident!) Für den Unterſchied zwiſchen katholiſchen und evangeliſchen Diſſidenten bin ich wirklich nicht ſachverſtändig. (Lachen und Händeklatſchen rechts.) Ich hatte Herrn Ladendorff ſo verſtanden, daß er jeden Sozialdemokraten für einen Feind der chriſtlichen Religion erklärt. Und ich habe Herrn Dr. Heß dahin verſtanden, daß für das Zentrum Sozialdemokrat Sozialdemokrat iſt. Aber ich ſtelle gern den Parteien anheim, ihrerſeits die feineren Unterſchiede aufzufinden. Herr Abg. Steuer iſt es perſönlich geweſen, der vor wenigen Monaten auf dieſer Tribüne geſagt hat, man müſſe Herrn Dr. Becker ſchon aus charakterlichen Gründen beſeitigen. (Sehr wahr! bei der Deutſchnationalen Volkspartei.) Um ſo weniger begreife ich, daß ausgerechnet er ſich jetzt Herrn Theodor Wolff in die Arme wirft. (Widerſpruch rechts.)

Was ich im Kriege geſchrieben habe, diente der Bewilligung der Kriegskredite, und hat für die gegenwärtige, total andere Situation gar keine Bedeutung. Aber ich will Ihnen gern zugeſtehen, daß der völlige Bankrott des alten Beamtenſtaates im Weltkriege mein Urteil über ſeine Vorzüge ſehr kräftig dementiert hat.

Die Sozialdemokratiſche Partei hat ſeit Jahr und Tag den Kultusminiſter gefordert.

Einmal auf Grund ihrer Stärke. Die Deutſchnationale Volkspartei, die bei der Bildung der Bürgerblockregierung ſelbſt von der Gewährung von vier Miniſterſitzen ihre Beteiligung abhängig gemacht hat, handelt nicht ehrlich, wenn ſie ein ſolches Verlangen als etwas Unſauberes oder Unwürdiges hinſtellt. Wir haben jedenfalls nicht wie die Deutſchnationalen in Herrn Gräf (Thüringen) einen Miniſter gewählt, der nachher nicht ernannt worden iſt. Die Deutſchnationalen haben in dieſem Hauſe den Demokraten immer vorgehalten, ſie hätten mit 21 Mandaten keinen Anſpruch auf drei Miniſter. Wir wollten gerade den Deutſchnationalen dafür danken, daß ſie uns die Durchſetzung unſeres gerechten Anſpruchs erleichtert haben, auf einmal finden wir Herrn Steuer im Lager des „Berliner Tageblatts“ (Widerſpruch des Abg. Steuer.)

Unſere Kritik an Herrn Dr. Becker konnten wir nicht öffentlich plakatieren. Wir hatten Rückſicht zu nehmen auf den Miniſter im Kabinett Braun. Aber es war ein offenes Geheimnis, daß wir mit dem Wachſen des Berechtigungsweſens und mit vielen anderen Erſcheinungen im preußiſchen Kultusminiſterium außerordentlich unzufrieden waren. Wir haben gar keine Urſache, irgendeinen unſerer Schritte im Kampf um das Kultusminiſterium zu verleugnen oder zu bedauern. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Der Mißtrauensantrag der Deutſchnationalen ſtützt ſich auf die angebliche Verletzung eines Landtagsbeſchluſſes. Formal iſt es richtig, daß eine Landtagsmehrheit beim Domänenetat beſchloſſen hat, die preußiſche Regierung aufzufordern, gegen das Abkommen mit Polen zu ſtimmen.

Aber verfaſſungsmäßig wird dadurch die Entſcheidungsfreiheit der Regierung nicht beſchränkt, und jede Partei im Hauſe hätte es der Regierung übel genommen, wenn ſie nicht nach ſachlichen Erwägungen, ſondern nach einem Zufallsbeſchluß gehandelt hätte.

Wir lehnen beide Mißtrauensanträge ſelbſtverſtändlich ab. Der kommuniſtiſche Redner hat gemeint, ſie ſeien nicht ernſthaft. Wenn die Kommuniſten gleichwohl dafür ſtimmen, ſo haben ſie recht. Denn ihre ganze Politik iſt nicht ernſthaft. (Heiterkeit bei den Soz.) Uns aber mögen die Herren Antragſteller verzeihen, daß wir ihre Mißtrauensvoten wirklich nicht ganz ernſt nehmen können. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. **Stendel** (DVp.): Die Entſcheidung über das Mißtrauensvotum in der Polenfrage will ſich meine Fraktion bis zum Freitag vorbehalten. Ein überzeugter Anhänger des ſozialiſtiſchen Schulideals kann die von uns vertretenen kirchlichen Intereſſen nicht objektiv wahren. Deshalb ſtimmen wir dieſem Mißtrauensvotum zu.

Abg. **Riedel** (Dem.): Keine Partei hat das Recht, in die Entſcheidungsfreiheit des Miniſterpräſidenten bezüglich der Miniſterernennung einzugreifen. Als er uns aber gefragt hat, haben wir ihm unſere Bedenken gegen die Kandidatur König vorgetragen. Sie haben ſich niemals gegen den ehemaligen Volksſchullehrer gerichtet, ſondern ſtammten lediglich aus dem ſoziologiſchen Grunde, daß eben zwei Drittel der preußiſchen Bevölkerung Proteſtanten ſind. Mit dem Dank an den Miniſter Dr. Becker verbinden wir die Hoffnung, daß der neue Kultusminiſter ſich in ſeinem Geiſte als Miniſter des Staates fühlen wird. Die Wirtſchaftspartei hat mit der Religion nichts zu tun, es ſei denn mit der Bergpredigt, nach der ſelig ſind die geiſtig Armen. (Heiterkeit.) Die Kritik des Abkommens mit Polen beruht überwiegend auf Demagogie. Die Deutſchen in Polen wünſchen dieſes Abkommen.

Noch Reden der Abgg. **Kube** (Natſoz.), **Lindner** (Dnat. Arbeitsgemeinſch.), **Jendroſch** (Komm.) und **Leonhard** (Wirtſchpt.) gegen das Abkommen mit Polen und einem Schlußwort des Abg. **Baecker** (Dnat.) zum gleichen Gegenſtand ſchließt die Debatte. Die Abſtimmung findet am Freitagnachmittag um 2 Uhr ſtatt.

Nächſte Sitzung Donnerstag 12 Uhr: Fortſetzung der Beratung des Landwirtſchaftsetats.

Bei den bulgariſchen Gemeindewahlen iſt viel Blut gefloſſen. Der Bauernabgeordnete Raduloff verlangte in der Sobranje parlamentariſche Unterſuchung, worauf ſich mehrere Abgeordnete der Regierungspartei auf ihn ſtürzten. Es entſtand eine Prügelei, ſo daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Dann wurde die Unterſuchung abgelehnt.

Die Arbeit des ADGB.

Rechenſchaftsbericht vor dem Bundesausſchuß.

Graßmann erſtattete am zweiten Tag der Sitzung des Bundesausſchuſſes den Bericht des Bundesvorſtandes. Er erinnerte an die wiederholten Beſchlüſſe und Kundgebungen des Bundesvorſtandes zu den öffentlichen, politiſchen und wirtſchaftspolitiſchen Auseinanderſetzungen der jüngſten Zeit. Mit Hilfe der Ortsausſchüſſe hat der Bundesvorſtand eine neue Erhebung über die tatſächlich geleiſtete Arbeitszeit durchgeführt, deren Ergebnis demnächſt vorliegen wird. Eine Konferenz der Reichsarbeitsrichter wird vom Bundesvorſtand vorbereitet. An eine Reihe von Forſchungsinſtituten der Wirtſchaft und Sozialwiſſenſchaft ſowie für ſoziale Hygiene hat der Bundesvorſtand Unterſtützungen gegeben. Es iſt eine neue Legien-Büſte angefertigt worden, die im Bundeshaus beſichtigt werden kann. Für den Erweiterungsbau des Bundeshauſes hat ſich der Bundesvorſtand für den Entwurf des Architekten Würzbach entſchloſſen. Graßmann begründet dieſe Entſcheidung mit der Darlegung der Vorzüge dieſes Entwurfes im Vergleich zu anderen Plänen.

Zum Leiter der Bundesſchule in Bernau hat der Bundesvorſtand nach ſorgfältiger Vorbereitung dieſer Aufgabe den bisherigen Leiter der Staatlichen Fachſchule für Wirtſchaft und Verwaltung in Düſſeldorf, Genoſſen Dr. Seelbach, gewählt. Im Auguſt wird in der Bundesſchule das erſte internationale Treffen jüngerer Gewerkſchafter ſein, veranſtaltet vom IGB.

Die Bemühungen der vom IGB. eingeſetzten Vierländerkommiſſion, deren Aufgabe es iſt, die Gewerkſchaftsbewegung in den Grenzgebieten um Luxemburg zu fördern, ſtößt auf ſtarke Widerſtände, die von klerikalen Kräften und von den Unternehmern ausgehen. Es iſt beſchloſſen worden, dort zunächſt zwei Sekretäre anzuſtellen.

In die Sachverſtändigenausſchüſſe, die bei den Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebietes mitwirken, ſind Gewerkſchaftsvertreter aufgenommen worden. Die Beratungen der Ausſchüſſe haben begonnen, ſcheinen ſich aber jetzt zu verzögern. Die Gewerkſchaftsvertreter ſetzen ſich dafür ein, daß die Gruben im Saargebiet wieder in Staatsbeſitz übergeführt werden.

An den Vorſtandsbericht ſchloß ſich eine kurze Ausſprache. Die Entſcheidung über die Frage der Delegation zu dem internationalen Gewerkſchaftskongreß in Stockholm, die der dritte Vorſitzende des ADGB., Hermann Müller, kurz behandelt hatte, wurde auf die nächſte Ausſchußſitzung vertagt. Damit fanden die Verhandlungen ihren Abſchluß.

Bäckermeiſter als Hausbeſitzer.

In 20 000 Betrieben nur Lehrlinge beſchäftigt.

Die größte Handwerkerorganiſation, der Bäckermeiſterinnungsverband „Germania", gibt durch ſeine neueſte Erhebung für das Jahr 1929 einen tiefen Einblick in die wirtſchaftliche Struktur dieſes Gewerbes. Die Statiſtik kann auf Vollſtändigkeit inſofern Anſpruch erheben, als ſich die Umfrage auf 93 378 Bäckereien erſtreckte. Das ſind weit über 90 Proz. aller vorhandenen Betriebe.

Unorganiſierte Bäckermeiſter wurden nur 2908 ermittelt.

Wir haben eine faſt geſchloſſene Organiſation der Bäckermeiſter vor uns, die ſeit 1926 noch eine Zunahme um 7,6 Proz. ihrer Mitglieder aufweiſen kann.

Ermittelt wurden in den Innungsbetrieben 75 595 Bäckergeſellen, 4002 Konditoren, 59 794 Lehrlinge, 9157 Verkäuferinnen und 6311 ſonſtiges Hilfsperſonal. **Auffallend groß iſt die Zunahme der Lehrlinge, die ſeit 1926, alſo innerhalb 3 Jahren, um 43 Proz.** ſtieg. Die Unternehmerpreſſe ſelber findet dieſe ungerechtfertigte Zunahme an Lehrlingen ſehr auffallend. Dennoch iſt in den Bäckerinnungen eine ſtarke Strömung vorhanden, um die beſtehenden einſchränkenden Verordnungen über die Lehrlingshaltung in einzelnen Freiſtaaten zu beſeitigen.

Wird nämlich die Tatſache gewürdigt, daß **unter den Gehilfen über 15 000 Meiſterſöhne** ſind, an die die wirtſchaftliche Not durch Arbeitsloſigkeit nicht herankommt, dann ergibt ſich, daß die Zahl der Lehrlinge ebenſo hoch iſt wie die der eigentlichen Gehilfen. Die Gehilfenſchaft wird alljährlich um ein Drittel vermehrt und in je drei Jahren vollſtändig erneuert. Die Folge davon iſt wiederum **eine überaus hohe Zahl von Arbeitsloſen.** Sie betrug am Jahresſchluß 1929 weit über 30 000, **hinzu kommen noch die vielen tauſend Bäcker und Konditoren, die durch die Berufsüberfüllung gezwungen ſind, in anderen Induſtriezweigen ihr Unterkommen zu ſuchen.**

In faſt 20 000 Betrieben werden nur Lehrlinge beſchäftigt.

Außerdem wurden 17 561 Alleinbetriebe gezählt, die ohne Lehrlinge und Gehilfen Waren produzieren. Mithin ſind über zwei Fünftel aller Betriebe in der angenehmen Lage, keinen Lohn bezahlen zu müſſen. Von dem Geſamtperſonal ſind 25 509 Perſonen oder 13 Proz. der Geſamtbeſchäftigtenzahl Familienangehörige der Unternehmer, ein Beweis dafür, in welch ſtark ausgeprägter Form hier noch der familienwirtſchaftliche Betriebscharakter in Frage kommt.

Von 12 Großſtädten mit einer Geſamteinwohnerſchaft von 10,196 Millionen und 10 240 Bäckereibetrieben wurde feſtgeſtellt, daß **auf je 995 Einwohner eine Bäckerei** und auf je 379 Einwohner eine produzierende Arbeitskraft entfällt. Durch dieſe Struktur iſt es möglich, daß ſich immer noch der weitaus größte Teil der beſchäftigten Perſonen **in Koſt und Logis beim Unternehmer** befindet. Obwohl in allen Tarifverträgen der gewerkſchaftlichen Organiſation der Koſt- und Logiszwang beſeitigt iſt, war es den Unternehmern dennoch möglich, bei dem ſtändig nachdrängenden jungen Nachwuchs ſolche Tarifbeſtimmungen außer Wirkſamkeit zu ſetzen. Die wirtſchaftliche Lage der Bäckermeiſter iſt natürlich weit günſtiger als die der Geſellen. Ermittelt wurden

75 Proz. aller Innungsmeiſter als Hauseigentümer.

Beſonders in der Nachinflationszeit ſehen wir eine nicht unbeträchtliche Zunahme der Hauseigentümer. Auch in techniſcher Richtung konnte ſich das Gewerbe in der Nachkriegszeit recht günſtig auswirken. Während bei Kriegsausbruch erſt 19 387 Maſchinenbetriebe vorhanden waren, wurden bei der letzten Erhebung **61 115 Betriebe mit Maſchinen feſtgeſtellt.** Das ſind 68 Proz. aller Bäckereibetriebe gegen 28 Proz. im Jahre 1914, die mit Maſchinen ausgerüſtet ſind. Dieſer techniſche Aufſtieg konnte durch das geſetzliche Verbot der Nachtarbeit im raſcheren Tempo erfolgen als früher. In den Großſtädten ragt das Prozentverhältnis der Maſchinenbetriebe weit über den Durchſchnitt hinaus. So wird von Frankfurt am Main feſtgeſtellt, daß ſämtliche Bäckereianlagen mit Maſchinen ausgerüſtet ſind. Es folgt Köln mit 95, München mit 91, Berlin mit 65 und Hamburg mit 62 Proz. Maſchinenbetrieben.

Die Unternehmerſtatiſtik widerlegt ſchlagend die von den Anhängern der Nachtarbeit vorgebrachten Gründe zur Aufhebung des Nachtbackverbots durch dieſe Erhebung. Sie weiſt dadurch gleichzeitig eine grobe Lüge zurück, daß infolge des Ausbaues der Sozialgeſetzgebung und des Arbeitsſchutzgeſetzes eine wirtſchaftliche Verſchlechterung im Bäckereigewerbe eingetreten iſt. Es iſt feſtgeſtellt, daß beſonders in der Zeit, ſeit der die Nacht- und Sonntagsarbeit auch in dieſen Berufen verboten und der Achtſtundentag geſetzlich eingeführt ſind, ein rieſenhafter Fortſchritt in der techniſchen Entwicklung der Betriebsanlagen verzeichnet werden kann.

„Verrat im Taxiſtreik!"

Die betrübte „Kampfleitung".

„Verrat im Taxiſtreik!"" — ſo ſchreit die Moskaupreſſe. Und worin ſoll dieſer „Verrat" beſtehen? Darin, daß geſtern abend zwiſchen der „Verbandsbureaukratie", nämlich der zuſtändigen Organiſation und den Droſchkenbeſitzern verhandelt wurde. Das Blatt wußte zwar nichts über den Ausgang der Verhandlungen, es nahm alſo an, „daß noch im Laufe der Nacht ein neuer Schiedsſpruch gefällt wird".

Deshalb „Verrat". **Wirklicher Verrat an den Intereſſen der** Kraftdroſchkenfahrer iſt es, den Unorganiſierten zu ſuggerieren, daß ſie keine Organiſation gebrauchten, ſondern nur eine „revolutionäre Kampfleitung", die ihnen zwar keine finanzielle Unterſtützung bieten kann, dafür aber um ſo mehr radikale Phraſen. Die ſind bei der KPD. zwar reichlich und ganz umſonſt zu haben, haben aber den Nachteil, daß kein Streikender ſich etwas dafür kaufen kann.

So kam es, daß ein Teil dieſer nicht klaſſenbewußten Unorganiſierten wieder in die Betriebe lief. Wenn alle Kraftdroſchkenfahrer **gewerkſchaftlich organiſiert** wären, dann hätten ſie in dieſem Kampfe zweifellos einen größeren Erfolg zu verzeichnen gehabt.

Der Verrat an den freien Gewerkſchaften wird von der KPD. ſyſtematiſch betrieben. Gibt ſich kein Arbeiter mehr dazu her, dann ſind die kommuniſtiſchen Kampfleitungen erledigt.

Internationale Angeſtelltenkonferenz.

Eine fruchtbare Tagung.

Im Mittelpunkt der geſtrigen Vormittagstagung der Fachgruppenkonferenz des Internationalen Bundes der Privatangeſtellten ſtand ein Referat des Genoſſen Dr. Fritz Naphtali über die internationale Verflechtung der Induſtrie. Genoſſe Naphtali zeigte an den einzelnen Perioden der kapitaliſtiſchen Entwicklung, wie ſich die internationalen Beziehungen der Volkswirtſchaften allmählich immer enger verflochten haben. Es wächſt jetzt eine Weltwirtſchaft heran, durch das Entſtehen von Bezirken, in denen die Wirtſchaftsführung und Planung durch kapitaliſtiſche Kräfte vollzogen wird, die nicht mehr national gebunden ſind. Dieſe neuzeitliche kapitaliſtiſche Verflechtung vollzieht ſich durch internationale Kartellierung, internationale Konzernbildung und internationale Finanzierung. Dieſe internationalen kapitaliſtiſchen Verflechtungen haben gegenüber der Entfaltung internationaler Zuſammenarbeit der Arbeiter und Angeſtellten einen Vorſprung, der ausgeglichen werden muß durch die Stärkung der internationalen Zuſammenarbeit der Arbeiterorganiſationen, durch die Förderung aller überſtaatlichen Einrichtungen, durch die das Privatunternehmertum kontrolliert oder gezügelt werden kann, wie es in den erſten Anſätzen in Genf zu erblicken iſt. (Internationales Arbeitsamt, Internationales Wirtſchaftsamt.)

In einem tiefgründigen Vortrag behandelte dann Genoſſe Dr. Pfirrmann die Konkurrenzklauſel. Der den Wettbewerb fürchtende Unternehmer ſoll durch ausreichende Bezahlung eines tüchtigen und kenntnisreichen Angeſtellten zum Verbleiben in ſeinem Unternehmen anreizen, ſtatt ihn durch die Konkurrenzklauſel zu feſſeln. Die Konkurrenzklauſeln ſind ein Ausnahmerecht zugunſten des Profitintereſſes und auf Koſten des Rechtes der Angeſtellten. Dort, wo ſie bereits in Geſetzen ihren Niederſchlag gefunden haben, müſſe verſucht werden, dieſe geſetzlichen Beſtimmungen wieder rückgängig zu machen. Geheime Konkurrenzklauſeln, wonach ſich die Unternehmer verpflichten, ihre Angeſtellten gegenſeitig nicht oder nur unter beſtimmten Bedingungen einzuſtellen, müſſen für ſtrafbar und nichtig erklärt werden. Anzuſtreben iſt eine internationale Regelung, die dieſen Beſtimmungen ſelbſt Geltung verſchafft.

Für die geſetzliche Zwangsregelung dieſer Fragen legte der Referent ſcharf umriſſene Leitſätze vor, die von der Konferenz einſtimmig angenommen wurden.

Die Konferenz nahm zum Schluß noch die Neuwahlen der Gruppenvorſtände vor. Die bisherigen Fachgruppenvorſitzenden wurden einſtimmig wiedergewählt, und zwar der Genoſſe Schweitzer für die Fachgruppe der Techniker, Genoſſe Rogon für die Fachgruppe der kaufmänniſchen und Büroangeſtellten und Genoſſe Buſchmann für die Fachgruppe der Werkmeiſter.

Achtung, Beamte! Am Montag, dem 24. Februar, 20 Uhr, findet in den „Muſikerſälen" (großer Saal), Kaiſer-Wilhelm-Str. 31, eine große öffentliche Beamtenkundgebung ſtatt. Reichstagsabgeordneter Albert Falkenberg wird über das Beamtenvertretungsgeſetz im Reichstag ſprechen. Die geſamte Beamtenſchaft wartet auf die endliche Verabſchiedung des Beamtenvertretungsgeſetzes. Falkenberg iſt der Berichterſtatter im Reichstag für dieſes Geſetz. Er beherrſcht wie wenige die Fragen des Beamtenrechts. Es wird ein Maſſenbeſuch der Beamten erwartet.

Das Beamtenſekretariat der SPD., Berlin.

Die Eiſenbahner zum Young-Plan.

Ueberſtunden bei 3½ Millionen Arbeitsloſen.

Eine außerordentlich ſtark beſuchte Konferenz des Einheitsverbandes der Eiſenbahner nahm den Bericht ihres Vertreters Blaß über die Verhandlungen im Organiſations-Komitee für die Reichsbahn entgegen. Es wird allen Eiſenbahnern unvergeßlich bleiben, daß die Vertreter der Reichsbahn es waren, die die Unterſtützung der Ausländer wollten, um das deutſche Reichsbahn-Perſonal von der deutſchen Geſetzgebung auszuſchalten und weiterhin jeglichen Einfluß der deutſchen Regierung und des Reichstages von der Reichsbahn fernzuhalten. Der Einheitsverband allein hat bei den Pariſer und Haager Verhandlungen die Intereſſen des Perſonals mit Nachdruck vertreten.

Einmütig verlangten die Funktionäre, daß Reichsregierung und Reichstag in Zukunft von ihren Rechten der Reichsbahn gegenüber reſtlos Gebrauch machen müſſen. Es darf die Reichsbahn ſich nicht zu einem Staat im Staate ausbilden. Die Funktionäre erwarten von den Verhandlungen im Reichstag, daß bei der Verabſchiedung der Reichsbahn-Geſetze die von der Organiſation geſtellten Forderungen Verwirklichung finden, und daß bei der Neubeſetzung des Verwaltungsrates das Perſonal eine entſprechende Vertretung darin erhält.

Der zweite Teil der Konferenz beſchäftigte ſich mit der Wirtſchaftslage, im beſonderen mit der der Eiſenbahner. Neben der Forderung, das durch Schiedsſpruch vom vergangenen Jahre feſtgelegte Einkommen den Teuerungsverhältniſſen entſprechend zu erhöhen, war es beſonders die Arbeitszeitfrage, die den Proteſt der Funktionäre herausforderte. Die Funktionäre fühlen ſich verpflichtet, die geſamte Oeffentlichkeit Deutſchlands darauf aufmerkſam zu machen, daß es angeſichts der Millionen von Arbeitsloſen unhaltbar iſt, wenn bei der Reichsbahn nicht nur acht, **ſondern neun, ja ſogar zehn Stunden gearbeitet wird,** und daß die Reichsbahn national und international alles erdenkliche unternimmt, um eine Verkürzung der Arbeitszeit zu verhindern. Die Funktionäre erwarten vom Verbandsvorſtand, daß er mit Hilfe des Reichstages und der Regierung alle Schritte unternimmt, daß auch im Reichsbahnbetrieb endlich die achtſtündige Arbeitszeit eingeführt wird.

Eine Bravourleiſtung.

Kommuniſtiſcher Gemeindevertreter als Denunziant.

Im Krankenhaus Mühlau, Bezirk Leipzig, werden zwei Schweſtern, die der Schweſternſchaft der Reichsſektion Geſundheitsweſen angehören, beſchäftigt. Gewiſſenhafte Pflichterfüllung geben dem leitenden Arzt keinerlei Anlaß zum Tadel.

Allein die Tatſache, daß dieſe **Schweſtern preußiſche Staatsangehörige** ſind, erregt in der Gemeinde „öffentliches Aergernis". Der leitende Arzt, der im übrigen recht merkwürdige Auffaſſungen von ſeiner Aufgabe als Kaſſenarzt hat — ſeine Kranken tituliert er mit Ochſe und Kamel —, wirft den Schweſtern ebenfalls vor, **daß ſie „Preußen"** ſind.

Tatſächlich hat aber der Haß beſtimmter am Krankenhaus intereſſierter Gemeindevertreter eine tiefere Bedeutung.

Die leitende Schweſter hat ein **rentableres Verfahren in der Wirtſchaftsführung** eingeſchlagen. Bisher ſetzten die ortsanſäſſigen Kaufleute beim Wareneinkauf eine Pauſchſumme in das Wirtſchaftsbuch. Die Schweſter hat nun die einzelnen Poſten mit genauen Beträgen in ihr Wirtſchaftsbuch eingetragen und auf dieſe Weiſe ganz annehmbare Erſparniſſe gemacht.

Die Reichsſektion Geſundheitsweſen im „Geſamtverband" hat ſich nun als zuſtändige Organiſation wegen Verbeſſerung der ſozialen Lage der Schweſtern mit der Gemeinde in Verbindung geſetzt, vorher aber dem **„Arbeitervertreter" Gruhnert (KPD.)** Kenntnis davon gegeben. Dieſer „Arbeitervertreter" hatte nun nichts eiligeres zu tun, als nach Empfang des Schreibens der Gewerkſchaft zu dem bürgerlichen Bürgermeiſter zu laufen und **die Schweſtern dort zu denunzieren.**

Vom Bürgermeiſter wurde bei einer mündlichen Verhandlung in dieſer Angelegenheit ausdrücklich betont, **daß dieſer famoſe Arbeitervertreter Gruhnert dem Krankenhausausſchuß empfohlen hat, die beiden Schweſtern zu entlaſſen.**

Die Schweſtern haben daraufhin ihre Stellung gekündigt. Es iſt bezeichnend, daß ein Kommuniſt den am Krankenhaus intereſſierten **bürgerlichen Gemeindevertretern Handlangerdienſte** leiſtet. Die Arbeiterſchaft von Mühlau wird es ſich überlegen müſſen, ob ſie dieſem merkwürdigen Arbeitervertreter wieder ihre Stimme gibt.

*

In der „Sächſiſchen Staatszeitung" ſind nun die beiden Schweſternſtellen wieder ausgeſchrieben. **Wir erſuchen alle Schweſtern, bevor ſie ihre Bewerbung dort einreichen,** erſt mit der zuſtändigen Organiſation, der Reichsſektion Geſundheitsweſen im Geſamtverband, Berlin SO. 16, Michaelkirchplatz 4, in Verbindung zu treten.

Städt. Lübeck! Freitag, 20 Uhr, bei Burg, Neumeyerſtraße Ecke Prenzlauer Allee, wichtige Fraktionsverſammlung der SPD.-Genoſſen. Genoſſe Weihe ſpricht über: „Die Sparmaßnahmen des Magiſtrats". Es wird reger Beſuch erwartet. **Der Fraktionsvorſtand.**

SPD.-Holzarbeiter! Die Werbezeitſchrift „Der Kämpfer" iſt eingetroffen und an den bekannten Stellen in Empfang zu nehmen.

Freie Gewerkſchafts-Jugend Berlin

Heute, Donnerstag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Köpenick:** Jugendheim Grünauer Str. 5. Kurzreferate. — **Schöneweide:** Jugendheim Niederſchöneweide, Berliner Str. 31. Literariſcher Abend. Jack London. — **Geſundbrunnen:** Jugendheim Pank-Schule, Gotenburger Str. 2. Lichtbildervortrag: „Der Harz". — **Südoſten:** Gruppenheim Reichenberger Str. 66 (Feuerwehrhaus). Lichtbildervortrag: „Die FGJ. in Wort und Bild". — **Tempelhof:** Gruppenheim, Eingang Germaniaſtr. 4–6. Vortrag: „Gewerkſchaften und politiſche Jugend". — **Landsberger Platz:** Jugendheim Große Frankfurter Str. 18, Zimmer 6. Reihenvortrag, 4. Abend. „Die romaniſche Arbeiterbewegung." — **Lichtenberg und Neu-Lichtenberg:** Jugendheim Hauffſtraße, an der [illegible] Straße. Reihenvortrag „Arbeiterführer." — **Frankfurter Allee:** Jugendheim Frankfurter Allee 307 (Walter-Rathenau-Zimmer). Arbeiterdichtungen auf Schallplatten. — Karten für die Veranſtaltung am 30. März ſind in der Jugendzentrale zu haben.

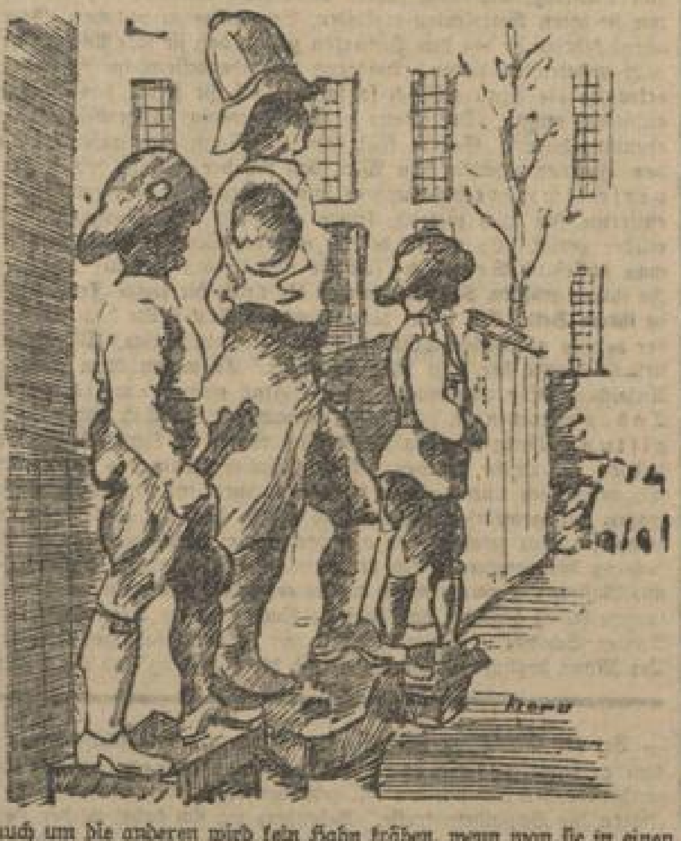
Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angeſtellten

Heute, Donnerstag, finden folgende Veranſtaltungen ſtatt: Jugendfunktionärverſammlung im kleinen Saal des Verbandshauſes, [illegible]mannſtr. 12. — **Pankow-Niederſchönhauſen:** Jugendheim Kirchſtr. 14 (großes Zimmer). „Satiren und Karikaturen." Vortragender: Oswald [illegible]. — **Treptow:** Jugendheim der Schule Wildenbruchſtr. 53 (Zugang von der Grätzſtraße in Treptow). Brettſpiele. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptſtr. 15 (Nebengebäude, [illegible]). [illegible]. — Ab 19½ Uhr Volkstanzkurſus im [illegible], Lichtenberg, Prinz-Albert-Str. 44.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtſchaft: G. Klingelhöfer; Gewerkſchaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonſtiges: Fritz Karſtädt; Anzeigen: Th. Glocke; ſämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanſtalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenſtraße 3.
Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wiſſen".

Verfallende Kolonialgrössen

In einer ſtillen Friedenauer Seitenſtraße ſtehen mit dem Rücken gegen die benachbarte, moderne Gemeindeſchule drei von Wind und Wetter arg hergenommene Gipsſtatuen in kolonialen Uniformen. Die mittlere Figur mit dem Tropenhelm iſt drei Meter hoch; ihr rechter Arm iſt abgefallen und die Elefantenbüchſe, die einſt die Linke hielt, iſt gänzlich verſchwunden. Auch die beiden anderen Figuren gehen einer allmählichen aber ſicheren Auflöſung entgegen wie die ganze Kolonialherrlichkeit von Anno dazumal. So machen eigentlich dieſe Gipsoriginale, die ein Werk des Berliner Bildhauers Möbius ſind (von dem der „Speerwerfer" an der Kaiſerallee ſtammt), kein ſonderliches Aufheben von ſich. Ein aktuelles Intereſſe iſt aber inſoweit gegeben, als die Bronzeſtatuen nach dieſen Gipsmodellen demnächſt in Deutſchland zur Aufſtellung gelangen ſollen, nur weiß man noch nicht wo. Der überlebensgroße Mann mit dem Tropenhelm iſt nämlich Dr. Karl Peters, der als „Hänge-Peters" in den Reichstagsdebatten von 1896 insbeſondere von Bebel gekennzeichnet wurde. Eine ſeltſame Geſchichte hat dieſes Peters-Standbild hinter ſich. 1913 beſchloſſen rechtsgerichtete Kreiſe, dem „Eroberer Oſtafrikas" ein Denkmal zu ſetzen; es ſollte am Hafeneingang von Dar-es-Salaam aufgeſtellt werden und mit ſymboliſcher Handbewegung auf das eroberte Land hinweiſen. Die Statuen mit dem zerlegten Sockel wurde in Kiſten verpackt und kam gerade zum Kriegsausbruch in Dar-es-Salaam an. Am 8. Auguſt 1914 beſchoſſen die Engländer die Stadt und kein Menſch dachte mehr daran, die Kiſten auszupacken. Erſt vor wenigen Jahren wurde die Statue von den Engländern herausgegeben und lagert nun in Hamburg. Wiederum iſt ein Komitee an der Arbeit, um Peters in Hannover oder in Potsdam zur Aufſtellung zu bringen, aber jetzt fehlen wieder die Steine zum Sockel. Mehr Glück hatten die anderen Statuen, die beide den früheren Schutztruppenoffizier und Verwaltungsbeamten Dominik darſtellen, der ſich in Kamerun bei Weißen und Schwarzen allgemeiner Sympathien erfreut haben ſoll. Die eine Figur ſtand in der Hafenſtadt Kribi; franzöſiſche und engliſche Firmen hatten zum Denkmalsfonds beigeſteuert. Im Kriege wurde das Denkmal von den Franzoſen vom Sockel genommen und ſchließlich den Deutſchen zurückgegeben. Es lagert jetzt, wie das Peters-Standbild, in einem Schuppen in Hamburg. Die zweite Dominik-Statue ſtand im Innern von Kamerun und dürfte ſich bei der Beliebtheit von Bronzeteilen bei der Pfeil- und Speerherſtellung längſt in ſeine Beſtandteile aufgelöſt haben. Und auch um die anderen wird kein Hahn krähen, wenn man ſie in einen nützlichen Bronzeklotz zurückverwandelt.



45 Millionen Mark für Berlin.

Neuer Kredit zur Fortführung der dringlichsten Bauten.

Der Magiſtrat hat heute das Angebot eines unter Führung der Preußiſchen Staatsbank und der Deutſchen Bank und Disconto-Geſellſchaft ſtehenden Bankkonſortiums auf einen Kredit von 45 Millionen Mark angenommen.

Die Bedingungen des Kredites ſind folgende: Zinsſatz 1 Prozent über Reichsbankdiskont, mindeſtens jedoch 7 Prozent; ferner iſt eine Proviſion von ein Achtel Prozent vom Monatshöchſtbetrage des Kredites pro Monat und eine einmalige Bereitſtellungsproviſion von 1 Prozent zu zahlen; letztere ermäßigt ſich bei vorzeitiger Rückzahlung. Der Kredit iſt vom 1. Juli 1931 ab in monatlichen Teilbeträgen von 5 Millionen Mark zurückzuzahlen.

Der Kredit ſoll die Fertigſtellung der dringlichſten Brücken- und Straßenbauten, Schulen, Bäder und Krankenhäuſer ermöglichen und die Koſten verſchiedener zwangsläufiger außerordentlicher Vertragsleiſtungen decken.

Unabhängig von dieſem Kredit iſt durch das gleiche Konſortium die Ausgabe von 8prozentigen Goldſchatzanweiſungen auf den Inhaber im Nennbetrage von 45 Millionen Mark beabſichtigt. Die Begebung der Goldſchatzanweiſungen ſoll im Wege des kommiſſionsweiſen Verkaufes durch dasſelbe Bankenkonſortium erfolgen. Die Schatzanweiſungen bilden gewiſſermaßen eine zweite Tranche der im Jahre 1929 begebenen 40-Millionen-Schatzanweiſungen, die ausverkauft ſind. Sie werden daher auch am 1. Oktober 1933 fällig. Der Erlös der Schatzanweiſungen ſoll zur vorzeitigen Abdeckung des oben erwähnten kurzfriſtigen Kredites dienen und wird endgültig für die gleichen Zwecke verrechnet. Die Ausgabe der Goldſchatzanweiſungen bietet den Vorteil der Verteilung der Abdeckung des kurzfriſtigen Kredites auf mehrere Jahre ſtatt einer Abdeckung im Rechnungsjahr 1931, das hiedurch entlaſtet wird. Der Kredit bedarf der Genehmigung des neu eingeſetzten Kreditausſchuſſes der deutſchen Städte, der Aufſichtsbehörde ſowie der Zuſtimmung der Finanzdeputation und der Stadtverordnetenverſammlung.

*

Durch die Begebung der Goldſchatzanweiſungen im Wege des kommiſſionsweiſen Verkaufes durch das Bankenkonſortium iſt es der Stadt möglich, die Zurückzahlung des Kredites ſpäter vorzunehmen, als anfangs vorgeſehen war. Die Stadt, die den Betrag von 45 Millionen Mark ſofort in bar hereinbekommt, braucht die von den Banken auszugebenden Schatzanweiſungen erſt bei Fälligkeit, d. h. früheſtens 1932 einzulöſen. Die Genehmigung des Kredites durch den Kreditausſchuß und die Stadtverordnetenverſammlung darf als geſichert angeſehen werden. Der Ausſchuß, der ſich faſt ausſchließlich aus Kämmerern der deutſchen Städte zuſammenſetzt, wird bereits heute zuſammentreten. Es iſt anzunehmen, daß ſich die Stadtverordnetenverſammlung auch bereits in ihrer heutigen Sitzung mit der Kreditgewährung beſchäftigen und ihre Zuſtimmung dazu erteilen wird.

Großrazzia gegen Autodiebe.

Die Polizei greift endlich energiſch durch.

Geſtern abend hat die Berliner Kriminalpolizei zu einem entſcheidenden Schlage gegen Berliner Autodiebe ausgeholt. Die Polizei hatte ermittelt, daß ſich zahlreiche junge Burſchen zu einer Bande zuſammengeſchloſſen hatten, die planmäßig im Weſten Berlins Autos ſtahlen und die Wagen dann zu Diebesfahrten in der näheren Umgebung Berlins benutzten. Als Haupttreffpunkte der Bande wurden verſchiedene Lokale in der Rückertſtraße insgeheim ermittelt. Hier wurden auch die Erſatzleute „ausgemuſtert", wenn bei den Diebesfahrten Mitglieder auf friſcher Tat ertappt und verhaftet wurden. Von mehreren Hehlern wurden die geſtohlenen Waren gleich in den Lokalen übernommen. Die völlig überraſchende Razzia der Polizei gelang vollkommen. Die ganze Straße wurde abgeriegelt und die Ein- und Ausgänge der in Frage kommenden Häuſer ſtark beſetzt. Etwa 60 bis 70 Perſonen wurden feſtgenommen und auf drei Laſtwagen ins Polizeipräſidium gebracht.

Nach Prüfung ihrer Papiere wurde ein Teil entlaſſen, während eine größere Anzahl Geſuchter zurückgehalten wurde, um morgen an die einzelnen Dienſtſtellen und Behörden abgegeben zu werden.

Mörderiſche Granatenkiſten.

Exploſionskataſtrophe bei Athen. — Zahlreiche Tote.

Athen, 19. Februar.

Beim Abladen von Munition in einem Munitionsdepot explodierten Kiſten mit Granaten, die umgefallen waren. Die neun mit dem Abladen beſchäftigten Soldaten und Arbeiterinnen wurden getötet. Ferner wurden 1 Major, 1 Hauptmann, 1 Leutnant und etwa 10 Soldaten und Arbeiterinnen ſchwer verletzt. Bei dem Brand, der im Anſchluß an die Exploſion ausbrach, wurden drei Munitionsdepots vollkommen zerſtört. Der Schaden iſt ſehr groß. Die Feuerwehr hatte äußerſt ſchwere Arbeit zu leiſten.

Mexikaniſcher Generalkonſul tödlich verunglückt.

Warſchau, 19 Februar.

Auf der Strecke Warſchau—Wilanow fuhr heute vormittag eine mit ſechs Perſonen beſetzte Luxuslimouſine bei einer Wegbiegung gegen einen Baum. Das ſchwerbeſchädigte Auto ging in Flammen auf. Der Chauffeur war auf der Stelle tot, einer der Inſaſſen, der mexikaniſche Generalkonſul in Warſchau, Rodriguez Duarte, erlag einige Stunden nach der Kataſtrophe ſeinen Verletzungen. Auch die übrigen vier Paſſagiere haben ſchwere Verletzungen erlitten.

Aluízio Azevedo

43]

Ein brasilianisches Miethaus

Noch ein anderer litt, und zwar Bruno, der täglich melancholiſcher zu werden ſchien. Zuerſt hatte er ſich in ſeiner Wut eingeredet, er ſei glücklich, ſeine Frau los zu ſein. Aber nach einem Monat ſchon begann er ſich einſam zu fühlen, und jetzt, nach faſt fünfmonatiger Trennung, war er voller Sehnſucht, ſich wieder mit Leocadia zu verſöhnen. Die Hexe, die ſeinetwegen die Karten befragte, heiterte ihn auf, als ſie ihm verſicherte, daß ſeine Frau ihn noch immer liebe.

So waren Dona Iſabel und Pombinha mit ihrer Freude allein; die beiden waren aber auch wirklich glücklich und froh. Die Tanzſtunden wurden aufgegeben, und Joao da Coſta erſchien faſt jeden Abend um ſieben und blieb bis um zehn bei ſeiner Verlobten. Er bekam Kaffee in einer beſonderen Porzellantaſſe vorgeſetzt, und nicht ſelten ließ er aus der „Venda" eine Flaſche deutſches Bier holen, bei der die glücklichen drei heitere Zukunftspläne ſchmiedeten. Ein anderes Mal zündete ſich Pombinhas Bräutigam ſeine braſilianiſche Zigarre an und ließ ſeine zukünftige Gattin nicht aus den Augen. Er war ein wohlerzogener junger Mann und hielt anſtändige junge Mädchen hoch in Ehren. Pombinha fuhr oft fort, an ihrer Näherei weiterzuarbeiten und zirpte wie ein glücklicher Vogel, der ſein Neſt baut. Seit jenem Traum unter der Bambusſtaude hatte das Leben für ſie ein anderes Geſicht bekommen. Ihre äußere Erſcheinung ſchon ſpiegelte die Freude und die Erwartung wider, die in ihr knoſpete. Sie war fülliger geworden und ihre früher ſo blaſſen Wangen waren roſig überhaucht. Sie kam ſich vor wie ein Vogel, der die Gitterſtäbe ſeines Käfigs aufgebrochen hat und das Glück genießt, ſeine Flügel in freier Luft zu entfalten. Die alte Iſabel war froh, dazuſitzen und ein ſchönes junges Mädchen neben einem ernſten Jüngling an der Schwelle des Lebens zu betrachten; ab und zu bediente ſie ſich mit einer pikanten Priſe aus ihrer goldenen Tabakdoſe.

Als der Hochzeitstag feſtgeſetzt war, wurde nur noch von der Ausſteuer der Braut und von dem kleinen Hauſe geſprochen, das da Coſta für die Flitterwochen vorbereitete. Die drei wollten zuſammenwohnen und eine Köchin und ein zweites Mädchen für Wäſche und ſonſtige Bedienung engagieren. Der junge Mann brachte ganze Ballen Leinen und Baumwolle an, und während die Mutter Bettücher und Servietten beſtickte, arbeitete die Tochter an der Nähmaſchine, ebenfalls ein Geſchenk des zukünftigen Gatten.

Eines Nachmittags gegen zwei Uhr, als Pombinha die letzten Stiche an einem Kiſſenbezug nähte, blieb Bruno vor dem Hauſe ſtehen, lehnte ſich ſchüchtern an die Tür, hielt den Blick zu Boden geſenkt und kratzte ſich verlegen den Kopf.

„Hör' mal, Pombinha, ich möchte dich gern um eine Gefälligkeit bitten. Aber ich will dich wirklich nicht beläſtigen, und wenn du gerade ſehr viele Vorbereitungen für die Hochzeit haſt —"

„Was willſt du denn, Bruno?"

„Nicht viel — ich meinte nur, du könnteſt mir vielleicht einen Brief an dieſe Teufelin aufſetzen, aber es muß nicht heute ſein, irgendwann einmal, wenn du gerade Zeit haſt."

„Ein Brief an deine Frau, Bruno, meinſt du das?"

„Ja, das arme Ding, ſie iſt im Grunde ja gar nicht ſchlecht — ſie iſt nur ſo dumm, und ich glaube, wir ſollten ſelbſt mit den Böſen Mitleid haben."

„Gewiß. Ich will gern für dich ſchreiben; ſolls jetzt gleich ſein?"

„Ach, es hat keine Eile. Bleib' nur bei deiner Arbeit, ich komm' dann wieder."

„Nein, nein, komm nur herein, und wir erledigen es gleich. Die Näherei kann ich auch ein andermal fertigmachen."

„Gott lohn es dir, du biſt wirklich ein nettes Mädel. Ich weiß gar nicht, was wir anfangen werden, wenn du nicht mehr hier biſt."

Und während ſie ihre Nadel beiſeite legte und einen kleinen Tiſch mit Schreibmaterial vorbereitete, fuhr er mit ſeinen Lobpreiſungen fort.

„Jetzt iſt es ſoweit, Bruno, was willſt du Leocadia ſagen?"

„Alſo ſprich mit ihr zuerſt wegen dieſes Zeugs, das ich ihr kaputtgeſchmiſſen habe, dafür will ich ihr neues kaufen. Und es war abſcheulich von ihr, meine Sachen auch kaputtzuhauen, aber ich bin ihr nicht mehr böſe deshalb. Hin iſt hin. Und ich weiß, ſie hat jetzt keine Arbeit und viel Pech, und ſie ſchuldet die Miete für den letzten Monat. Aber ſie ſoll ſich nicht aufregen, denn ſie kann den Wirt zu mir ſchicken, und ich werde die Sache ſchon mit ihm ins reine bringen. Und ſie ſoll lieber nicht mehr in dem Lokal dieſer Negerin eſſen, weil die allen Leuten erzählt, daß hergelaufene Frauenzimmer an ihren Tiſch kommen, und damit meint ſie üble Dirnen. Und ſag ihr, wenn ſie wüßte, wie ſie ſich zu benehmen hätte, würde ſie nicht ſo herumleben, denn ich kann genug Geld verdienen, um ihr den Schlund zu ſtopfen und ihr ein Dach überm Kopf zu ſchaffen und für ihre Kinder zu ſorgen, wenn Gott ihr welche ſchickt. Und daß die Schuld für das, was geſchehen iſt, nur ſie allein trifft, und wenn ſie meint, ſie könne ſich anſtändig und brav benehmen —"

„Ja, Bruno, das habe ich alles geſchrieben."

„Und nicht jedem Mann, der ihr in den Weg läuft, Augen ſchmeißt —"

„Ja, was weiter?"

„Daß ich ihr nichts Böſes wünſche und nur hoffe, daß es ihr gut geht, aber ſie ſollte mehr daran denken, wie ſich all ſowas in den Augen anderer Leute ausnimmt und ſollte wiſſen, daß eine verheiratete Frau — na, daß, wenn ſie eben nicht eine ſo törichte Gans wäre und verſuchen wollte, brav zu ſein —"

„Aber Bruno, das haſt du ja ſchon alles längſt geſagt."

„Alſo ſag ihr, Pombinha, daß, wenn ſie eine achtbare Frau ſein will, ich noch derſelbe bin wie früher, und daß ich gegen keinen Menſchen Groll hege —"

„Schön, und was weiter?"

„Sag ihr — ja, was ſoll ich ihr eigentlich noch ſagen, Pombinha?"

„Was du willſt, Bruno, es iſt ja dein Brief."

„Alſo ſag ihr —"

„Ja?"

„— daß — ſag ihr, nein, ſag ihr weiter nichts. Mach jetzt einfach Schluß."

„Dann fehlt alſo nur noch die Unterſchrift?"

„Nein, wart noch einen Augenblick", ſagte der Schmied unſchlüſſig.

Es entſtand einen Augenblick Pauſe, nach welcher der große Kerl ſeine Zunge zwang, den Satz auszuſprechen, auf den das ganze Schreiben aufgebaut war, den Satz, den er mit tränenfeuchten Augen und mit vor Schluchzen erſtickter Stimme ſtammelte: „Sag ihr, ſie ſoll zurückkommen."

Dieſe Szene machte auf Pombinha einen tiefen Eindruck — obgleich ſo etwas keineswegs neu für ſie war. Sie hatte ſchon viele Briefe unter ähnlichen Umſtänden geſchrieben und ſogar noch unter rührenderen, aber erſt ſeit dem Nachmittag, an dem ſie Weib geworden war, verbrannt von den Flügeln des Schmetterlings, verſtand ſie die wahre Bedeutung dieſes Schmerzes. (Fortſetzung folgt.)

Grubenunglück bei Mülhauſen.

Fünf Tote geborgen.

Ein ſchweres Grubenunglück ereignete ſich Mittwoch mittag in der Kaligrube „Fernand" in Wittenheim bei Mülhauſen, das fünf Menſchenleben forderte. Ein Ingenieur einer Pariſer Baufirma war in Begleitung des Grubeningenieurs und von vier Arbeitern in die Grube hinabgeſtiegen, um Verſuche mit einer Belaſtungsmaſchine zu unternehmen. Plötzlich hörte man Krachen und Warnrufe. Wenige Sekunden ſpäter ſtürzte die Decke des Stollens ein und begrub fünf der Anweſenden. Nur einem gelang es, ſich noch rechtzeitig aus dem Gefahrenbereich zu retten, doch hat er durch den Schreck die Sprache verloren. Die ſofort angeſtellten Rettungsarbeiten führten nur zur Freilegung der fünf Leichen.

Die Bilder der Beamtenbank.

Seltſame Verkäufe des Direktors Weber.

Am Mittwoch fand vor dem Landgericht III die Verhandlung in der Regreßklage ſtatt, welche die Bank für Deutſche Beamte gegen ihren ehemaligen Direktor Alois Weber angeſtrengt hat.

Die Klägerin wirft Weber ſyſtematiſche Verſchleierung unzuläſſiger Geſchäfte vor Oeffentlichkeit und Aufſichtsrat vor. Er habe Geſchäfte gemacht, die nicht in den Rahmen des Geſchäftsbetriebes hineinpaßten und habe zur Verdeckung dieſer Geſchäfte die Oberbuchhalterei, eine Geheimbuchhalterei, eingerichtet. Die juriſtiſche Form dieſer Geſchäfte ſei ganz nebenſächlich. Dr. Meyer, der zur Ueberwachung von Alois Weber eingeſetzt ſei, habe den Ehrgeiz gehabt, die Schwindeltransaktionen in eine juriſtiſche Form zu bringen. Die Direktion habe vom Kunſthandel keine Ahnung gehabt, und man könne von einer beiſpielloſen Fahrläſſigkeit ſprechen, mit der die Direktion ſich habe hereinlegen laſſen. Mit dem Erbprinz Hohenlohe habe ſich die Direktion vergleichen müſſen, weil dem Erbprinzen Hohenlohe, der bekanntlich die Bilder für 2¾ Millionen Mark angekauft habe und 1 Million ſofort bezahlen wollte, unwahre Angaben gemacht worden ſeien. Es käme der Bank darauf an, gegen Alois Weber ſofort ein Urteil zu erzielen, weil die Bank vermute, daß Alois Weber ein großes Vermögen hinter ſich habe, und feſtſtellen wolle, wo dies Vermögen ſich befinde.

Für den Beklagten verlangte R.-A. Nübell die Vorlegung aller abgeſchloſſenen Verträge. Er werde an der Hand dieſer Verträge den Beweis führen, daß Alois Weber mit der größten Sorgfalt bei dem Bildergeſchäft vorgegangen ſei.

Das Gericht wird entſcheiden, ob durch Endurteil die Sache erledigt werden kann oder ob eine Beweisaufnahme nötig iſt.

Um das Erbe der Familie Scherl.

Pſychiatriſche Begutachtung des Angeklagten?

Der Betrugsprozeß Bruno Scherls vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte entwickelt ſich zu einem richtiggehenden Erbſchaftsprozeß. Gericht und Parteien ſind um die Feſtſtellung bemüht, welcher Art der Nachlaß Auguſt Scherls im Augenblick ſeines Ablebens war.

Der geſtern vernommene Bücherreviſor Schneidewind iſt der Anſicht, daß nach dem Tode Auguſt Scherls zweifelsohne ein großes Vermögen hinterblieben ſein müſſe. Herr Schneidewind kennt den angeklagten Bruno Scherl bereits ſeit der Schulzeit. Der Zeuge konnte berichten, daß die Tochter Auguſt Scherls, Paula, in Dresden in geradezu miſerablen Verhältniſſen lebe, daß ſeinem Enkel in Potsdam ſelbſt das Geld für Briefporto fehle, während Georg Scherl und deſſen Bruder, die es verſtanden haben, ihrer Schweſter und ihrem Neffen den Pflichtteil während der Inflationszeit mit je 1200 M. abzukaufen, eine Siebenzimmerwohnung innehaben. Von dem Zeugen erfuhr man auch, daß in der Aufſtellung eine Million Bände der Scherlſchen Bibliothek mit 17 000 Mark veranſchlagt waren, alſo anderthalb Papierpfennige pro Band, daß die Grunewaldvilla für 9 Millionen Mark verkauft werden ſollte, daß eine Reſtzahlung von 500 000 M. die in das Vermögen nach dem Tode Auguſt Scherls als letzte Rate für den Scherl-Verlag eingehen ſollte, unbekannt wo geblieben iſt, und dergleichen mehr. Ergänzt wurde dieſe Ausſage durch diejenige des Studienrats Gravenhorſt, des Schwiegerſohnes des Scherlſchen Privatſekretärs Knappe. Er weiß, daß ſein Schwiegerſohn im Jahre 1918 5 Millionen Mark in die Bank von England gebracht hatte. Die Höhe der Summe wird angezweifelt.

Von den 22 Betrugsfällen, die dem Angeklagten zur Laſt gelegt werden, iſt der größte Teil bereits erörtert worden. Manche von ihnen erregen mit Recht Zweifel an dem Geisteszuſtand des Angeklagten. Ein Major Rothe erhält zum Beiſpiel von Bruno Scherl einen Wechſel auf 15 000 M. durch Vermittlung eines Herrn Baumgarten. Statt des Geldes werden ihm Bilder angeboten, aber auch dieſe bekommt er nicht. Der Major gibt den Wechſel weiter und verklagt ſchließlich Bruno Scherl, der keinen Pfennig erhalten hat, auf Zahlung des Wechſels. Sämtliche Möbel des Wechſelausſtellers werden gepfändet. Der Verteidiger beantragt die Ladung Dr. Leppmanns als pſychiatriſchen Sachverſtändigen. Das Gericht iſt zuerſt der Anſicht, daß es ſelbſt ſachverſtändig genug ſei, will ſich aber, da die Unerklärlichkeiten in den Betrugshandlungen des Angeklagten ſich immer mehr häufen, die Sache mit dem Sachverſtändigen doch noch überlegen.

Wieder Krach im Neuköllner Rathaus.

Kommuniſten gegen Verſchärfung der Geſchäftsordnung.

Um zukünftig Auftritte, wie ſie in der letzten Zeit in der Neuköllner Bezirksverſammlung von den Kommuniſten zur ſyſtematiſchen Sabotierung der ſachlichen Arbeit inſzeniert worden ſind, zu unterbinden, brachte die ſozialdemokratiſche Fraktion in der geſtrigen Sitzung einen Antrag zur Verſchärfung der Geſchäftsordnung ein. Danach ſoll der Vorſitzende das Recht haben, einen Bezirksverordneten aus dem Saal zu weiſen, wenn die Mehrheit der Verſammlung die Ausweiſung des betreffenden Ruheſtörers wünſcht.

Bei der Beratung des Antrags kam es zu Vorgängen, wie ſie ſelbſt in der Neuköllner Bezirksverſammlung bisher noch nicht zu verzeichnen waren. Zu Beginn der Sitzung hatten die Kommuniſten einen Mißtrauensantrag gegen den ſozialdemokratiſchen Vorſteher, Genoſſen Arndt, eingebracht. Der Antrag wurde von allen Parteien gegen die Stimmen der Kommuniſten abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein ſozialdemokratiſcher Antrag, der dem ſtellvertretenden Vorſitzenden, dem Kommuniſten Schiff, das Mißtrauen der Verſammlung ausſpricht.

— Bei der Diskuſſion über die Verſchärfung der Geſchäftsordnung kam es dann zu ſchweren Zuſammenſtößen zwiſchen den randalierenden und ſich wie toll gebärdenden Kommuniſten und Vertretern der Sozialdemokratie. Beſonders tat ſich dabei wieder Herr Lange hervor, der den ſozialdemokratiſchen Bezirksverordneten Gärtner tätlich angriff. **Es entſtand eine allgemeine Schlägerei, an der ſich auch die kommuniſtiſche Stadtverordnete Frau Wolter in der übelſten Weiſe beteiligte.** Während der Radauſzenen gaben die Tribünenbeſucher in nicht mißzuverſtehender Weiſe ihrer Entrüſtung über das ſchamloſe Vorgehen der Kommuniſten Ausdruck. Die Sitzung mußte vom Vorſitzenden zweimal unterbrochen werden. Nach der zweiten Unterbrechung traten die Fraktionen noch einmal zuſammen. Bei Wiedereröffnung gab für die ſozialdemokratiſche Fraktion der Genoſſe Harniſch eine Erklärung ab, in der das Verhalten der Kommuniſten noch einmal gebührend gekennzeichnet wurde. **Dann wurde der Antrag, der die Verſchärfung der Geſchäftsordnung vorſieht, mit den Stimmen aller Parteien gegen die Kommuniſten angenommen.**

Frauenmord im Hotel?

Im Bett tot aufgefunden. — Der Begleiter ſpurlos verſchwunden.

Der geheimnisvolle Tod einer Frau, die geſtern in einem Hotel in Birkenwerder tot aufgefunden wurde, beſchäftigt zur Zeit die Berliner Kriminalpolizei.

In dem „Hotel am Bahnhof" in Birkenwerder waren am Dienstag ein Mann und eine Frau abgeſtiegen, die ſich als das Ehepaar Ridich aus Allenſtein i. Oſtpr. ins Hotelbuch eintrugen. Am Dienstag nachmittag fuhren beide nach Oranienburg, um dort, wie ſie ihren Wirtsleuten erzählten, Verwandte zu beſuchen. Gegen abend kehrten ſie mit dem Bemerken zurück, daß ſie ihre Angehörigen nicht angetroffen hätten. Während des Abendeſſens im Reſtaurant erkrankte die Frau plötzlich ſo ſchwer, daß ſie ſofort das Zimmer aufſuchen mußte. Der Mann begab ſich wenige Augenblicke ſpäter ebenfalls hinauf. Geſtern früh kam der Mann ganz aufgeregt aus dem Zimmer, erzählte dem Wirt, daß ſich der Zuſtand ſeiner Frau verſchlimmert habe und er ſofort einen Arzt holen müſſe. Er entfernte ſich auch ſogleich, kehrte aber von dem Ausgange nicht wieder zurück. Es waren bereits mehrere Stunden verfloſſen, als man ſchließlich Verdacht ſchöpfte und in das Zimmer eindrang. **Zu ihrem größten Schrecken fanden die Leute die junge Frau leblos in ihrem Bett.** Ein ſofort hinzugezogener Arzt ſtellte den Tod feſt, der bereits vor vielen Stunden eingetreten ſein mußte. Die Todesurſache konnte der Arzt nicht ermitteln. Es waren keine äußeren Anzeichen dafür vorhanden, daß die Frau eines gewaltſamen Todes geſtorben iſt. Es bleibt danach nur der Tod durch Vergiftung übrig; ob dieſe Vermutung richtig iſt, kann erſt die Obduktion der Leiche ergeben. Wahrſcheinlich wollte das Paar, das ſich vermutlich unter einem falſchen Namen ins Hotelbuch eingetragen hat, gemeinſam in den Tod gehen, doch hat es dem Mann zuletzt an Mut gefehlt. Die von der Polizei vorgenommene Durchſuchung des Zimmers blieb ergebnislos. Außer einem Kaſſenzettel aus Raſtenburg wurde nichts weiter gefunden. Die weiteren Ermittlungen haben ergeben, daß daſſelbe Paar mehrere Tage unter dem Namen Schmidt in einem Hotel in der Friedrichſtadt gewohnt hat. Der Mann beglich am Montag abend die Rechnung und am Dienstag früh entfernten ſich beide; ſie führten einen kleinen gelben Handkoffer bei ſich.

Der Mann, von dem zunächſt jede Spur fehlt, iſt etwa 35 bis 38 Jahre alt, 1,68 groß, hatte bartloſes Geſicht und trug kurzes blondes Haar. Bekleidet war er mit einem dunklen Anzug.

*

Wie wir weiter erfahren, wurde noch geſtern abend feſtgeſtellt, daß die Frau eine ſtärkere Doſis Schweinfurter Grün, ein bekanntlich ſehr gefährliches Gift, zu ſich genommen hat. Ob es ihr von dem Manne in einem unbeobachteten Augenblick ins Abendeſſen geſchüttet worden iſt oder ob die Frau es ſelbſt zu ſich genommen hat, läßt ſich natürlich noch nicht ſagen. Weiterhin iſt ermittelt worden, daß das Paar zu der Fahrt nach Oranienburg eine Kraftdroſchke benutzt hat. Man fahndet jetzt nach dem Chauffeur der Taxe, um feſtzuſtellen, wo das Ziel der Fahrt war, um ſo vielleicht einen Fingerzeig zu erhalten. Die näheren Ermittelungen in dem Hotel in der Friedrichſtadt, wo das Paar unter dem Namen Schmidt wohnte, haben ergeben, daß die Frau dort als Lena Schmidt geborene Lange aus Raſtenburg eingetragen war. Die wenigen Wäſcheſtücke, die ſie zurückgelaſſen hat, ſind M. L. gezeichnet. Nach allem erſcheint es ſehr zweifelhaft, daß es ſich wirklich um ein Ehepaar gehandelt hat.

Vom Geldſchrank totgequetſcht.

Beim Transport eines Geldſchranks in der Bergſtr. 153 in Neukölln ereignete ſich geſtern vormittag ein entſetzlicher Unfall. Der viele Zentner ſchwere Stahlſchrank wurde von mehreren Arbeiter auf Rollen fortbewegt. Aus bisher nicht geklärter Urſache ſtürzte der Geldſchrank plötzlich um und begrub den 23jährigen Schloſſer Fritz Mücke unter ſich. Der Unglückliche konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Die Feuerwehr ſchaffte den Toten in die Halle des Urbankrankenhauſes.

Heiteres aus der Aerztekammer.

Ein teures Vergnügen für notleidende Aerzte.

In der Preſſe, die dem von Deutſchnationalen geführten Leipziger Aerzteverband naheſteht, lieſt man in regelmäßigen Abſtänden das Bedauern, daß nicht genügend Aerzte in unſeren geſetzgebenden Körperſchaften ſeien, und es wird dabei auf England und beſonders Frankreich hingewieſen, wo mehr als 100 Aerzte die Kammer zieren. Eine Löſung dieſer Frage geben außer den Standesblättern, die hinſichtlich ihres Inhaltes jederzeit mit einem Lokalblatt in Pommern oder Oſtpreußen in Wettbewerb treten können, die Sitzungen der Berliner Aerztekammer.

In dieſer Kammer, über der ein Profeſſor als Vorſitzender thront, ſpielten ſich vergangene Woche u. a. folgende Parodien auf den Parlamentarismus ab. Es war der Antrag eingebracht worden: „Die Aerztekammer Berlin wünſcht, daß auch befähigten Nichtabiturienten, beſonders Krankenpflegeperſonen, die Möglichkeit des ärztlichen Studiums durch verkürzte Gymnaſialkurſe und Stipendien mehr als bisher ermöglicht wird." Die Abſtimmung ergab Stimmengleichheit. Der Vorſitzende, Profeſſor Lenhoff, erklärte den Antrag darauf für abgelehnt, die anderen amtierenden Vorſtandsmitglieder, Herr Dr. Salomon Hildesheimer und Herr Dr. Ernſt Meyer-Südende, bezweifelten die Abſtimmung und verlangten mit den Einbringern erneute Abſtimmung. Darauf beantragte der Profeſſor Abſtimmung darüber, ob nochmals abgeſtimmt werden ſolle; das wurde abgelehnt. — „Dies war der erſte Streich, doch der nächſte folgt ſogleich," heißt es bei Wilhelm Buſch. Der Dichter dachte dabei aber nicht an die Berliner Aerztekammer, ſondern an Max und Moritz. Es ſtand jetzt folgender Antrag zur Abſtimmung: „Blatt 31: Die Aerztekammer für Berlin hält im Intereſſe gründlicherer Ausbildung in praktiſcher Beziehung die Beſchränkung der Hörerzahl für die großen kliniſchen Vorleſungen für unbedingt notwendig und gibt der Meinung Ausdruck, daß Pflichtvorleſungen bei allen Habilitierten gehört werden dürfen." Bei dieſem einheitlichen Antrag ließ Herr Profeſſor Lenhoff zuerſt über den nach ſeiner Meinung erſten Teil, nämlich die Beſchränkung der Hörerzahl, abſtimmen. Dieſer Teil wurde angenommen, der zweite Teil, daß die Pflichtvorleſungen auch bei den Privatdozenten und Extraordinarien gehört werden können, wurde abgelehnt. Es wird alſo von der Aerztekammer ein numerus clausus (beſchränkte Hörerzahl) vorgeſchlagen. Nach ſolchen parlamentariſchen Leiſtungen, die alle protokollariſch feſtgelegt ſind, kann es alſo das Gros der Aerzteſchaft nicht verſtehen, daß es keinen politiſchen Einfluß erringt und findet es unverſtändlich, daß Vorſchläge von ſolchen Aerztekammern nicht die gebührende Beachtung bei den Parlamenten finden. Das wäre die heitere Seite der Angelegenheit. Anders wird aber die Sache, wenn man bedenkt, daß für dieſe Karikatur eines Parlaments von 109 Mitgliedern bei zirka 5800 wahlberechtigten Aerzten im Jahre 1929 107 540 Mark an Verwaltungskoſten, Gehältern uſw. von den Berliner Aerzten gezahlt werden mußten. Vielleicht könnte aber den Aerzten, die nicht Gelegenheit haben, die Tätigkeit ihrer Standesvertreter zu ſehen und zu hören, eine kleine Entſchädigung für den hohen Kammerbeitrag durch eine Rundfunkübertragung der auch ſonſt an ähnlichen Zwiſchenſpielen ſehr reichen Kammertagungen auf der ärztlichen Welle gegeben werden. Wir glauben, daß dann bald auch bei den Aerzten, die heute noch für Kammer und Ehrengericht eintreten, der Gedanke wie bei jenem Mann, der einen nicht ſehr begabten Sohn hatte, aufdämmern würde: „Es wäre ja alles ſehr ſchön, wenn der Narr nicht unſer Geld koſten würde."

Der Fußtritt des Herrn Regiſſeurs.

Ein Intermezzo hinter den Kuliſſen der „Drei Musketiere".

Abendvorſtellung im Großen Schauſpielhaus. Große Aufregung hinter den Kuliſſen. Der Zug Soldaten ſteht hinter der Bühne zum Aufmarſch bereit. Der Muſiker, der dem Zug voranſchreitet, wartet auf das Muſikzeichen. Es ertönt. Der Tüllvorhang geht aber nicht auf. Der Bühnenregiſſeur Plüſchke ſchreit: „Los, los!" Der erſte Muſiker ruft zurück: „Der Vorhang geht nicht auf". Im nächſten Augenblick erhält er einen Tritt ins Geſäß, ſackt ein wenig zuſammen, ſtößt auf den Knauf ſeines langen Degens und ſpürt einen ſtarken Schmerz in der Bauchgegend. Er tritt aus der Reihe. Plüſchke und Charell ſind um ihn, fragen: „Was iſt los?", der Muſiker ſagt: „Er hat mich getreten, ich habe ſchreckliche Schmerzen", geht hinunter zum Portier, der auch Heilgehilfe iſt. Es wird wohl ein Leiſtenbruch ſein, meint dieſer. Da der Muſiker unbedingt ſeine Bläſernummer abſolvieren muß, tut er das. Die Univerſitätsklinik ſtellt eine Muskelquetſchung feſt. Der junge Statiſt, von Beruf Werkzeugdreher, befindet ſich fünf Wochen lang in Behandlung. Man verſucht ihn mit einer geringen Geldſumme abzufinden, er geht nicht darauf ein, nimmt Arbeit als Werkzeugdreher an, hat aber immer wieder ſtarke Schmerzen und verklagt ſchließlich den Bühnenregiſſeur wegen Körperverletzung.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte erklärte der Herr Bühnenregiſſeur, daß er den erſten Muſiker nur ganz „ſachte" mit dem Fuß berührt habe, um ihm ein Zeichen zu geben. Der Staatsanwalt beantragt 100 Mark Geldſtrafe wegen fahrläſſiger Körperverletzung. Rechtsanwalt Dr. Joachim plädierte aber als Vertreter des Klägers auf vorſätzliche Körperverletzung. Herr Plüſchke ſei als äußerſt roher Menſch bekannt, der mit den Statiſten ſchlimm umſpringe. Er habe ſich ſagen müſſen, daß ein Fußtritt unter Umſtänden böſe Folgen haben könne; im übrigen lebe man nicht mehr in der Zeit der Geſindeordnung. Das Gericht aber ſprach den Angeklagten frei. Der Kläger, ein junger Reichsbannermann, iſt aber nach wie vor der Anſicht, daß er ſich mit Fußtritten nicht behandeln zu laſſen brauche und wird gegen dieſes Urteil Berufung einlegen. Er will dann den Beweis führen, daß der Fußtritt kein Zufall, ſondern aus der Geſamtperſönlichkeit des Angeklagten zu erklären iſt.

Die Arbeiterſamariter tagen.

Kürzlich tagte der Arbeiter-Samariter-Bund E. V., Bezirk Berlin, im Gewerkſchaftshaus. Der Bundesvorſtand war durch den Bundesvorſitzenden vertreten, der Kreis durch ſeinen Vorſitzenden. Im Rahmen des Berichts führte Genoſſe Machnicki folgendes aus: Das Jahr 1929 war wie die vorhergehenden ein Jahr harter Kämpfe und Arbeit. Von den ſogenannten Ausgeſchloſſenen wurde unſer Name und Abzeichen mißbräuchlich benutzt. Hiergegen wurde eine einſtweilige Verfügung erwirkt. Der Bund hat dann das neue geſetzlich geſchützte Abzeichen geſchaffen.

Die Vergrößerung unſeres Wirkungskreiſes brachte für unſere Geſchäftsſtelle eine erhöhte Tätigkeit. Der Jugend und Frauenfrage muß im kommenden Geſchäftsjahr mehr Aufmerkſamkeit gewidmet werden. Am 3. Auguſt wurde in Saatwinkel am Tegeler See eine Rettungsſtation eingeweiht, wo mit drei Motorbooten ein Rettungsdienſt unterhalten wird. Genoſſe Zieger wies auf die Schwierigkeiten hin, die teilweiſe noch beim Bauprojekt mit den Behörden zu überwinden ſeien. Das Gebiet der Hauswirtſchaftspflege iſt mehr als bisher bearbeitet worden. Die Mittel hierfür ſind aber noch zu gering. Der Antrag der Reviſoren auf Entlaſtung des Kaſſierers wurde einſtimmig angenommen. In der Diskuſſion kam zum Ausdruck, die Ausbildung der Mitglieder zu Funktionären intenſiver zu geſtalten. Nachdem die von den einzelnen Abteilungen geſtellten Anträge beraten und abgeſtimmt waren, erfolgte die Neuwahl des Vorſtandes, die zum Teil eine Aenderung ergab.

Es iſt dringend notwendig, daß die Behörden dem Arbeiter-Samariter-Bund, der ſeine Arbeit ſtets in den Dienſt der Allgemeinheit geſtellt hat, mehr Beachtung und vor allem mehr Entgegenkommen erweiſen.

Beſſere Unterbringung des Schnellgerichts.

Die kürzlich in der Preſſe mehrfach beklagten Mängel in der räumlichen Unterbringung des Schnellgerichts werden nunmehr mit beſonderer Beſchleunigung abgeſtellt werden. In Ausſicht genommen iſt insbeſondere eine weſentliche Vergrößerung des Sitzungsſaals durch Hinzunahme eines angrenzenden Raumes, ferner wird elektriſche Beleuchtung an Stelle der veralteten Gaslichtanlage und eine Entlüftungsanlage eingebaut.

Die ſchwarze Viſitenkarte.

Der „ſchwarze Mann", wie bei uns der Schornſteinfeger genannt wird — in anderen Gegenden Deutſchlands kennt man ihn unter der Bezeichnung „Feuerriepel" — iſt eine, wenn auch nicht unbedingt beliebte, ſo doch beſtimmt eine volkstümliche Perſönlichkeit. Höchſt peinlich jedoch wird man an ſeine Exiſtenz erinnert, wenn man ſeinen Ruf nicht gehört hat und nach einiger Zeit ſeine ſchwarze Viſitenkarte in deutlicher Schrift auf dem Hausrat, der Wäſche, Genußmittel uſw. feſtſtellt. Läßt der gute Mann, der ja nicht immer ein beſonders tragfähiges Organ beſitzt, ſeinen Ruf erſchallen, iſt es eben ſehr leicht möglich, daß man wegen Straßenlärms oder weil man nicht zu Hauſe iſt, die nötigen Schutzmaßnahmen des Schließens der Klappen und ſämtlicher Ofentüren verabſäumt. Dann ſchneit uns einfach der ganze Ruß und Dreck ins Haus! Wie oft hängt in der Küche Wäſche zum Trocknen, oder es ſtehen vorbereitete Speiſen, der längeren Haltbarkeit wegen ungedeckt, in der Küche. Man muß immerhin bedenken, daß heute, wo alles dem Verdienſt nachgeht, die Wohnung in den Morgenſtunden vielfach leer ſteht. So klagt unſer Gewährsmann, ein alter, alleinſtehender Unterſtützungsempfänger, daß ihm auf dieſe Weiſe ſchon mehrfach ſein Eſſen, das er ſich für 3 bis 4 Tage vorbereitet hatte, gänzlich verdorben wurde und er einfach hungern mußte! Der gemütliche Ruf des Schornſteinfegers, der noch ſo recht an die beſchauliche Nachtwächterepoche erinnert, paßt eben nicht mehr in die laute, grelle Sinfonie unſerer heutigen Tage. Dieſem Uebelſtand iſt mit Leichtigkeit dadurch abzuhelfen, daß der Hauswart am Vorabend des betreffenden Reinigungstages einen Zettel im Hausflur anbringt, ſo daß alle Hausbewohner über den Beſuch des „ſchwarzen Mannes" informiert ſind. Auf eine Anfrage des Betreffenden bei der Polizeibehörde gab der Polizeirat folgende kurioſe Antwort: „Nicht gangbar, weil es auch einen Mieter geben kann, der ſeine Wohnung nicht verläßt!"

Berlin wird neu geſtaltet. In unſerem Bericht über die ſozialdemokratiſche Kommunalkonferenz, die ſich am Sonntag mit der geplanten Verwaltungsreform beſchäftigte, muß es bei den Vorſchlägen des Genoſſen Leid heißen: „Die Bezirksverſammlung iſt entbehrlich, wenn an ihre Stelle eine Körperſchaft tritt, die im Sinne der bayeriſchen Stadtverfaſſung lediglich die Verwaltungsgeſchäfte beſorgt. (Durch einen Druckfehler ſprach der Bericht irrtümlich von bürokratiſchen Geſchäften.)

Ueber „Spaniſches Menſchen- und Volkstum" ſpricht Karl Voßler, Profeſſor an der Univerſität München am Freitag, dem 28. Februar, 20 Uhr, auf dem Carnegie-Lehrſtuhl der Deutſchen Hochſchule für Politik, Berlin W. 56, Schinkelplatz 6.

Sozialiſtiſche Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einſendungen für dieſe Rubrik nur an das Jugendſekretariat
Berlin SW 68, Lindenſtraße 3

Wanderleiter-Konferenz heute, pünktlich 20 Uhr, im Vortragsſaal des Parteivorſtandes, Lindenſtr. 3, II. Hof, 2 Treppen links. Film und Vortrag: „Die Zeltlagerbewegung".

Kurſus über „Frauenfragen" heute, 19½ Uhr in der Schule Kochſtr. 13. Genoſſin Judith Grünfeld ſpricht über: „Freie Liebe, Kameradſchaftsehe". Jede Gruppe muß beſtimmt durch ein Mädel vertreten ſein. Die Burſchen ſind ebenfalls zur Teilnahme hierdurch eingeladen.

Heute, Donnerstag, 20. Februar, 19½ Uhr

Oranienburger Tor: Schule Eliſabethkirchſtr. 19. Vortrag: „Unſere Gegner links und rechts". — **Norden:** Heim Lottum- Ecke Granſeeſtraße. Vortrag: „Arbeiterſchutz und Konſum". — **Falkplatz I:** Schule Sonnenburger Str. 20. Bunter Abend. — **Nordoſt II:** Heim Danziger Str. 62. Vortrag: „Grundſätze der Weltgeſchichte", 1. Teil. — **Schönhauſer Vorſtadt:** Schule Sonnenburger Straße 20. Vortrag: „Vagabundenſchickſale". — **Haſenheide:** Heim Waſſertorſtraße 7. 10-Minuten-Referate. — **Kottbuſſer Tor:** Heim Britzer Str. 30. Vortrag: „Die [illegible]". — **Köpenicker Viertel:** Schule Wrangelſtr. 13[illegible]. Vortrag: „Rechte und Pflichten des Lehrlings". — **Südweſt:** Heim Lindenſtr. 4. 10-Minuten-Referate. — **Wilmersdorf (A.-J.):** Heim Wilhelmsaue 120. Vortrag: „Bürgerliche oder proletariſche Moral?" — **Dahlem:** Heim Zehlendorf, Bahnhofſtr. 3. Vortrag: „Sozialismus, Kommunismus, Nationalſozialismus", 1. Teil. — **Buchholz:** Schule Berliner Str. 18. „Alt-Berliner-Humor." **Pankow III (A.-J.):** Heim Kiſſingenſtr. 4[illegible]. Vortrag: „Arbeiterdichter".

SAG. Lichtenberg: Werbeabend im Heim Scharnweberſtr. 29. Vortrag: „Die Ziele der SAJ. und Aufgaben der SAG." Referent: Gerd [illegible]. Beginn 19 Uhr.

Werbebezirk Wedding, Tambourkapelle: Alle Spielleute erſcheinen heute um 20 Uhr mit Inſtrumenten und Lehrbüchern.

Werbebezirk Neukölln: Wichtige Werbeausſchußſitzung im Parteibüro, Fuldaſtraße. Alle Gruppen müſſen einen Vertreter entſenden.

Schöneberg. Achtung! Achtung! Karneval am 2[illegible]. Februar im Bürgerſaal des Rathauſes Friedenau. Eintritt 50 Pf. Beginn 16 Uhr. (Politiſch-ſatiriſch.) Im Karnevalsprogramm kommt der „Young-Plan" und ein Geſetz zum Schutz vor „Schmutz und Schund" zur Verhandlung. Die Gruppen, die Karten erhalten haben, geben ſchnellſtens telephoniſch an (Lützow 1720), wieviel Karten ſie zurückgeben werden.

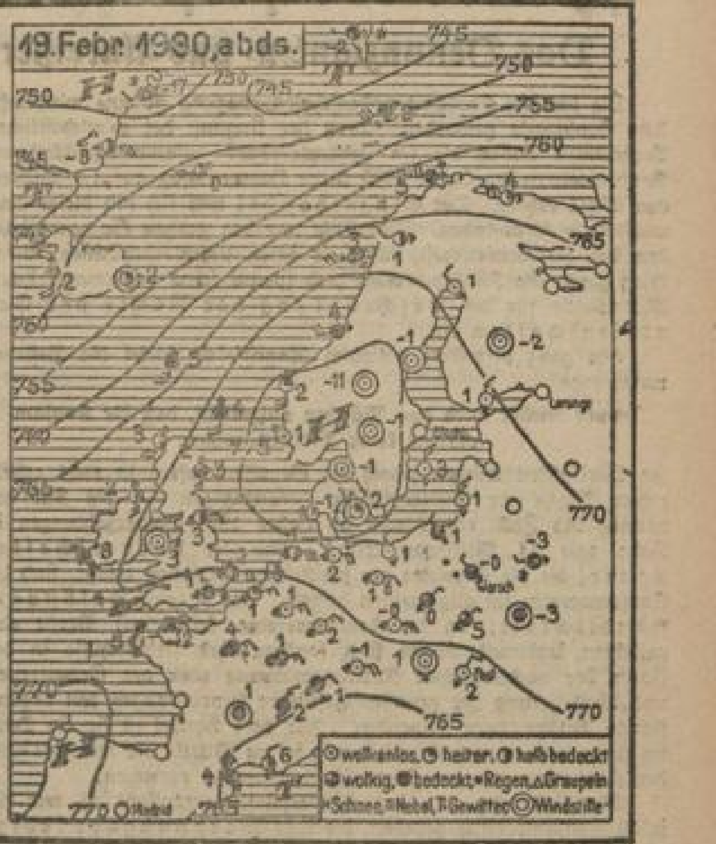
Werbebezirk Prenzlauer Berg: Sonntag, 23. Februar, 9 Uhr, Werbebezirksfunktionärkonferenz im Heim Danziger Str. 62, V. 3. Genoſſe Paul Wegmann ſpricht über den „[illegible]-Prozeß". Alle Funktionäre müſſen erſcheinen.

Werbebezirk Neukölln: Unſere liebe Genoſſin Lotte Decker, Anzengruberſtr. 10, iſt nach kurzem Krankenlager verſtorben. Die Beiſetzung findet heute, Donnerstag, 15 Uhr, auf dem Friedhof der Freireligiöſen Gemeinde, Pappelallee, ſtatt. Wir bitten um rege Beteiligung. Treffpunkt 14 Uhr U-Bahn [illegible]ſtraße.

Funkwinkel

Eigentlich iſt es ſchon ſeit längerer Zeit bekannt, daß Frauen gute Journaliſten ſein können. Darum beſteht für den Vortrag Edith Sternbergs „Die Frau als Publiziſtin" keine zwingende Notwendigkeit, jedenfalls nicht in der angewandten Form, denn das Leitmotiv der Ausführungen iſt immer wieder, daß viele Männer die Gleichberechtigung der Frau in dieſer Beziehung nicht anerkennen wollen. Beſſer wäre es geweſen, wenn Edith Sternberg mehr auf die beſonderen Eigenarten und Begabungen der im Journalismus tätigen Frau eingegangen wäre. Regierungsrat Georg Cleinow ſpricht über „Das deutſche Buch in Sowjetrußland". Da die politiſchen Büros über die Einführung fremdſprachlicher Bücher entſcheiden, da alſo der Parteiſtandpunkt ausſchlaggebend iſt, bleibt der Import relativ eingeſchränkt. Ausgeſchaltet ſind von vornherein Luxusausgaben und alle Bücher, die irgendeine individualiſtiſche Tendenz auch nur andeutungsweiſe verraten. Hauptſächlich werden techniſch-wiſſenſchaftliche Bücher in deutſcher Sprache hergeſtellt oder importiert. Die beliebteſten deutſchen Unterhaltungsſchriftſteller, die ſtändig überſetzt werden, ſind Stefan Zweig, Kläber, Kellermann, Buſch und Rudolf Herzog, eine ſonderbare Zuſammenſtellung. Tiefes Verſtändnis und Liebe zum Tier zeigen die Ausführungen „Tiere, die beſſer ſind als ihr Ruf" des Walter Bernhard Sachs. Er bemüht ſich, den Nachweis zu erbringen, daß auch die gefürchtetſten Raubtiere ſelten oder nie grundlos den Menſchen anfallen. Seine beſondere Neigung gehört den Reptilien und den großen Raubfiſchen. Als Ausgleich zu den ſonſtigen Abendveranſtaltungen wird diesmal Tanzmuſik geſandt, die Dajos Bela mit ſeinem Orcheſter ausführt. Es bedeutet auch für den Nichttänzer ein Vergnügen, dieſe Muſik zu hören. Vielleicht könnte es die Funkſtunde zu einer ſtändigen Einrichtung machen, an einem Tag der Woche die Tanzmuſik um 20 Uhr anfangen zu laſſen, damit auch diejenigen, die früh aufſtehen müſſen, tanzen können.

Allgemeine Wetterlage.


19. Febr. 1930, abds.
745
750
755
760
765
770
○ wolkenlos, ◔ heiter, ◑ halb bedeckt
◕ wolkig, ● bedeckt, • Regen, △ Graupeln
* Schnee, ≡ Nebel, T Gewitter, ◎ Windſtille

Das Wetter in Mitteleuropa wird jetzt von einem umfangreichen Hoch beſtimmt, deſſen Kern über Südſkandinavien und Dänemark liegt. In Deutſchland herrſchen öſtliche Winde. Sie bringen uns Luft aus Rußland, deſſen weſtliche Teile aber verhältnismäßig mildes Wetter beſitzen. Infolgedeſſen liegen die Temperaturen bei uns nicht ſo tief, wie dies ſonſt bei einer allgemeinen öſtlichen Luftſtrömung im Winter der Fall zu ſein pflegt. Das Hoch wandert langſam nach Oſten, wird aber noch in den nächſten Tagen unſer Wetter beherrſchen. Die Fröſte werden, da ſie im weſentlichen eine Folge der bei Nacht fehlenden Sonnenſtrahlung ſind, weiterhin auf die Nächte beſchränkt bleiben.

*

Wetter für Berlin: Teils heiter, teils bewölkt, verbreitete Nachtfröſte, öſtliche Winde. — **Für Deutſchland:** Im Weſten und Süden heiter, in Mitteldeutſchland zeitweiſe wolkig, in Oſtdeutſchland meiſt bewölkt und vereinzelt ſchwache Niederſchläge, überall Nachtfröſte, öſtliche bis nordöſtliche Winde.

Sarraſani-Fieber. Die ſtürmiſche Nachfrage nach Karten zum Sarraſani-Gaſtſpiel, das nur noch kurze Zeit währt, hält unvermindert an. Man beſorge ſich rechtzeitig Karten in den Vorverkaufsſtellen. Die Zirkuskaſſe nimmt ab 9 Uhr früh ununterbrochen Kartenbeſtellungen an. Telephon: Barwald 4326–4328 und 6690. Außerdem ſind Karten an den Theaterkaſſen Wertheim erhältlich. Beginn der Abendvorſtellung um 7½ Uhr. Täglich das gewaltige Premierenprogramm mit der großen Parade der 37 Nationen. Nächſte Familienvorſtellungen: Sonnabend, 22., und Sonntag, 23. Februar, nachmittags 3 Uhr. Kinder auf allen Plätzen von 2.20 M. aufwärts halbe Preiſe. Der Zirkus iſt ſtets gut geheizt.

Deutſcher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsſtelle Berlin
Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unſer Kollege, der Schloſſer
Paul Meißner
geb. 10. November 1868, am 16. Februar geſtorben iſt.
Die Einäſcherung findet Donnerstag, den 20. Februar, 16¾ Uhr, im Krematorium Baumſchulenweg, Kiefholzſtraße, ſtatt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
Am 15. Februar ſtarb unſer Kollege, der Former
Johann Hobeck
geb. 22. Januar 1860.
Die Beerdigung hat bereits ſtattgefunden.

Am 12. Februar ſtarb ferner unſer Kollege, der Dreher
Otto Kuther
geb. 1. Juni 1895.
Die Beerdigung hat bereits ſtattgefunden.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung

Für die beim Heimgang meines lieben Mannes
Paul Stettniſch
erwieſene Teilnahme ſage ich hiermit meinen beſten Dank, beſonders den Rednern der SPD., des DMV. und den Kollegen der Betriebswerkſtätte Tempelhof. **Martha Stettniſch.**

Deutſcher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsmitglieder!
Am Freitag, dem 21. Februar, keine Sitzung der Mittleren Ortsverwaltung.
Die Ortsverwaltung.

Verkäufe

Federbetten bei mir billiger und beſſer. Hochfeine 10.—, 13.—, 17.—, Wonne-Daunenbetten 20.—, 31.—, [illegible]: ſo billig und gut nur im Leihhaus Brunnenſtraße 173, Ecke Invalidenſtraße.

Bettenverkauf! [illegible] 12.50! 15.—! 19.50! Prachtwolle 25.—! 27.50! Daunenbetten 28.—! 35.—! Inlette! ſpottbillig und echt! Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenſtraße 47.

Webfehler-Teppiche.

Kleine Webfehler	2×3	18.—	Mark
Kleine Webfehler	2×3	22.—	Mark
Kleine Webfehler	2½×3½	31.—	Mark
Kleine Webfehler	2½×3½	41.—	Mark
Prima Qualität	3×4	58.—	Mark
Prima Qualität	2×3	28.—	Mark
Prima Qualität	2½×3½	55.—	Mark

[illegible], Berlin, Potsdamer Straße 36a. Hausnummer beachten.

Webfehler-Teppiche.

Webfehler-Teppiche		2×3	18.—	Mark
-	-	2×3	22.—	Mark
-	-	2×3	26.—	Mark
-	-	2½×3½	32.—	Mark
-	-	2½×3½	40.—	Mark
-	-	3×4	48.—	Mark
-	-	3×4	52.—	Mark

Auerbach, Friedrichſtraße 163, 1. Etage, Ecke Behrenſtraße. „Vorwärts"-Leſer 5 Prozent Rabatt.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Kavaliersgarderobe von Millionären, Bankiers, Anwälten. Fabelhaft billige Preiſe. Empfehle [illegible], Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hoſen, Sportpelze. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weiteſter Weg lohnend. Lothringerſtraße 56, 1 Treppe. Roſenthaler Platz.

Von Kavalieren wenig getragene, teils auf Seide, und neue Jackettanzüge, Smokinganzüge, Abendanzüge, Frackanzüge, Ulſter, Paletots, [illegible], jede Figur paſſend. Herren- und Damenpelze, enorm billig. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichſtraße 2, Halleſches Tor.

Möbel

Möbelkäufer
merkt Kredit
und bar
Möbelbazar,
große Auswahl,
kleine Preiſe!
Beiſpielsweiſe:

Schlafzimmer 435.—, Speiſezimmer 317.—, Herrenzimmer 380.—, Spiegelſchränke 115.—, Dielengarnitur 38.—, Anrichteküche 90.—, Meſſingbettſtelle 68.—, Kleiderſchränke 48.—, Chaiſelongues 28.—, Metallbettſtelle 18.—, Auflegematratze 12.—. Sonſtige Möbel angemeſſene Preiſe. Teilzahlung aufſchlagfrei. Wochenraten, Monatsraten, Kaſſarabatt bis zehn Prozent, auch auf Anzahlungen. Kleine auch ohne Anzahlungen. Kredite bis zwei Jahre. Möbel Zing, Hauptgeſchäft: Steglitz, Schloßſtraße 107; 2. Geſchäft: Neukölln, Hermannplatz 7; 3. Geſchäft: Belle-Alliance-Straße 95, Untergrundbahn; 4. Spezial-Abteilung: Neukölln, Hermannplatz 4; 5. Geſchäft: Kottbuſſer Straße 2[illegible], gegenüber [illegible]. Katalog franko.

Küchen, neueſte Modelle, farbig und naturlaſiert. Große Auswahl. Billige Preiſe. Teilzahlung. Möbelhaus [illegible], Andreasſtraße 30, gegenüber Markthalle.

Ausverkauf wegen Räumung, auch auf Kredit, wegen Abriß des Hauſes, bedeutend herabgeſetzte Preiſe. Möbel, komplette Einrichtungen ſowie Kleiderſchränke, Bettſtellen, Ruhebetten, Küchen, Kochmöbel, Klavierdecken, Tiſche, Stühle aller Art uſw. Garderobe, Wäſche, Gardinen und Decken aller Art. [illegible] & Co., Kaiſerſtraße 6–7, Alexanderplatz. Lieferung nach auswärts.

Möbel-Kamerling, Kaſtanienallee 56. Anrichteküchen, [illegible], Weißlackſchränke, Kleinmöbel, Rieſenauswahl, Spottpreiſe. Zahlungserleichterung.

Patentmatratzen „Primiſſima", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiſelongues. Walter, Stargarder Straße achtzehn. Kein Laden.

Plüſchſofas wie neu 30.—. Doppel[illegible] nur 12.

Zu Möbel Schmidt, Ihr erſter Schritt. **Möbel Schmidt,** Katalog gratis. **Möbel Schmidt,** Brunnenſtraße 80.

Möbel-Wagner, Sonderangebote, Berlin N., Kaſtanienallee 45–46. Bis 20 Prozent Preisermäßigung in Schlafzimmern, Speiſezimmern, Herrenzimmern, Küchen, Standuhren uſw. Nußbaum-Ankleideſchränke 65.—, mit Spiegel 96.—. Bequeme Zahlungserleichterung. Das verſäume niemand.

Ergänzungsmöbel in Eiche und polierten Hölzern. Große Auswahl. Billige Preiſe. Moritz [illegible], Südoſten, Skalitzer Straße 25. Hochbahn Kottbuſſer Tor.

Moebel-Goebel, Moritzplatz, liefert ſeit 50 Jahren gediegene Schlaf-, Speiſe-, Herrenzimmer, Küchen und Einzelmöbel aller Art in nur guten Qualitäten zu niedrigſten Preiſen. Auf Wunſch Zahlungserleichterung. Beſichtigung erbeten im Fabrikgebäude Oranienſtraße 58.

Musikinstrumente

Gegen kleine Raten erhalten Sie gebrauchte ſowie neue Pianos. Große Auswahl. Beſuch lohnend. Königgrätzer Straße 81.

Hoffmann Pianos, Stammhaus gegründet 1887. Pianos, Flügel, Harmoniums, 100 Inſtrumente Auswahl, anerkannte Tonſchönheit, Unverwüſtlichkeit, günſtige Teilzahlungen. Neue Pianos 900 Mark, gebrauchte 400 Mark an. Stets Gelegenheitskäufe. Alte Inſtrumente Gegenrechnung. Pianofortefabrik Georg Hoffmann G. m. b. H., Berlin SW. 19, Leipziger Straße 57 (Spittelmarkt).

Kleinpianos, überaus preiswert. Pianofabrik [illegible], Brunnenſtraße 25.

Grundstücksverkäufe

Waldgrundſtück, 350.— Mark, verkauft [illegible], Moorſtraße 17.

Kaufgesuche

Zahngebiſſe, Platinabfälle, Lötzinn, Blei, Queckſilber, Silberſchmelze, Goldſchmelzerei Chriſtionat, Köpenicker Straße 29 (Halteſtelle Adalbertſtraße).

Unterricht

Berlitz School, Leipziger Straße 110, Kurfürſtendamm 24a. Fremde Sprachen. Zirkel: 12 Teilnehmer, monatlich 12 M., vierteljährlich 30 M., zahlbar in Raten. Eintritt jederzeit.

Techniſche Privatſchule Dr. Werner, Regierungsbaumeiſter, Berlin, Rankeſtraße 3. Maſchinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Steinmetzſchule, Heizungstechnik. Technikerkurſe. Meiſterkurſe. Polierkurſe.

Wäschereien

„Diamant"-Wäſcherei, Berlin, Brunnenſtraße 192, Norden 2560 und 6863, gegründet 1886, wäſcht mit beſten Seifen. [illegible] 0.05, [illegible] 0.25, Damenhemd 0.20. Preisliſte verlangen. Abholung täglich per Automobile koſtenlos.

Vermietungen

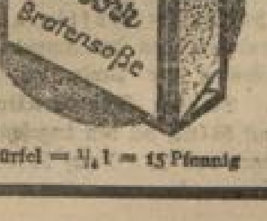
Wohnungen

Neubau vermietet in Pankow, Prinz-Heinrich-Straße 2, 3½-Zimmerwohnungen, Bad, Warmwaſſer, Ofenheizung, gegen Wohnberechtigungsſchein bei günſtigen Bedingungen. Müller, Oranienburger Straße 67. Norden 7800.

Um alle Fleischspeisen schmackhaft zu machen..

Viele Speisen, wie Schnitzel, Kotelett, Beefsteak, Bratwurst usw., geben wenig Soße. Werden diese Gerichte mit Knorr Bratensoße gereicht, so wird die Hausfrau bei Tisch nicht den Vorwurf hören: „Das Essen schmeckt so trocken." — Knorr Bratensoße ist mühelos in wenigen Minuten zuzubereiten und kann niemals mißlingen. Ihr feiner, würziger Geschmack paßt sich der Eigenart jeder Fleischspeise an.

Knorr
1 Würfel gibt so viel Soße wie 2 Pfund Braten.
Bratensoße



1 Würfel = ¼ l = 15 Pfennig

Der heutigen Stadtauflage liegt ein Proſpekt der Firma Zirkus Sarraſani („Sarraſanis Illuſtrierte") bei, worauf wir unſere Leſer beſonders hinweiſen.

Händlerhaß und Konſumvereine.

Das Denunzianten- und Anreißertum ſoll vom Reich gefördert werden.

Die deutſche Konſumgenoſſenſchaftsbewegung iſt eine wirtſchaftliche Großmacht geworden. Trotz der Ungunſt der wirtſchaftlichen Verhältniſſe haben die im Zentralverband zuſammengeſchloſſenen Konſumvereine im Jahre 1929 ihren Jahresumſatz auf 1,3 Milliarden Mark erhöht. Der Einzelhandel will ſich mit dieſer Entwicklung nicht abfinden. Unterſtützt von den großen Spitzenverbänden der Privatwirtſchaft, führt er einen ununterbrochenen Kleinkrieg gegen die Konſumvereine und ſpannt ſeine parlamentariſchen Mittelsleute für die Beſchränkung der Rechte der Genoſſenſchaften ein.

Ein ganz beſonders beliebtes Angriffsfeld bietet die Beſteuerungsfrage.

Immer wieder wird das Märchen aufgetiſcht, daß die Konſumvereine keine Steuern zahlen.

In Wirklichkeit werden jedoch die Genoſſenſchaften in recht erheblichem Maße zur Steuerzahlung herangezogen —; die Konſumvereine des ZdK. entrichteten im Jahre 1928 Steuerzahlungen in Höhe von 14 Millionen Mark. Von der Körperſchaftsſteuer, die die Gewinne der juriſtiſchen Perſonen erfaßt, ſind die Konſumvereine im allgemeinen befreit. Das iſt eine Selbſtverſtändlichkeit, da die Konſumvereine keine auf Profit eingeſtellten Unternehmungen ſind, ſondern ihre Ueberſchüſſe in der Form der nachträglichen Rabattgewährung oder der Erweiterung und Verbeſſerung der genoſſenſchaftlichen Einrichtungen den organiſierten Verbrauchern zuwenden. Nur dem Handel iſt ſie ein Dorn im Auge, und er verſucht mit wenig feinen Mitteln die Heranziehung der Konſumvereine zur Körperſchaftsſteuer zu erreichen.

Die Befreiung von der Körperſchaftsſteuerpflicht iſt nur für ſolche Konſumvereine gegeben, die ihre Warenabgabe lediglich auf die Mitglieder beſchränken und für die Innehaltung dieſer Vorſchrift durch ſtrikte Anweiſung an das Verkaufsperſonal und durch ſtändige Kontrolle Sorge tragen. Die Konſumvereinsgegner wetteifern nun darin,

Verkäufe an Nichtmitglieder nachzuweiſen, ſie ſcheuen ſich auch nicht, derartige Verkäufe ſelbſt oder durch Mittelsleute herbeizuführen, und auch die Finanzbehörde hat eine Zeitlang für ihre Ermittlungen die gleiche Methode angewandt.

Das Ergebnis dieſes Denunziations- und Spitzelweſens war, daß einzelne Konſumgenoſſenſchaften auf zumeiſt haltloſe Verdächtigungen hin oder auf hier und da geglückte Einkäufe eines zu Spitzeldienſten benutzten Nichtmitgliedes in Steuerprozeſſe hineingezogen wurden.

Der frühere Reichsfinanzminiſter Hilferding hat durch eine Verordnung dieſen vom Standpunkt der viel gerühmten kaufmänniſchen Moral beſchämenden Zuſtänden ein Ende gemacht. Er hat eindeutige Anweiſungen an die Finanzämter gegeben, ihnen die Vornahme von Probeeinkäufen unterſagt und die Nichtbeachtung aller Anzeigen ohne konkretes Beweismaterial angeordnet. Bei Anzeigen, für die Beweiſe erbracht werden, aber ſich nur ganz vereinzelte Fälle des Verkaufs an Nichtmitglieder beziehen, ſoll die Finanzbehörde zunächſt von der beſchuldigten Genoſſenſchaft den Nachweis verlangen, daß ſie alle Maßnahmen zur Verhinderung der Warenabgabe an Nichtmitglieder getroffen hat, und falls ſie dieſen Nachweis erbringen kann, von einer weiteren Verfolgung Abſtand nehmen.

Gegen dieſe Verordnung des Reichsfinanzminiſteriums, die mit dem Spitzelweſen und Denunziantentum aufräumt und die abſichtliche Verleitung zum Verkauf an Nichtmitglieder verwirft, ſetzt nun ein neuer Sturm des Einzelhandels ein. Die Hauptgemeinſchaft des Einzelhandels hat gemeinſam mit dem Induſtrie- und Handelstag und dem Verband des Groß- und Ueberſeehandels eine Eingabe an den neuen Reichsfinanzminiſter Moldenhauer gerichtet, deren Forderungen im weſentlichen auf eine Aufhebung der Verordnung des Finanzminiſteriums, die endlich Sauberkeit und Klarheit geſchaffen hat, hinausläuft. Der ernſthafte Wille der Konſumgenoſſenſchaften zum Nurverkauf an Mitglieder wird in Zweifel geſtellt; dabei wiſſen dieſe Organiſationen ganz genau, daß das Grundprinzip der Konſumvereine organiſierte Bedarfsdeckung — Warenbeſchaffung nur für und Warenabgabe nur an organiſierte Verbraucher — ſtatutenmäßig feſtgelegt iſt, und daß zur Innehaltung dieſes Grundprinzips die weiteſtgehenden Vorkehrungen getroffen werden. Die Warenabgabe erfolgt nur an Käufer, die ſich als Genoſſenſchaftsmitglieder legitimieren können, der Verkauf an Nichtmitglieder iſt dem Perſonal aufs ſtrikteſte bei Strafe der Entlaſſung verboten. In allen Abgabeſtellen befinden ſich Plakate gleichen Inhalts, in denen ferner noch auf die Strafbarkeit der unbefugten Warenentnahme hingewieſen wird; die Konſumvereine führen ferner regelmäßig eigene Kontrollen durch und haben ihre Mitglieder mit zur Ueberwachung aufgefordert.

Was verlangen nun im einzelnen die Spitzenverbände? Die Finanzbehörden ſollen auf jede noch ſo geringfügige Anzeige hin ſofort eigene Erhebungen anſtellen. Das Denunzianten- und Anreißerweſen ſoll weitergehen; ſobald Zweifel beſtehen, ob die Warenabgabe reſtlos auf Nichtmitglieder beſchränkt worden iſt, ſollen ſchon vor der endgültigen Klarſtellung die Konſumvereine zur Körperſchaftsſteuer herangezogen werden. Wenn der Nachweis der Warenabgabe an Nichtmitglieder zu einem Zeitpunkt geglückt iſt, ſollen die Konſumvereine ohne weiteres auch zur Körperſchaftsſteuernachzahlung für frühere Jahre verdonnert werden. Dort, wo die Konſumvereine dem Verkaufsperſonal Umſatzproviſionen geben, iſt nach Auffaſſung der führenden Wirtſchaftsverbände immer der Verdacht (!) für eine unerlaubte Warenabgabe gegeben (!) und ſoll grundſätzlich die Körperſchaftsſteuer erhoben werden. Das iſt der Haupttrumpf der Eingabe, und aus der Tatſache, daß die Konſumvereine hier und da ihren Angeſtellten Umſatzproviſionen geben, folgert die Händlerlogik, daß die Konſumvereine ihren Warenverkauf auch auf Nichtmitglieder ausdehnen wollen.

Die Konſumvereinsangeſtellten ſind wohl zu 95 Proz. lediglich mit feſter Beſoldung angeſtellt. Nur in einigen wenigen Verteilungsſtellen, zumeiſt auf dem Lande, deren Geſchäftsumfang nicht zur vollen Beſchäftigung einer Verkaufskraft hinreicht, iſt die Entlohnung nach dem Umſatz üblich. Die Umſatzprämien werden gezahlt, damit die Verkäufer das Publikum möglichſt ſorgfältig und intenſiv bedienen. Die Umſatzvergütung, die bei den Konſumvereinen aus ganz beſonderen Gründen bei einigen wenigen Verteilungsſtellen eingeführt wurde, beim Privathandel in den Waren- und Kaufhäuſern und zahlreichen Spezialgeſchäften dagegen gang und gäbe iſt, ſoll bei den Konſumvereinen als Kennzeichen für die unerlaubte Warenabgabe an Nichtmitglieder dienen!

Es iſt kaum zu verſtehen, daß die großen wirtſchaftlichen Organiſationen eine derartig unfaire Kampfesweiſe und derartig fadenſcheinige Argumente, wie ſie in der Eingabe zum Ausdruck kommen, mit unterſtützen. Wahrſcheinlich iſt es der Geſchäftigkeit einiger fanatiſcher Konſumvereinsgegner vom Schlage des Wirtſchaftsparteilers Bornmann gelungen, die großen Verbände für ſeine Kampfeszwecke einzuſpannen. Das Finanzminiſterium wird, ſo nehmen wir mit Sicherheit an, dieſer ſo offenſichtlichen tendenziöſen Agitation keine Beachtung ſchenken und die jetzige Handhabung in der Körperſchaftsſteuerfrage der Genoſſenſchaften aufrechterhalten.

Verſteckte Krupp-Gewinne.

Die verteilbare ſechsprozentige Dividende wird in Reſerven zum Verſchwinden gebracht.

Der Krupp-Konzern hat ſeine Gewinn- und Bilanzziffern für das am 30. September v. J. abgeſchloſſene Geſchäftsjahr veröffentlicht. Die Entwicklung des Krupp-Konzerns iſt auch gewinnmäßig durchaus günſtig.

Als Betriebsüberſchuß werden zwar nur 38,16 gegen 40,02 Millionen im Vorjahr ausgewieſen wieviel vorweg verſteckt worden iſt, weiß man nicht, die Einnahmen aus Zinſen und Beteiligungen haben ſich aber mit 6,04 gegen 3,66 Millionen faſt verdoppelt. Wenn man den Gewinnvortrag aus 1927/28 hinzurechnet, ergibt ſich für das vergangene Jahr eine Nettoeinnahme von 49,11 gegen 44,90 Millionen Mark. Nach Abzug von Ausgaben im Betrage von 38,20 Millionen Mark (Vorjahr 37,71 Millionen), verbleibt ein **Reingewinn von 10,92 Millionen, der gegenüber dem Vorjahresgewinn von 7,01 Millionen um nicht weniger als 57 Proz. erhöht iſt.**

Dabei erſcheinen enorme Abſchreibungen vorgenommen worden zu ſein; auf Grundbeſitz und Werkanlagen allein 25,19 Millionen Mark, was bei einem Ausgangswert von rund 200 Millionen einer Abſchreibung von mehr als 12 Proz. entſpricht, ein ganz ungewohnt hoher Satz. Soweit die Bilanz es bisher erkennen läßt, ſind alſo die tatſächlichen Gewinne ganz erheblich größer als die ausgewieſenen, und dem beliebten Grundſatz der Selbſtfinanzierung wurde im Krupp-Konzern wieder gründlich gehuldigt.

Trotz der bedeutend erhöhten Gewinne wird aber auch dieſes Mal wieder keine Dividende verteilt. Auf das Kapital von 160 Millionen Mark, eingerechnet die Verwaltungsaktien, könnte auch nach dem offen ausgewieſenen Reingewinn eine Dividende von mindeſtens 6 Proz. verteilt werden. Man läßt aber den geſamten Reingewinn wieder in einer Erneuerungsreſerve von 9 Millionen und in einem Vortrag von 1,92 Millionen Mark verſchwinden, nachdem die aus früheren Gewinnen gebildete Werkerhaltungsreſerve zu Sonderabſchreibungen verwendet worden iſt. Kein Kunſtſtück, auf dieſe Weiſe einen der größten deutſchen Montanbetriebe in der offiziellen und in der Unternehmerſtatiſtik als ertraglos erſcheinen zu laſſen. Die ſoviel berufene Unrentabilität der deutſchen Wirtſchaft wird hier künſtlich erzeugt.

Die Zahl der Beſchäftigten im Krupp-Werk und in den angeſchloſſenen Betrieben des Konzerns iſt trotz der ſehr beträchtlichen Ausdehnung der Produktion im vergangenen Rekordjahr geſunken. Bei den Stammwerken ging die Geſamtbelegſchaft von 69 969 auf 68 062, bei den angeſchloſſenen Werken und Handelsunternehmungen von 22 400 auf 21 700 Perſonen zurück.

Auch beim Krupp-Konzern iſt alſo keine Rede davon, daß die Rationaliſierungsgewinne den Belegſchaften zugute gekommen wären, wie es ſo gerne behauptet wird. Schon die ausgewieſenen, um faſt 60 Proz. höheren Gewinne und die gleichzeitig um 3 Proz. geſunkene Belegſchaftszahl beweiſen das ſtrikte Gegenteil.

Deutſche Ausfuhr wächſt wieder.

Größere Maſchinen- und Textilexporte im Januar.

Der deutſche Ausfuhrhandel hat ſich im Monat Januar etwas verbeſſert. Die geſamte Warenausfuhr ſtieg gegenüber Dezember von 1063 auf 1092 Millionen, wovon auf die Reparationsſachlieferungen 58,8 Millionen entfallen, gegen 60,2 Millionen im Dezember v. J. Die Einfuhr iſt ſehr ſtark, nämlich von 1013 auf 1295 Millionen geſtiegen, davon müſſen aber 223 Millionen abgeſetzt werden, die nur ſtatiſtiſch als Mehreinfuhr des Januar erſcheinen, tatſächlich aber ſchon im vergangenen Jahr nach Deutſchland kamen. Es handelt ſich dabei um Waren, die während der ſechs Monate von Juli bis Dezember aus den Zollägern ins Inland übergeführt wurden, ſtatiſtiſch aber erſt im Januar erfaßt wurden. Danach beträgt die geſamte Wareneinfuhr alſo nur 1072 Millionen Mark, ſo daß ſich, auch wenn man die Reparationsſachlieferungen abrechnet, noch eine faſt ausgeglichene Handelsbilanz für den Monat Januar ergibt.

Warengruppen	Einfuhr Jan 1930	Einfuhr Dez 1929	Ausfuhr Jan 1930	Ausfuhr Dez 1929
	in 1000 M. nach Gegenwartswerten			
1. Lebende Tiere	15 450	12 081	1 986	3 018
2. Lebensmittel und Getränke	480 947	316 728	46 364	51 229
3. Rohſtoffe und halbfertige Waren	624 273	527 545	245 790	278 175
4. Fertige Waren	174 231	162 773	796 253	774 860
Reiner Warenverkehr	1 294 830	1 013 078	1 092 343	1 062 983
davon Reparations-Sachlieferungen	—	—	58 844	60 246
5. Gold und Silber	24 799	47 347	2 695	3 229
Zuſammen:	1 319 629	1 060 425	1 095 040	1 066 211

Die Ausfuhr von Fertigwaren iſt von 742,6 auf 761,6 Millionen Mark geſtiegen; es iſt damit ſeit Oktober wieder die erſte Beſſerung in der Fertigwarenausfuhr zu verzeichnen. Die Januarausfuhr bleibt aber noch um mehr als 100 Millionen hinter dem günſtigſten Monat Oktober (865 Millionen) des Vorjahres zurück. Die ſtärkſte Mehrausfuhr unter den Fertigwaren zeigen die nichtelektriſchen Maſchinen mit 18 Millionen Mark und Textilfertigwaren mit 11,6 Millionen Mark.

Ein- und Ausfuhr über die deutſche Grenze betrugen ohne Reparationsſachlieferungen 2018 Millionen Mark. Das vergangene Jahr hatte in den Monaten Februar, März, Juni und Dezember ein noch geringeres Handelsvolumen erbracht, als in dieſem Januar. Da die Erhöhung des Handelsumfanges bei ſteigender Fertigwarenausfuhr mit einer Ausgleichung von Ein- und Ausfuhr im Januar zuſammentrifft, wäre der Schluß möglich (nachdem auch die Rohſtoffeinfuhren ſtark geſtiegen ſind), daß der beſſere Januar-Außenhandel als günſtiges Symptom für die weitere Wirtſchaftsentwicklung anzuſprechen iſt. Doch wird ſich darüber wahrſcheinlich erſt in den Frühjahrsmonaten etwas ſichereres ſagen laſſen.

Provinz-Großbank droſſelt Dividende.

Wird ſie Nachfolger finden?

Mit einer gewiſſen Spannung wird die Frage diskutiert, ob die Berliner Großbanken in dieſem Jahre allgemein dieſelbe Dividende verteilen werden, wie im vorigen Jahr, nachdem kein Zweifel darüber iſt, daß die großen privaten Depoſitenbanken im vergangenen Jahr kein ausgeſprochenes Glanzjahr hatten. Freilich haben die großen Banken mächtige ſtille Reſerven aus früheren Jahren, in denen die Gewinne aufgeſpeichert wurden, ſtatt ſie den Aktionären auszuſchütten.

Jedenfalls hat die Allgemeine Deutſche Creditanſtalt in Leipzig (Adca) den Mut gehabt, als größte deutſche Provinzbank aus der Lage die Konſequenz zu ziehen und an Stelle der drei letzten Jahresdividenden von 10 Proz. nur 8 Proz. der Generalverſammlung zur Verteilung an die Aktionäre vorzuſchlagen. Freilich handelt es ſich dabei um die Großbank des ſächſiſchen Wirtſchaftsgebietes, das als Zentrum der Fertigwarenerzeugung in den letzten Jahren ſchon immer mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, als andere Wirtſchaftsgebiete Deutſchlands. Es ſind auch die Umſätze der Adca leicht von 24,4 auf 24 Milliarden zurückgegangen.

Als Gründe für die Dividendendroſſelung gibt die Adca neben dem Willen, die Reſerven zu ſchonen, den faſt völligen Ausfall des Börſengeſchäfts, die zurückgegangene Zinsſpanne, die bei den eigenen Wertpapieren eingetretenen Verluſte und endlich auch Verluſte bei gewährten Krediten an, wobei letztere aber keine entſcheidende Rolle geſpielt haben ſollen. Der Wirtſchaftsführung der Unternehmer gibt die Adca keine gute Note mit der Bemerkung, daß im Gegenſatz zu den Erforderniſſen ſparſamer Wirtſchaftsführung die Neigung beſtehe, verhältnismäßig großzügig zu wirtſchaften und ſich keinerlei Einſchränkungen zu unterwerfen.

Wird die Adca in der Herabſetzung der Dividende Nachfolger unter den Berliner Großbanken finden? Wir glauben es nicht, denn die Gewinnreſerven aus früheren Jahren ſind ſo groß und Preſtigegründe werden von den Berliner Großbanken ſo hoch eingeſchätzt, daß wohl kaum eine einzige ihre Dividende herabſetzen wird.

Gegen Peſſimismus und Pſychoſe.

Gute Arbeit der Braunſchweigiſchen Staatsbank. / 20 Proz. Dividende für den Staat.

Seit Jahren ſchon fällt die Braunſchweigiſche Staatsbank, die jetzt ihren 160. Jahresbericht veröffentlicht, durch ihre tüchtige Führung auf. Sie pflegt in erſter Linie den Hypothekenkredit, damit den Wohnungsbau, ſowie die Kreditgewährung an den Staat und die Kommunen des Landes. Die Umſätze konnten im vergangenen Jahr von 6,10 auf 6,23 Milliarden Mark erhöht werden; auf das im vorigen Jahr auf 5 Millionen Mark verdoppelte Grundkapital entfällt ein von 1,21 auf 1,45 Millionen erhöhter Reingewinn, der nach Zurückſtellung von insgeſamt 425 000 Mark Reſerven der Braunſchweigiſchen Staatskaſſe 1,02 Millionen Mark zuzuführen erlaubt, was für die neun Monate ſeit der Kapitalerhöhung einer Dividende von 20,4 Prozent entſpricht.

Der Bericht ſelbſt erfreut durch ſeine ſachliche, vom gewohnten Unternehmerjargon ſtark abweichende Stellungnahme zur Wirtſchaftslage. Das unzureichende Kapitalangebot des vergangenen Jahres — nicht alſo die ſogenannte ſtaatliche Mißwirtſchaft — habe die Verminderung der Arbeitsmöglichkeiten zur zwingenden Folge. Wenn die unabweisbare Notwendigkeit beſtehe, den deutſchen Kapitalbedarf dem Umfang der nationalen Kapitalbildung in ſtärkerem Maße anzupaſſen, ſo trage die Umſchuldung und Sparaktion der deutſchen Städte dieſer Notwendigkeit Rechnung. Die Braunſchweigiſche Staatsbank habe ſchon ſeit Jahren die kurzfriſtige Verſchuldung der Kommunen mit Erfolg zu fundieren verſtanden. „Wenn Deutſchlands Wirtſchaft dem Druck der außerordentlichen Ungunſt des Berichtsjahres ſtandgehalten hat, ſo iſt dies ein Beweis ſtarker Widerſtandskraft und lebendigen Widerſtandswillens. Beide müſſen um ſo mehr gewertet werden, als ſie mit einer verbreiteten Angſtpſychoſe und mit niederdrückendem Wirtſchaftspeſſimismus zu kämpfen haben. Es iſt eine allgemeinwirtſchaftliche Pflicht, gegen ſolchen wohlfeilen Peſſimismus Front zu machen."

Es zeigt ſich bei der Braunſchweigiſchen Staatsbank, daß auch dann, wenn die Beamten gut behandelt und gut bezahlt werden, bei guter Bankarbeit der Anteil der Perſonalkoſten an den Gewinnen ſinken kann. Gegen 74¾ Prozent im Vorjahr betrugen im Jahre 1929 die Gehälter der Bankangeſtellten und Beamten nur 65 Prozent des Reingewinnes. Vielleicht nehmen die Privatbanken an der Ehrlichkeit der Berichterſtattung und an der Sorgfalt der Bank- und Berichtsarbeit der öffentlichen Braunſchweigiſchen Staatsbank ſich ein Beiſpiel. Es könnte ihnen nichts ſchaden.

Ueber 100 Proz. des Kapitals verdient.

Rekordgewinne der Breslauer Kipke-Brauerei.

Bei dem Dividendenſegen, der im Dezember und Januar auf die Brauereiaktionäre niederpraſſelte, hat die Oeffentlichkeit eine ungefähre Vorſtellung bekommen, wie die Dinge bei den Brauereien in Wirklichkeit liegen. Aber die Brauereinachzügler, die erſt jetzt mit ihren Abſchlüſſen vorkommen, laſſen zum Teil auch die Spitzengewinne der großen Favoriten hinter ſich.

So hat die Breslauer Kipke-Brauerei trotz Abſetzung von rund 713 000 Mark Abſchreibungen einen Reingewinn von 680 000 Mark erzielt, der mehr als 50 Proz. des Kapitals von 1,32 Millionen ausmacht. Einſchließlich der Abſchreibungen hat dieſe Brauerei alſo über 100 Proz. des Aktienkapitals verdient.

Da aber „nur" eine Dividende von 20 Proz. zur Auszahlung gelangt, ſollen die Herren noch dadurch entſchädigt werden, daß bei der beabſichtigten Verdoppelung des Kapitals das Unternehmen 25 Proz. Einzahlung aus eigenen Mitteln leiſtet. Das heißt auf deutſch, daß den Kipke-Aktionären neben einer ſchon übermäßig hohen Dividende von 20 Proz. noch Gratisaktien zugeſchanzt werden. Auch dieſer Abſchluß gehört wie viele andere in das Kapitel „Exiſtenzkampf der ſchwer ringenden Brauinduſtrie".

Internationale Steuerſtatiſtik. Das Statiſtiſche Reichsamt hat ein neues wichtiges ſteuerſtatiſtiſches Werk veröffentlicht, nämlich eine vergleichende Darſtellung der „Staatseinnahmen aus Steuern und Zöllen im Deutſchen Reich und in Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Oeſterreich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Jahren 1925, 1926, 1927 und 1928".

Donnerstag
20. Februar 1930

Unterhaltung und Wiſſen

Beilage
des Vorwärts

Dr. O. Hauſer: Der tertiäre Menſch

Finden wir eine Neandertalniederlaſſung mit herrlich entwickelten Fauſtkeilen oder Fauſtſchneidern, ſo müſſen wir uns doch die Frage vorlegen, ob es denn für dieſe Eiszeitmenſchen möglich geweſen ſei, von allem Anfang an ſo formſchöne und zweckdienliche Gerätſchaften herzuſtellen. Wir finden nämlich in derartigen Fundſtationen nicht etwa eine Schicht mit ſchlechten Geräten, aus denen zu ſchließen wäre, daß die betreffenden Höhlenmenſchen ihr Handwerk erſt hätten lernen müſſen. Ganz im Gegenteil. Natürlich gibt es beſſere und ſchlechter durchgeführte Inſtrumente, das iſt heute noch der Fall im Handwerk. Aber augenfällig tragen alle Werkzeuge das Merkmal eines beſtimmten und ſchon hochſtehenden Könnens.

Wie wollen wir uns dieſe Tatſache erklären? Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Wir haben aus derf langen Erfahrungen von jahrzehntelangen Ausgrabungen einwandfrei feſtgeſtellt, daß ein urgeſchichtliches Werkzeug irgendwie in die rechte oder linke Hand paßt. Wir müſſen annehmen, daß die Werkzeugtypen des Neandertalers in ihrer Vollendung unbedingt Vorläufer gehabt haben. Wollen wir das nicht zugeben, ſo müßten wir alle tatſächlichen Erkenntniſſe der Entwicklungsgeſchichte, wir müßten alles, was uns die vergleichende Anatomie, Anthropologie und Urgeſchichte draſtiſch genug vor Augen legen, einfach überſehen und unbeachtet laſſen.

Dann aber werden wir gezwungen, den Neandertaler der Einfachheit halber als „erſten Menſchen auf Erden" zu betrachten, in ſeiner Umwelt das „Paradies" zu ſehen und in ihm ſelber den bekannten Adam. Ich glaube doch, dieſe bequeme Denkweiſe iſt endgültig überholt.

Was nun? Dann iſt eben der Neandertaler das Produkt einer Entwicklungsetappe und ſomit eben nur ein Glied in der grandioſen Kette des langſamen Werdens. Wenn er nun aber eben tatſächlich nur eine Entwicklungsetappe darſtellt, ſo hat er naturgemäß ſeine Vorläufer. Dieſe müſſen alſo am Beginne des Quartärs, des Diluviums, zu ſuchen ſein und hinabgehen in die Zeiten des Tertiärs, als der dem Diluvium vorgelagerten Stufe. Die offizielle engliſche Wiſſenſchaft hat ſich nun ſoeben die Tatſache der Exiſtenz eines Tertiärmenſchen zu eigen gemacht, nachdem der berühmte Paläontologe Osborn vom amerikaniſchen Naturhiſtoriſchen Muſeum alle Daten zuſammengetragen und kritiſch beleuchtet hat, die für ein ſolches tertiäres Menſchvorkommen eingeſetzt werden müſſen.

Wir ſtehen alſo an einem Wendepunkt der älteſten Kultur- und Menſchgeſchichte, der auch bei uns volle Beachtung wird finden müſſen. Mit der Annahme des Tertiärmenſchen rückt natürlich das zahlenmäßige Alter des Menſchengeſchlechts überhaupt unweigerlich in weite Fernen zurück.

Im folgenden gebe ich einiges aus den neueſten amerikaniſch-engliſchen Erkenntniſſen, die auf den Ausführungen beruhen, die Osborn im Dezember 1929 vor der amerikaniſchen Geſellſchaft zur Förderung der Wiſſenſchaften gemacht hat.

Seit dem Jahre 1929 befinden wir uns, wie Osborn ſehr richtig betont, etwa in derſelben Kampfperiode um das Alter des Menſchengeſchlechts, wie Lamarck und Darwin zwiſchen den Jahren 1809 und 1871, da es galt, die Exiſtenz des Diluvialmenſchen in das naturwiſſenſchaftliche Denken der Menſchen einzuführen. Osborn nimmt ein Alter von 1 Million und 250 000 Jahren an für die Anweſenheit des älteſten Diluvialmenſchen überhaupt, den er an das ausgehende Tertiär annähert. An Ueberreſten dieſer Menſchgattung beſitzen wir jetzt ſchon etwa 100 Exemplare.

Der einſt ſo viel geſchmähte Höhlenmenſch der Neandertalgruppe ſtand weder hinſichtlich des Gehirnvolumens noch in bezug auf Handgeſchicklichkeit unſerem Menſchheitstypus nach. Die Unterſuchungen am Schädel des Pithecanthropus von Java haben ergeben, daß ſeine Gehirnentwicklung einmal gehemmt worden war. An der Oſtküſte Englands ſind ſchon 1909 und 1911 menſchliche Ueberreſte und dann auch ein Schädel mit Unterkiefer gefunden worden, der von den Engländern zum Tertiär gerechnet wird und nach der Fundſtelle Piltdown in Suſſex benannt wurde. Es hält allerdings ſchwer, dieſen Schädel mit einem ſchon menſchlichen Weſen in Einklang zu bringen, denn er trägt noch alle Merkmale eines Menſchenaffen, des Gibbon.

Nun fand im Herbſt 1929 ein großer geologiſcher und archäologiſcher Kongreß in Südafrika ſtatt. Bei dieſer Gelegenheit wurde den Spuren des Tertiärmenſchen nachgegangen, und es iſt nun für das weitere Blickfeld menſchlicher Entwicklungsgeſchichte von allergrößter Bedeutung, daß ein Mann wie Abbé Breuil im Dezember 1929 das tertiäre Alter gewiſſer afrikaniſcher Fundvorkommen einwandfrei und rückhaltlos anerkannte. Der Jeſuitenpater Abbé Breuil hat ſich um die Durchforſchung der Anfänge älteſter Kunſt Verdienſte erworben. In allen Weltteilen, bis nach China, arbeiten Jeſuitengeiſtliche nicht nur in ihren Miſſionärfunktionen, ſondern ganz beſonders auch bei namhaften Ausgrabungen in älteſten Bodenſchichten.

Breuil verlegt nun auffallenderweiſe Funde, die man bislang dem Chelléen, alſo dem Diluvium, zugewieſen hat, in den Ausgang des Tertiärs und höchſtenfalls in den früheſten Anfang des Quartärs oder Diluviums. Auf alle Fälle muß in der Forſchung nach dem tertiären Menſchen und damit nach dem früheſten Urſprung unſeres Geſchlechtes eine neue Aera anbrechen, wenn leitende Köpfe der katholiſchen Kirche, und zwar Jeſuiten ſogar, gegen ein ſo ungeheures Alter des Menſchengeſchlechtes nicht nur nichts mehr einwenden, ſondern es ſogar freimütig anerkennen.

Als ich meine Ausgrabungen in Südweſtfrankreich begann, war dem Menſchen von der katholiſchen Geiſtlichkeit kein höheres als das bibliſche Alter zuerkannt. Nach wenigen Jahren gewährte man ihm ein Alter von 10 000 Jahren, dann kamen meine beiden großen Menſchfunde und man ging bis zu einem menſchlichen Alter von 30 000 Jahren und jetzt billigt der führende Jeſuitenforſcher ſelber ein Alter von über einer Million Jahren zu. Ich meine, das gibt zu denken, und muß uns veranlaſſen, auch unſererſeits die Gründe für und wider das tertiäre Alter objektiv zu erwägen.

Es werden langſame oder beſchleunigte körperliche und geiſtige Anpaſſungen möglich geweſen ſein, während andere Entwicklungsmomente im Rückſtand blieben. Die Werkzeug ſchaffende Hand des Urmenſchen wird raſchere Fortſchritte gemacht haben als bei denjenigen Anthropoiden, die durch den Aufenthalt im Wald und auf Bäumen in ihrem Fortkommen gehindert waren.

Die engliſchen Forſcher ſagen wohl mit Recht, daß die neue Arbeitshypotheſe, die ihre Berechtigung ſchon vollauf in der mittlerweile erlangten Beſtätigung von Darwin-Lamarcks Gedankengängen findet, uns in eine unerwartet weite geologiſche Vergangenheit zurückführe. Die Anthropologie ſei nunmehr gezwungen, mit chemiſchen und phyſikaliſchen Unterſuchungsmethoden zuſammenzugehen, um Licht zu bringen in die Verhältniſſe von Raum und Zeit.

Das menſchliche Gehirn darf als das wunderbarſte Objekt im ganzen kosmiſchen Sein betrachtet werden. — Wenn ich mich in jene Forſchungen zurückverſetze, die ich perſönlich in den tertiären Schichten von Aurillac durchgeführt habe, ſo bleibt mir immer wieder die eine Tatſache feſtſtehend: wir haben in einer unbedingt ſeit mindeſtens 1 Million Jahren unberührten Erdſchicht Feuerſteine gehoben, die nicht von ungefähr eine benützte und zum Teil ſogar ſtark abgenützte, aber nicht gerollte, Arbeitskante beſaßen; daneben lagen andere Steine ähnlicher Art, aber ohne jede Benützungsſpur und dann kam das Auffallendſte: die Feuerſteine ohne Benützungsſpuren wollten ganz einfach nicht in die linke oder rechte Hand paſſen, aber die Feuerſteine mit abgenutzter Arbeitskante zeigten eine wunderbare Akkomodation, eben die Handlichkeit, die für den Werkzeugzuſtand beſtimmend und überzeugend iſt.

Die Größe des Vor-Neandertaler-Gehirns lag ſchon auf dem Wege zur Menſchentwicklung. Bevor aber dieſes Gehirn wirklich menſchliche Formen erreicht hatte, war ein anderer gewaltiger Menſchausdruck ſchon vorhanden: Die Hand. Ganz einfach aus Gründen der Anpaſſungsnotwendigkeit, aus Gründen der Selbſterhaltung, mußte die Anthropoidenhand beim Menſchenahnen zum richtigen Greif- und Faßorgan werden. Der Vorahne des Neandertalers mußte ſich unbedingt auf irgendeine Weiſe im Kampf mit feindlichen Geſtalten wehren, er mußte Nahrung beſchaffen, erreichte aber in ſeinem Gehirn noch keine vollen Gedankenkomplexe. Die Vordergliedmaßen waren durch die Natur zum kommenden menſchlichen Arm und zu ſeiner Hand geeignet. Dieſe Hand wählte Steine und das ſind unſere Eolithen.

Durch die neueſten engliſchen Forſchungen ſcheint es erwieſen, daß das Gehirn des allmählich zum Menſchen aufſtrebenden Vorahnen einer zeitweiligen Hemmung unterworfen war; aber ein lebensmächtiges Organ, die Hand, ſetzte den Zug nach oben fort und wurde menſchlich, noch ehe das Gehirn die Neandertalergrenze erreicht hatte. Durch den Tertiärmenſchen aber erhält die älteſte Kulturgeſchichte der Menſchheit ein allgewaltiges neues Bild. Die natürliche Entwicklungsgeſchichte des Menſchen wird dadurch für jeden denkenden Menſchen noch viel wichtiger. Wir wollen nie überſehen, daß der Neandertaler nicht im Vollbeſitz ſeiner handwerkstechniſchen Geſchicklichkeit in die Welt geſetzt worden ſein kann, ſondern daß er lediglich ein Glied in der impoſanten Kette des langſamen Aufſtieges bleibt.

Ein mittelalterliches Konzil — als Abrüſtungskonferenz. Der auf der Londoner Flottenkonferenz gemachte Vorſchlag zur Beſeitigung der Unterſeeboote und anderer Kriegsmittel weckt die Erinnerung an die im Mittelalter in gleicher Abſicht unternommenen Verſuche, die auf das Verbot der Verwendung neu erfundener Waffen abzielen. Als die Armbruſt erfunden wurde, machte man beiſpielsweiſe die Entdeckung, daß der durch einen komplizierten Mechanismus abgeſchoſſene Eiſenbolzen der Armbruſt beim Schuß auf das Panzerhemd ungleich verheerendere Wirkungen anrichtete als der bis dahin gebraucht Pfeil des Bogens. Dieſe Entdeckung löſte einen Entrüſtungsſturm aus, der offenbar zu einer über ganz Europa verbreiteten Bewegung geführt hat, die ein Verbot der Armbruſt verlangte. Damals gab es freilich noch keine Konferenzen von Staatsmännern, doch trat im 12. Jahrhundert ein Konzil im Lateran zuſammen, das ſich in langen Verhandlungen mit dem Problem beſchäftigte und ſchließlich die neue Waffe als ein „Gott und den Menſchen verhaßtes Inſtrument" verurteilte, das bei der Kriegführung chriſtlicher Völker nicht geduldet werden dürfe. Leider hatte dieſe Verurteilung durch die Kirche gar keine praktiſche Wirkung, denn die Armbruſt wurde weiter verwandt, bis die Kriegswiſſenſchaft ſie zu noch tödlicheren Formen ausgebildet hatte, zunächſt in Geſtalt der Zackenbüchſe und ſpäter der Muskete.

Palle Roſenkrantz: Totentanz

Es war Herbſt, — der Sturm brauſte durch die Bäume des Pferdegartens, die welken Blätter ſtiebten umher, und die trockenen Zweige brachen und fielen zu Boden, der Totentanz ging durch den Wald. An der Nordſpitze des Pferdegartens lag das Tulregebüſch mit Eſchen und Erlen, und tief im Wald ſtand eine wetterfeſte alte Eiche mit ſchweren Aeſten. An einem der Aeſte hing ein Mann in blauem Zeug und Wollſocken, er ſchaukelte ſtill im Sturm, der über den Tulrebuſch hereinbrauſte.

Da hatte er viele Jahre gehangen, niemand hatte ihn geſtört, und er ſelber war ja gezwungen, zu bleiben, wo er war. An jenem Morgen im brauſenden Sturm geſchah es nun, daß Tulre-Mads Jagdhund einem Haſen in den Buſch nachlief und zwiſchen ein paar Baumſtümpfen in der Wildnis ſtecken blieb. Er heulte jämmerlich, und Tulre-Mads kroch dem Heulen nach in den Buſch.

Tulre-Mads war ein Sonderling. Er wohnte allein in einem Haus am Buſch. Daher der Name.

Er blieb vor dem Baume ſtehen, wo der Mann hing, glotzte ihn an, drehte den Kautabak im Mund und befreite den Dachshund aus den Baumſtümpfen. Dann nickte er zu dem Erhängten hinauf und dachte: „Verzeih' die Störung, — du haſt's ja gut, ſo wie du's haſt." Und dann ging Tulre-Mads.

Am nächſten Tag war Waldauktion im Pferdegarten, und nach der Frühſtückspauſe ließ der Förſter Branntwein auffahren, auf daß die Bauern bieten ſollten. Da kam Tulre-Mads ins Quatſchen und erzählte vom erhängten Mann im Buſch.

Das wirbelte viel Staub auf. Der Vertreter der Amtshauptmannſchaft nahm ſich der Sache an, und der erhängte Mann wurde abgeſchnitten. Er war ſchon faſt ein Gerippe, und Wiederbelebungsverſuche waren erfolglos. Es wurde viel herumgequatſcht bei dieſer Gelegenheit und viel Branntwein getrunken. Aber die Sache hatte ein ernſtes Nachſpiel, Tulre-Mads wurde bei der gerichtlichen Leichenſchau vor den Amtshauptmann geladen und angeklagt, daß er den Erhängten nicht abgeſchnitten und den Fund der Polizei nicht gemeldet hatte.

„O du mein Gott nein!" ſagte Mads, „das war ja nur ein Gerippe, das da hing."

Der Amtshauptmann war an dem Tag gerade ſchlechter Laune, choleriſch und jähzornig war er an ſich, hundsgemein zu den Bauern im Bezirk und der ſchlimmſte Tyrann, den man ſich denken konnte.

Mads bekam eine Strafe von fünf Reichstalern, — es war in jener Zeit, als man noch mit Talern und Schillingen rechnete, und das war mindeſtens ſo viel wie hundert Kronen heute. Sie hätten Mads genau ſo gut zum Tode verurteilen können. Er ſträubte ſich gegen die Strafe und wollte ſich beim König beſchweren.

„Es ſteht nirgends geſchrieben, daß man Gerippe von den Bäumen abſchneiden muß", ſagte Mads, „der Amtshauptmann iſt ein verdammter Krakeeler, der uns Bauern mit ſeinen Schikanen nur das Leben ſchwer machen will!"

Aber da half kein Gezeter. Und die Beſchwerde an den König wagte niemand im Orte zu ſchreiben, alſo mußte Mads ſeine fünf Reichstaler beim Arreſt bei vielen Tagen Waſſer und Brot abſitzen.

Den toten Mann konnte niemand, ſeine Lumpen wurden öffentlich verſteigert, und er ſelber wurde draußen auf dem Kirchhof verſcharrt, als der Selbſtmörder, der er war . . .

Tulre-Mads ſchnaubte vor Wut, als er herauskam, er wollte ſich am Amtshauptmann rächen, ſagte er, aber er hatte nicht die Courage, ſeine Rache ins Werk zu ſetzen. Da erfand er etwas, was ihm ungewöhnlich gut ſchien. Er nahm Hacke und Spaten und ging an die Stelle, wo ſie den Erhängten vergraben hatten. Und während der Herbſtwind die Wolken über den Himmel jagte und der Mond gemein auf Mads herabglotzte, grub Mads den toten Mann aus und legte ihn auf ſeinen Schubkarren.

Als der Amtshauptmann, der ein Frühaufſteher war, am nächſten Morgen an ſeinem Fenſter ſtand und ſich raſierte, ſah er am großen Kirſchbaum etwas Sonderbares im Winde baumeln und ſchaukeln. Es war der Tote aus dem Tulre-Buſch. Auf der Bruſt des unheimlichen Kadavers war ein großes Stück Pappe befeſtigt, und darauf ſtand mit großen, ungelenken Buchſtaben geſchrieben:

„Der Amtshauptmann wird gebeten, mich abzuſchneiden!"

Der Amtshauptmann ſchnaubte, und die Muskeln am Arm des Geſetzes ſpannten ſich. Das war offener Hohn und Aufſtand gegen des Königs beſtallte Obrigkeit, und kein anderer konnte der Täter ſein als Tulre-Mads.

Die Strafgeſetze wurden gründlich durchgeſehen, — in jenen Tagen war man noch nicht ſo weit, ſie in einem Geſetz geſammelt zu haben. Der Hohn auf die Obrigkeit war offenbar, Gottesläſterung war zweifelhaft, da der Erhängte mit der Kirche ja nicht auf gutem Fuß geſtanden hatte, und von Grabſchändung konnte keine Rede ſein, da er ja außerhalb der geweihten Erde begraben worden war.

Die Strafe ſollte drakoniſch ſein, es galt, den Reſpekt vor der Obrigkeit aufrechtzuerhalten, und Worte wie Zuchthaus, Kerker, Beſſerungshaus und eventuell lebenslänglich ſchwirrten Mads um die Ohren.

Mads ſaß im Arreſt und wartete auf ſein Urteil. Der alte Arreſtverwalter, der bei der Garde gedient hatte, meinte: lebenslängliches Zuchthaus, und Tulre-Mads fiel mehr und mehr in ſich zuſammen. Im Arreſt arbeitete er für die Frau des Arreſtverwalters, es wurde nicht beſonders auf ihn aufgepaßt, es dachte ja auch keiner an Ausreißen.

Eines Morgens, als die Stürme ſich gelegt hatten und die Erde begann, ſich in ihre Wintertracht zu kleiden, ſtand der Amtshauptmann wieder an ſeinem Fenſter und raſierte ſich. Es war noch kaum hell, aber draußen im Kirſchbaum war etwas, was ſo ſonderbar da hing und ſchaukelte.

Der Amtshauptmann ging in den Garten. Da hing Mads, ganz ſtill und tot, ein Lächeln ſpielte um ſeine Mundwinkel. Auf ſeiner Bruſt war ein Zettel befeſtigt mit den Worten:

„Der Amtshauptmann wird gebeten, mich hängen zu laſſen, bis ich ein Gerippe bin!"

(Berechtigte Ueberſetzung aus dem Däniſchen von Adolf Rebiſch.)

Das ozeaniſche Gefühl

Siegmund Freud hatte eine Schrift über Religion als Illuſion geſchrieben, ein Anhänger antwortete ihm: kennen Sie denn das ozeaniſche Gefühl im Menſchen nicht — dieſes iſt die eigentliche Quelle der Religion! In einer neueren, ſehr bedeutſamen Schrift „Das Unbehagen in der Kultur" erzählt Freud von dieſem ozeaniſchen Gefühl, das die ewige Verbundenheit, die Ewigkeit ſelbſt als menſchliches Urempfinden bedeutet. Freud kann dieſes Gefühl bei ſich ſelbſt nicht finden. Aber — er denkt ſich in andere hinein. Er erinnert an ein Wort von Grabbe: Aus dieſer Welt können wir nicht fallen . . .

Wie kann man das ozeaniſche Gefühl, abgeſehen von pſychoanalytiſchen Deutungen, biologiſch erklären? Ich habe einen ſolchen Verſuch bereits ſeit Jahren unternommen, darin tritt das ozeaniſch genannte als das „kosmiſche Urgefühl" auf.

Das ſogenannte biogenetiſche Grundgeſetz ſagt, daß die höheren Organismen in ihrer Jugendentwicklung die körperlichen Formen der niederen Stufen, die bis zur eigenen Art führen, wieder durchmachen. Erweitern wir ſinngemäß, ſo finden wir: das Erbe fließt nicht aus der Familie, perſönliche Vererbung gibt es nicht, ſondern fließt aus der Art. Das Kind gelangt beim Durchlaufen der Ahnenkette nicht zu perſönlichen beſonderen, ſondern zu den allgemeinen Stammesahnen. Alſo z. B. wenigſtens alle weißen Kinder zu den gleichen Menſchen. Urwelterinnerungen liegen im Unterbewußten. Man kennt die Urzeitinſtinkte wie die Nachtangſt, die Schreckhaftigkeit, die Verzweiflung. Ein Fiſch verzweifelt nicht. Es erſcheint kaum als zu kühn, wenn man den einzelnen körperlichen Formen, die der Embryo und der werdende geborene Menſch durchmacht, auch ebenſolche pſychiſche Wandlungen und Erinnerungskomplexe zuordnet. Mit der beginnenden Reife landet der einzelne dann bei ſich ſelbſt — mehr oder minder bewußt als Eigener und Aufgeſchloſſener. Nach rückwärts zeitlich ſteht der Menſch alſo zunächſt unter dem Bann der menſchlichen Ahnenleben, weiter der tieriſchen Vorfahrenleben, dann der allgemeinen (unbekannten) biologiſchen Urformen. Schreibt man aber dem Leben keine beſondere Eigenart zu, ſo daß eine lückenloſe Verbindung zum Stoff hin beſteht, ſo kann aus kosmologiſchen Gründen auch auf ein univerſelles kosmiſches Gefühl kommen. Denn die Materie der Welt ſteht in Austauſch, iſt einheitlich. Und ſo können wir denn wirklich auch rein gedanklich nicht „aus der Welt fallen", in der wir ſind.

Anders geſagt: nicht nur die Wirkung des Kosmos auf uns durch Millionen Jahre, ſondern auch unſere biologiſche Abſtimmung aus dem Kosmos mögen Anteil haben an der Entſtehung des ozeaniſchen Gefühls im Menſchen.

Rudolf Lämmel.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einſendungen für dieſe Rubrik ſind ſtets an das Bezirksſekretariat Berlin SW 68, Lindenſtraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

1. **Kreis Mitte. Arbeiterwohlfahrt.** Heute, Donnerstag, 20. Februar, 20 Uhr, Kurſus im Sitzungsſaal des Bezirksamts, Kloſterſtr. 68. Gäſte willkommen.
14. **Kreis Neukölln.** Kurze Beſprechung des engeren Kreisvorſtandes am Freitag, dem 21. Februar, 19½ Uhr, im Parteibüro.
13. **Kreis Tempelhof.** Freitag, 21. Februar, pünktlich 19½ Uhr, Kreisvorſtandsſitzung bei Sommerenning, Tempelhof, Berliner Str. 100.

Heute, Donnerstag, 20. Februar:

92. **und 93. Abt. Neukölln.** 19½ Uhr wichtige Verſammlung der SPD.-Freidenker bei Friedersdorf, Jägerſtr. 2. Parteibuch legitimiert.

Morgen, Freitag, 21. Februar:

24. **und 25. Abt.** 19½ Uhr Fraktionsverſammlung aller SPD.-Freidenkergenoſſen im Altersheim, Danziger Str. 62. Verbands- und Parteimitgliedsbuch legitimiert. Erſcheinen dringend erforderlich.
26. **Abt.** 20 Uhr bei Beinlich, Weißenburger Str. 1, Funktionärſitzung.
33. **Abt.** 19 Uhr Funktionärkonferenz bei Seifert, Pappelallee 43.
35. **Abt. Charlottenburg.** Die Genoſſinnen und Genoſſen beteiligen ſich geſchloſſen mit Bannern und Fahnen an der Trauerfeier unſeres verſtorbenen Genoſſen Reinhold Seifert um 14½ Uhr im Krematorium Wilmersdorf.

Neukölln. 92. Abt. Fraktionsſitzung der Konſummitglieder um 20 Uhr bei Köhn, Wildenbruch- Ecke Weſerſtraße. — **93. Abt.** 20 Uhr im Lokal von Giskow, Kaiſer-Friedrich- Ecke Mareſchſtraße. Sitzung des Abteilungsvorſtandes mit den Delegierten zum Kreisparteitag.

124a. **Abt. Wilmersdorf-Süd.** 20 Uhr Mitgliederverſammlung bei Draber, Uhlandſtraße 18. Vortrag: „Die Finanzlage der Stadt Berlin". Referent: Stadtverordneter Ernſt Brandt. Erſcheinen aller Genoſſinnen und Genoſſen wird erwartet.

140a. **Abt. Wittenau. Achtung, Bezirksführer!** Die Handzettel für unſere öffentliche Verſammlung können am Freitag und Sonnabend um 18 Uhr beim Genoſſen Hans Waldmann, Hauptſtr. 17, II, in Empfang genommen werden.

Frauenveranſtaltungen.

120. **Abt. Hermsdorf.** Freitag, 21. Februar, 19½ Uhr, Jugendheim Hermsdorf, Turnhalle Fontaneſtraße. Vortrag: „Was muß die Frau von der Sozialverſicherung wiſſen?" Referentin: Dora Fergus. Gäſte ſind willkommen.

128a. **Abt. Freie Scholle.** Freitag, 21. Februar, 18 Uhr, Führung durch das Muſeum für Frauenkunde, Charlottenburg, Berliner Str. 137. Treffpunkt pünktlich 16¾ Uhr vor dem Konſumhaus. Wir bitten um rege Beteiligung. Fahrverbindung: Straßenbahn bis Weddingplatz, dann 45 oder U-Bahn bis Knie.

Bezirksausſchuß für Arbeiterwohlfahrt.

14. **Kreis Neukölln,** Freitag, 21. Februar, 19 Uhr, im Parteibüro, Fuldaſtraße 54—56, Sitzung des Vorſtandes, der Abteilungsleiter und deren Stellvertreter. Erſcheinen iſt unbedingt erforderlich.

Jungſozialiſten.

Die Gruppenprogramme für März und April müſſen von den Gruppenleitern auf der heutigen Geſamtveranſtaltung mit Engelbert Graf, Linienſtraße 126, Gewerkſchaftshaus, an den Genoſſen Angermann abgegeben werden. Die Fahnen zur Geſamtveranſtaltung nicht vergeſſen. Jede Gruppe muß eine mitbringen.

Paul-Levi-Gedenkfeier Sonntag, 23. Februar, 10—13 Uhr, Einlaß 9½ Uhr, im kleinen Saal des Lehrervereinshauſes, Alexanderplatz. Programm: Muſik, Rezitation aus Reden von Paul Levi, Gedenkrede des Genoſſen Böchel-Chemnitz. Alle Berliner Parteigenoſſinnen und -genoſſen, die Mitglieder der Berliner Jungſozialiſten und der Sozialiſtiſchen Arbeiterjugend ſind, ſind herzlich eingeladen. Eintritt 30 Pf. Karten auf der Veranſtaltung der Freien Sozialiſtiſchen Hochſchule am 22. Februar im ehemaligen Herrenhaus und am Eingang des Saales. Es wird gebeten, pünktlich zu ſein.

Gruppe Mitte. Wir beteiligen uns geſchloſſen an der Geſamtveranſtaltung.

Gruppe Wedding-Geſundbrunnen. Wir beteiligen uns geſchloſſen an der Geſamtveranſtaltung.

Gruppe Friedrichshain. Wir beteiligen uns geſchloſſen an der Geſamtveranſtaltung. Treffpunkt 19½ Uhr Weidenweg Ecke Friedenſtraße. Ferner weiſen wir auf den Vortragsabend des Volksbildungsamtes am Freitag, dem 21. Februar, in den Andreas-Feſtſälen, Andreasſtr. 21, hin und bitten um rege Beteiligung. Eintritt frei.

Vereinigung ſozialdemokratiſcher Juriſten.

Heute, Donnerstag, 20. Februar, 20 Uhr, findet im Ebenholzſaal des Rheingold, Potsdamer Str. 3, eine gemeinſchaftliche Veranſtaltung unſerer Vereinigungen ſtatt, in der Genoſſe Otto Landsberg, M. d. R., über „die Strafrechtsreform" ſprechen wird. Wir laden hierdurch unſere Mitglieder und Gäſte zu dieſer Veranſtaltung ergebenſt ein, und bitten bei der Wichtigkeit des Themas um zahlreiches Erſcheinen.

Arbeitsgemeinſchaft der Kinderfreunde.

Die Kreiſe Wilmersdorf, Charlottenburg, Spandau, Tiergarten, Schöneberg kommen zur Helferſingſtunde am Freitag, dem 21. Februar, um 18 Uhr, zur Leibniz-Oberrealſchule, Schiller- Ecke Hardenbergſtraße (U-Bahnhof Knie). Achtung! Auf dem Helfernachmittag im Gewerkſchaftshaus ſind verſchiedene Schlüſſel gefunden worden. Abzuholen in der Geſchäftsſtelle, Lindenſtr. 3, Z. 13, Freitag zwiſchen 18 und 20 Uhr.

Kreis Wedding. Sonnabend und Sonntag findet unſer Wochenendkurſus in der Jugendherberge „Hekdorf" ſtatt. Treffpunkt Sonnabend, 17½ Uhr, Bahnhof Geſundbrunnen, Bahnſteig B, Winkel. Spielgerät iſt mitzubringen. Das Jugendheim bleibt am Sonntag geſchloſſen.

Geburtstage, Jubiläen uſw.

14. Abt. Unſerem Genoſſen Wilhelm Hahn zu ſeinem 40jährigen Parteijubiläum die herzlichſten Glückwünſche.

61. Abt. Unſerem langjährigen Genoſſen Max Pöſch zu ſeinem 70. Geburtstage die herzlichſten Glückwünſche.

121. Abt. Karlshorſt. Ein Sechzigjähriger. Heute vollendet Genoſſe Auguſt Quiſt in der 121. Abteilung Karlshorſt ſein 60. Lebensjahr. Schon als junger Menſch fand er den Weg zu unſeren Arbeiterorganiſationen, denn ſeit 1893 gehört er der Partei an und hat ſich während dieſer langen Zeit als treuer Funktionär bewährt. Seine Hauptarbeit gehörte ſeiner Gewerkſchaft, dem Deutſchen Metallarbeiterverband. Dort iſt er wohl einer der eifrigſten Agitatoren. In Kiel trat er 1889 dem damaligen Metallarbeiterverband bei; mit 24 Jahren war er bereits Bevollmächtigter des Deutſchen Metallarbeiterverbandes in Kiel. Ab 1905 arbeitete er als Redakteur an ſeinem Verbandsorgan in Stuttgart und ſeit 1920 iſt er im ADGB. tätig. Die Karlshorſter Parteigenoſſen übermitteln ihm zu ſeinem heutigen Geburtstage die herzlichſten Glückwünſche. Möge es ihm vergönnt ſein, noch lange im Intereſſe der Werktätigen zu arbeiten.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organiſation

44. Abt. Am Sonntag, dem 16. Februar, verſtarb unſer Genoſſe Guſtav Claus im Alter von 63 Jahren. Ehre ſeinem Andenken. Einäſcherung am Freitag, dem 21. Februar, um 13¼ Uhr, im Krematorium Baumſchulenweg.

Vorträge, Vereine und Verſammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geſchäftsſtelle: Berlin S 14, Sebaſtianſtr. 37—38, Hof 2 Tr.

Gauvorſtand. Achtung, Spielleute! Kottbus-Fahrer Sonnabend, 22. Februar, 14.58 Uhr, ab Görlitzer Bahnhof für Berliner Kameraden, für Treptow und Köpenick ab Niederſchöneweide 15.07 Uhr in Bannerkleidung mit Inſtrumenten. — **Donnerstag, 20. Februar. Mitte,** Tambourkorps. Jeden Donnerstag um 20 Uhr Uebungsſtunde im Gewerkſchaftshaus. Kameraden, welche gewillt ſind, beizutreten, melden ſich dort. **Weißenſee** (Ortsverein). 20 Uhr Mitgliederverſammlung im „Berliner Hof". Funktionäre um 19 Uhr. — **Freitag, 21. Februar. Charlottenburg** (Ortsverein). Kamerad Reinhold Seifert (Weſtend) iſt plötzlich verſtorben. Einäſcherung 14¼ Uhr im Krematorium Wilmersdorf. Rege Beteiligung wird erwartet. Marſchkameradſchaft 20 Uhr im Ebenpalaſt (Abiſt). **Reinickendorf-Oſt** (Kameradſchaft). 20 Uhr Mitgliederverſammlung bei Richne, Reſidenzſtr. 9. Erſcheinen Pflicht. — **Sonnabend, 22. Februar. Kreis Oſten.** Sämtliche Jungbannergruppen des Kreiſes beteiligen ſich an der Wimpelweihe in Lichtenberg. **Weißenſee.** Ab 20 Uhr politiſch-ſatiriſcher Maskenball im „Schloß Weißenſee". Karten zu 1 M. bei den Funktionären und an der Kaſſe. **Bohnsdorf-Grünau.** 20 Uhr im Lokal Heilmann Gründungsfeſt, Konzert, turneriſche Vorführungen und Tanz. **Roſenthal** (Kameradſchaft). Die Kameraden beteiligen ſich an der Gründungsfeier der Kameradſchaft Hermsdorf. Treffpunkt 19½ Uhr Bahnhof Reinickendorf-Roſenthal. Pflicht.

Freie Arbeiter-Eſperanto-Vereinigung. Die erſte Zuſammenkunft ſämtlicher Teilnehmer der neuen Kurſe am 21. Februar (Freitag), 19½ Uhr, in der Bibliothek des Metallarbeiter-Verbandshauſes, Linienſtr. 83—85. Dort auch jeden Freitag Kurſus und Gruppe von 19½ bis 21 Uhr. Gruppe Oſten. Regelmäßig jeden Donnerstag von 20 bis 22 Uhr im Jugendheim, Am Oſtbahnhof 17.

Thorner Heimatbund. Jahresverſammlung Sonntag, 23. Februar, 17 Uhr, in den Kammerſälen, Teltower Str. 1—4.

Verein ehemaliger Kriegsgefangener Süd-Weſt. Sonnabend, 22. Februar, 20 Uhr, Monatsverſammlung, Kreuzbergſtraße, Zelt 2. Thema: „Die Guthabenfrage".

Euler Bund. Freitag, 21. Februar, 20 Uhr, im **Gymnaſium Kochſtr.** 13. Vortrag über: „Welche Menſchen harmonieren zuſammen?"

English Conversational Club founded 1875. Meetings every Friday 8 p. m. Café Josty, Potsdamer Platz. Lecturer: Mr. Elbs on: „Wehre I like to live". Guests, Ladies & Gentlemen, are welcome.

KAFFEE HAG billiger
Das große Paket RM 1.80
Das kleine Paket 90 Pfg.

Theater, Lichtspiele usw.

Donnerst. 20. 2.
Staats-Oper
Unter d. Linden
Tal-Ab. 4 De Ab. 7
Jahres-Ab.-V. Nr. 49
19 Uhr
Aida
Ende e. 22½ Uhr

Donnerst. 20. 2.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus II
19½ Uhr
Die Zauberflöte
Ende 22½ Uhr

Staats-Oper
Am Platz der Republik
R.-S. 13
20 Uhr
Hans Heiling
Ende geg. 23 U.

Staatl. Schausph.
am Gendarmenmarkt
St. R. 4 De Ab. 5
Jahres-Ab.-V. Nr. 44
20 Uhr
Wallensteins Tod
Ende 22½ Uhr.

Staatl. Schiller-Theater, Charlbg.
20 Uhr
George Dandin - Boubouroche
Ende gegen 22½ Uhr

Winter Garten
8.15 Uhr „nur. 281½" Rauchen erlaubt
Ossi-Familie, Jung-China, 2 Elliot's, Marika Rökk, 9 Allisons usw. usw.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr
Das Gerücht
Komödie in 14 Bildern v. C. K. Munro
Regie: K. H. Martin

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
George Dandin
Boubouroche

Theater am Schiffbauerdamm
8¼ Uhr
Die Gartenlaube

Komische Oper
Friedrichstr. 104.
Merkur 1401/4330.
Allabendlich 8¼ U.
Hulla di Bulla
Schwank von Arnold und Bach

Lustspielhaus
Friedrichstr. 236.
Bergmann 2922/23.
Täglich 8¼ Uhr
Liebe auf den zweiten Blick

SCALA
Tägl. 5 u. 8¼ Uhr. Barbarossa 9255
Pr. 1-6 M. Wochentg. 5 U. 50 Pf.-3 M.
Con Colleano, 4 Bronetts
und weitere zum 1. Male in Europa gezeigte Spitzenleistungen

PLAZA
Tägl. 5 u. 8¼
Sonnt. 2., 5 u. 8½
Alex. E 4, 8066
INTERNAT. VARIETÉ

Deutsches Theater
O. 1. Norden 12 310
Tägl. 8¼ Uhr
Der Kaiser v. Amerika
von Bernard Shaw
Reg: Max Reinhardt

Direktion Dr. Robert Klein
Deutsches Künstler-Theat.
Barbarossa 3937
8¼ Uhr
„Eins, zwei, drei"
von Franz Molnar
mit Max Pallenberg.
Vorher:
Souper

Kammerspiele
O. 1. Norden 12 310
8 Uhr
Der Kandidat
von Carl Sternheim
Regie: Hans Heinrich.

Berliner Theater
Dönhoff 170
Täglich 8¼ Uhr
Die Straße
mit Albert Bassermann.
Regie Heinz Hilpert

Direktion Dr. Martin Zickel
Komische Oper
Friedrichstr. 104 Merkur 1401 4330.
Nach vollständigem Umbau
Täglich 8¼ Uhr
Hulla di Bulla
Schwank von Arnold und Bach
mit Guido Thielscher,
Schulz, Schroth, Sarg, Hildebrand, Walter Haus, Flink, Gehmer, Wenck

Lustspielhaus 8¼
Friedrichstr. 236. Bergmann 2922/23.
Liebe auf den zweiten Blick.
Riemann — Haack.
Vorverkauf in beiden Häusern ab 10 Uhr ununterbrochen.

Die Komödie
J 1 Bismck. 2414/7515
8¼ Uhr
Victoria
von S. Maugham.
Regie Max Reinhardt.
Musik: Mischa Spoliansky

Kleines Theat.
Merkur 1624
Tägl. 8¼ Uhr
Der Walzer von heute Nacht!
Erika Glässner, Hilde Wörner, Hermann-Schaufuß

NEUE WELT
Arnold Scholz, U-Bahn Hermannpl., Hasenh. 108/14
Gr. Bockbierfest
und
ELITETAG
für Film und Bühne
Gr. Schweineschlachten
7 Kapellen. Sepp Bodenmüller.
50 bayrische Madln.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
8 Uhr:
3 Musketiere
Regie: ERIK CHARELL.
3 Sonntag nachm. ungek. halbe Pr.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonntag nachm. 3
Das wunderbare Febr.-Programm!
der
Stettiner-Sänger
Preise 60 Pfg. bis 3 Mk.
Zentrum 11243
Nachmittags halbe Preise.
Dönhoff-Brettl:
10 gr. Nummern! Falkner-Orchester, Tanz.

ROSE Theater
Große Frankfurter Straße 132
Billettkasse Alex. 3422 und 3494
Täglich 8.15 Uhr (Sonntags 9 U.) und jeden Sonnabend im Februar auch 11.30 Uhr abends
die entzück. Operette v. Millöcker
„Gasparone"

Sonntag um 2.30 Uhr u. nächsten Sonnabd. 3 U.: „Aschenbrödel"
Sonntag 8.15 U.: „Die Czardasfürstin"
Voranzeige: Ab 1. März jeden Sonnabend 11.30 Uhr Nachtvorstellung „Der Mustergatte"

Barnowsky-Bühnen
Theater in der Königgrätzer Straße
Täglich 8¼ Uhr
Professor Bernhardi
von Arthur Schnitzler
Regie: Victor Barnowsky

Komödienhaus
Täglich 8¼ Uhr
Der Lügner und die Nonne
von Curt Götz

Trianon-Theater
Georgenstr. 9
Täglich 8¼ Uhr
Die Freundin
von Hermann Sudermann

Theat. a. Kottb. Tor
Kottb. Str. 6
Tägl. 8 Uhr
auch Sonnt. nachm. 3 U.
Ermäß. Preise
Elite-Sänger.
Das große Faschings-Lach-Programm! U. a.:
Die blonde Olly
Faschings-Burleske.

Operettenhaus
Alte Jakobstr. 30/32
(Zentral-Theater)
Täglich 8¼ Uhr
Die Fledermaus
mit Gustav Matzner

Lessing-Theater
Norden 10846
Täglich 8 Uhr
Affäre Dreyfus
von Rehfisch und Herzog

Planetarium am Zoo
Vorführ. Joachimsthaler Straße
B. 5 Barbarossa 5579
16½ Uhr Die Wintersternbilder.
18½ Uhr Der Planet Jupiter.
20½ Uhr Merkwürdige Sterne (Riesen u. Zwerge)
Eintritt 1 Mark, Kinder 50 Pf.
Mittwochs halbe Kassenpreise.

Berliner Ulk-Trio
Neukölln. Lahnstr. 74/75!

CIRCUS CARL HAGENBECK
TÄGL. 8 UHR • BUSCHGEBÄUDE
VORVERKAUF: A. WERTHEIM U. TEL. NORDEN 840

Wo speist man gut und billig?
Nur
Gross-Berlin
Alexanderplatz

Gewinnauszug
5. Klaſſe 34. Preußiſch-Süddeutſche Klaſſen-Lotterie.
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer ſind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Loſe gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

10. Ziehungstag 19. Februar 1930

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 300000 M. 20873
4 Gewinne zu 25000 M. 185255 207316
2 Gewinne zu 10000 M. 211970
6 Gewinne zu 5000 M. 115000 267238 359898
4 Gewinne zu 3000 M. 166388 354320
22 Gewinne zu 2000 M. 18151 85063 127416 127745 168355 188260 254604 316720 316802 326806 331150
52 Gewinne zu 1000 M. 582 2032 12307 31920 60209 74901 94306 123983 129729 140976 182715 214832 231269 241271 280746 295169 297129 301846 304019 320338 335455 350212 354159 356625 374368 398626
82 Gewinne zu 500 M. 4059 15152 16330 24224 34844 37304 46130 52470 82917 60706 71820 82312 88130 101177 127240 127874 133255 141006 152766 184351 218130 241268 260970 263715 272436 276435 281775 297928 298547 320211 323536 323951 324824 347267 358993 365425 372823 374113 381896 382137 397620

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 19750 156942
2 Gewinne zu 3000 M. 49383
10 Gewinne zu 2000 M. 3452 25772 203946 245221 288249
44 Gewinne zu 1000 M. 8072 17460 20663 27637 45623 57466 76040 84346 118369 118390 139730 178805 193274 227563 241382 288346 297318 317210 364492 372574 377677 392161
72 Gewinne zu 500 M. 6334 19118 20461 37472 38446 38681 46934 52726 61890 69515 87896 100725 107492 140983 153148 164454 181718 199412 203977 210639 224886 233369 246577 271363 272035 274114 278964 290413 291479 292407 314779 331175 367439 373358 384459 392607

Die in der heutigen Vormittagsziehung gezogenen beiden Hauptgewinne von je 300000 M. fielen auf Nr. 20873 in Abteilung I nach Breslau, in Abteilung II nach München.

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 200000, 4 zu je 75000, 2 zu je 50000, 8 zu je 25000, 48 zu je 10000, 104 zu je 5000, 206 zu je 3000, 538 zu je 2000, 1428 zu je 1000, 3066 zu je 500, 7810 zu je 300 M.

SARRASANI
7½
Gr. Vorstellung
Zu Beginn:
Parade der 37 Nationen
Nur ganz wenige Tage
Tel. Bärwald 4333-36, 6800

8½ Uhr CASINO-THEATER 8½ Uhr
Lothringer Straße 37.

Der Sensations-Schlager!
Seine Hoheit der Bettler
und ein erstkl. buntes Programm
Für unsere Leser!
Gutschein für 1—4 Personen
Fauteuil nur 1.25 M., Sessel 1.75 M.
Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

Theater i. d. Behrenstr. 53-54
A 4 Zentrum 926-927
Direktion Ralph Arthur Roberts
8¼ Uhr
. . . Vater sein, dagegen sehr
Sonntag auch nachm. 4 Uhr (halbe Pr.)

Metropol-Th.
8¼ Uhr
Das Land des Lächelns
Vera Schwarz, Richard Tauber
Musik von Franz Lehár.

Theater d. Westens
Täglich 8¼ Uhr:
Hotel Stadt Lemberg
Musik von Gilbert
Käthe Dorsch
Leo Schützendorf

Schwerhörige

Neue Modelle!!
hören sofort wieder
mit dem ärztlich empfohlenen
ORIGINAL-AKUSTIK-APPARAT
mit neuestem Kleinhörer!
— Noch Besseres gibt es nicht! —
Deutsche Akustik Gesellschaft m. b. H.
Aelteste u. führende Spezialfabrik
Verkauf u. Vorführung:
Berlin-Wilmersdorf, Motzstr. 43
Bln., Klosterstr. 75, Eing. Grunerstr.
Reinickendorf-Ost, Brienzer Str. 4
Verl. Sie Hauptkatalog 16 kostenlos!
Auf Wunsch Zahlungserleichterung

SERIENVERKAUF der WEINGROSSHANDLUNG
Ich schlage alles
Durch riesige Einkäufe und treu dem Prinzip: Großer Umsatz, kleiner Nutzen — bringe ich
5 Schlager ¹/₁ Fl.
„Prima Weißwein" . . . . Serie I 0.60
„süßer Dessertobstwein" . . . . . .
Weißweine „Edenkobner" . . . . . . Serie II 0.85
Prima Rotweine . . . .
„Burgunder", „Feinster Rotwein", „Echter süßer Griechenwein", „Roter Tarragona" . . . . Serie III 1.00
„25er weißer süßer Bordeaux", „Echter 23er Burgunder", „Echter Malaga", „Feinste Weißweine" . . Serie IV 1.25
„Echter 25er Haut Sauternes", „Echter Pepsinwein für Kranke", „Wermuth", „Tasano", roter Süßwein, „Echter süßer Ungarwein", „Feinste Bordeaux- u. Weißweine" Serie V 1.50
Grösstes Spezialgeschäft seiner Art in ganz Deutschland
Beste Bezugsquelle für Gastwirte etc.
Sämtliche hochprozentige süße Ostweine — Echte erstklassige Südweine — Alle Edelliköre, Jam.-Rum, Arrak, Aquavit, Weinbrände, Korn etc.
zu allerbilligsten Preisen
Ausschank vom Faß und Verkauf in Flaschen
Kostproben gratis — Preise ohne Glas
Eduard Süsskind
Brunnenstr. 42, Müllerstr. 144, Chausseestraße 78, Prenzlauer Allee 50, Koppenstraße 87, Petersburger Straße 60, Grünauer Straße 15, Köpenicker Straße 121, Martin-Luther-Straße 86, Wilmersdorfer Straße 157, Wollankstr. 93, Wismarplatz 1, Weißensee, Berliner Allee 247, Neukölln, Berliner Straße 12, Hermannstraße 27, Spandau, Potsdamer Straße 23, Schöneberg, Kolonnenstraße 9, Tempelhof, Berliner Str. 152, Steglitz, Schloßstr. 121, Moabit, Wilsnacker Straße 25, Oberschöneweide, Wilhelminenhofstr. 46.
Nur bis 28. Februar 1930
Noch nie da gewesen